D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 29
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

23. Juli 1982
Preis 1,80 DM

Der gläserne Mensch wird Wirklichkeit: PAISY

2000 Betriebe arbeiten bereits mit dem Personalüberwachungssystem PAISY. Opel führt es gegen die Stimmen der Belegschaftsvertreter ein .... S. 13



Wie das Fernsehen einen Libanon-Film wegzensiert

Seit zwei Jahren weigern sich die Fernsehanstalten, einen Film über die Palästinenser im Libanon zu zeigen, weil er ihnen zu parteiisch ist .... S. 3

Grenze nun auch für ausländischer Kinder dicht?

Die CDU-Mehrheit im Bundesrat und der Arbeitsminister wollen keine ausländischen Kinder mehr zuziehen lassen. Dagegen gibt es Widerstände S. 4

Krieg am Horn von Afrika, da mischt die SU mit

Seit zwei Wochen meldet Somalia Überfälle äthiopischer Truppen. Bereitet die Sowjetunion so ihre Rückkehr nach Somalia vor? .... S. 6

Khomeinys gefährliches Abenteuer

thm. Nicht ganz zufällig geht der Angriff der iranischen Truppen auf den Irak zeitlich zusammen mit der Lage im Libanon. Sie bietet dem Iran gleich eine ganze Reihe von Vorteilen für seine eigene militärische Operation. Die USA sind vollauf beschäftigt, in den Verhandlungen ihre Position durchzusetzen und sich gegebenenfalls auch militärisch noch im Libanon einzuschalten. Die Länder der arabischen Halbinsel stehen aufgrund ihrer zurückhaltenden Reaktion auf die israelische Aggression unter starkem Druck von innen, vor allem von den islamischen Fundamentalisten. Iran kann also hoffen, daß sein Krieg weitere Bewegung in diese inneren Verhältnisse bringt. Um den Krieg darüber auch gleich propagandistisch abzusichern, ließ der Iran verlauten, der Weg zur Befreiung Jerusalems führe über den Sturz Husseins. Wirklich nur ein propagandistisches Manöver, wenn die Kriegsführung und die eigentlichen Ziele offengelegt werden.

Im September 1980 hatte der Irak mit seinem Angriff auf den Iran begonnen. Seine Ziele waren hauptsächlich die Aufhebung eines Abkommens mit dem Schah von 1975, das dem Iran die Hälfte der Wasserstraße Schatt-el Arab, der Mündung von Euphrat und Tigris, gab. Das eigentliche Kriegsziel war aber die Eroberung Khusistans am Persischen Golf, dem reichen Erdölgebiet, das von 2 Millionen Arabern bewohnt ist. Nach der iranischen Revolution konnte der Irak mit Rückendeckung der meisten arabischen Regimes rechnen, denen er sich mit dieser Aktion gleich als Garantiemacht gegen die islamische Revolution aufspielen wollte. Dieser Krieg ist mit dem Zusammenbruch der irakischen Truppen bei Khorramshar im Mai dieses Jahres kläglich gescheitert.

Der Iran ist nun an drei Punkten aufmarschiert. Im Norden, wo die Kurden eine aktive Rolle spielen könnten, sowohl für eine Schwächung Irans wie Iraks, die beide keine positive Rolle gegenüber der kurdischen Nation gespielt haben. In der Mitte, wo sich die iranische Grenze nur 200 km von der Hauptstadt Bagdad befindet. Und im Süden, wo jetzt offensichtlich die Hauptkräfte eingesetzt werden, um Basra einzunehmen und die Verbindungsstraße nach Kuweit zu unterbrechen, über die der Hauptstrom militärischer Hilfsgüter an den Irak läuft. Hier im Süden liegt der Knotenpunkt der irakischen Wirtschaft. Basra ist die zweitgrößte Stadt und der Haupthafen Iraks mit über 1 Mio. Einwohnern und der weitgehendsten Industrialisierung. Beiderseits des Schatt-el Arab liegen die reichen irakischen wie iranischen Ölfelder. Hier liegt auch die Hauptverbindung des Irak mit den Ländern der arabischen Halbinsel. Schon im zurückliegenden Krieg hatte Iran dreimal den kuweitischen Grenzposten bei al Abdali bombardiert. Bei einer Blockierung dieser Grenze bliebe dem Irak nur noch Jordanien und die Türkei als Handelswege, da Syrien sich seit einiger Zeit mit dem Iran verbündet hat aufgrund von Zwistigkeiten zwischen den beiden Baath-Parteien.

Bisher scheint den iranischen Truppen aber kein entscheidender Durchbruch gelungen zu sein. Vieles deutet auf einen erneuten Stellungskrieg hin, was u.a. aus der mangelnden Flexibilität der beiden Seiten in der Kriegführung mit modernem Kriegsgerät resultiert. Erhofft wurde, daß der 55% starke schiitische Bevölkerungsteil sich bei einem iranischen Einmarsch gegen Hussein erheben würde, um eine zweite islamische Revolution durchzuführen. Dafür sprach aber schon von Anfang an wenig. Sowieso gibt es Stimmen, die ein Übergreifen der islamischen Revolution vom Iran auf die anderen arabischen Länder für unwahrscheinlich halten, und zwar prinzipiell. Einer der Gründe dürfte sein, daß in keinem Land eine schiitische Geistlichkeit existiert, die so losgelöst von der herrschenden Klasse ist und dabei dennoch eine derartig entscheidende Rolle bei gesellschaftlichen Tätigkeiten wie z.B. im Bildungswesen spielt, wie es im Iran der Fall war.

Die iranische Revolution ist zweifellos in einer schweren Krise. Die iranischen Devisenreserven belaufen sich nur noch auf 2 Mrd. Dollar. Der industrielle Ausnutzungsgrad beträgt noch 40% und sinkt weiter. Es gibt schätzungsweise 5 Mio. Arbeitslose bei 12 Mio. Erwerbstätigen. Wie unter diesen Bedingungen soziale Gerechtigkeit hergestellt werden soll, eine der Losungen in der Revolution gegen den Schah, ist unabsehbar. Die Landreform ist inzwischen aufgegeben worden, die Vernachlässigung des Landes gegenüber der Entwicklung Teherans reißt wieder ein. Um überhaupt die iranische Wirtschaft einigermaßen am Laufen zu halten, wäre eine Mindestölproduktion von 2,5 Mio. barrel pro Tag notwendig. Unter dem Schah waren es 6 Mio. barrel, nach der Revolution betrug sie einige Zeit nur 800000 barrel.

Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß Iran die irakischen Ölquellen erobern und sie einige Zeit in seine Tasche fließen lassen will. Hinzu kommt das traditionelle Ziel der Beherrschung des Schatt-el Arab. Zu diesen Zielen gehört sicher auch die Förderung eines Sturzes von Hussein, worüber ein irakisch islamischer Staat entstände, der mit dem Iran unter dessen Hegemonie zu einem bedeutenden Machtgebilde mit weiterführenden Hegemonieansprüchen werden könnte.

Die Supermächte haben gegenwärtig bemerkenswert wenig Einflußmöglichkeiten auf den Gang der Dinge. Die Sowjetunion verhält sich abwartend, um nicht bei einer frühzeitigen Parteinahme je nach Kriegsausgang der Dumme zu sein. In gewissen Kreisen nennt man diese Haltung auch „Neutralität". Während sich der Irak mehr nach Westen orientiert, hält der Iran zumindest in Worten seine Gegnerschaft zu beiden Supermächten aufrecht. Immerhin ist der sowjetische Handel jetzt über das Ausmaß zu Zeiten des Schahs gestiegen.

Nicht auszuschließen wäre, daß bei einer offenen Unterstützung des Iran durch die SU sofort eine amerikanische Invasion erfolgen wird. Die USA hatten schon vor dem irakischen Angriff den arabischen Ländern ein amerikanisches Luft- und Seemanöver im Persischen Golf zwecks „Abschreckung" des Iran angeboten. Welche Auswirkungen der Krieg auf die Lage im Libanon hat, ist jetzt noch schwer abzuschätzen. Zweifellos dürfte dieser Krieg für den Weltfrieden um einiges brisanter sein als der Krieg im Libanon, weil hier die Supermächte viel näher vor einer direkten Konfrontation stehen.



Die wirtschaftlichen Zeichen stehen weiter auf Stagnation. Entlassungen und Pleiten haben ihren Höchststand noch nicht erreicht, eine andere „Lösung" kennt der Kapitalismus nicht. Unternehmer und Manager kommen dabei immer gut weg. Über einen besonders rabiaten Kapitalisten berichten wir auf Seite 11.

Nicht nur Lokführer verlieren

Die britischen Gewerkschaften finden kein Mittel gegen die Regierung Thatcher

mam. Wenn es nach der Thatcher-Regierung geht, sind die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die letzten Montag drei Tage für ihre Lohnforderungen in den Streik getreten sind, die nächsten, die aufs Kreuz gelegt werden. Und es sieht so aus, als ginge es zur Zeit nach der Thatcher-Regierung. Durch den „Falkland-Sieg" sei Thatcher zur Zeit nicht in der Stimmung, nachzugeben, schreibt die Financial Times, und das Handelsblatt feiert den Sieg an der „Heimatfront", wie es die Niederlage der streikenden Lokführer nennt.

British Rail ist ein Staatskonzern, genau wie die Deutsche Bundesbahn. Seit zwei Jahren versucht das Transportministerium, das Unternehmen zu rationalisieren, um gegenüber den Unternehmen auf dem Land- und Seeweg konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden. Der Frachtanteil der Bahn ist in den letzten Jahren auf 9% gesunken, nur die Kohle- und Stahlindustrie nutzt die Bahn zu 80% und droht auch mit dem Wechsel zur Konkurrenz.

Die Kapitalisten und der Staat hatten sich mit dem Anlegen großer Lager auf den Streik vorbereitet. Sie konnten die Streikaktionen abwarten. So wirkte er vor allem auf die Lohnabhängigen. Sicherlich war jetzt die Drohung mit Stillegung der Streckennetze von British Rail entscheidend für den Streikabbruch der Lokomotivführer, die die Entlassung von 23000 Lokführern bedeutet hätte. Aber mit Sicherheit wird das Rationalisierungsprogramm für British Rail auf die Dauer noch mehr Arbeitsplätze für die Beschäftigten bei den Eisenbahner-Gewerkschaften kosten. Allein für die kleinere Gewerkschaft Aslef (Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen) bedeutet die jetzt erzwungene Zustimmung zur gleitenden Schichtdauer den Verlust von 4000 Arbeitsplätzen. Weitere 2500 Arbeitsplätze sollen durch Einmannbesetzung in den Fahrerkabinen gestrichen werden. Ebenso sollen die Wachmänner in Güterzügen ganz gestrichen werden.

Insgesamt sind bei British Rail 168000 Eisenbahner beschäftigt. Die Rationalisierungsmaßnahmen betreffen beide Gewerkschaften. Die Eisenbahnergewerkschaft (NUR, National Union of Railwaymen) ist die größere und auch entscheidende der beiden Gewerkschaften geworden. Daß beide Organisationen sich in der British Rail Konkurrenz machen, anstatt sich zusammenzuschließen – oder zumindest zu unterstützen, hat jetzt wesentlich zur Niederlage der Aslef beigetragen. Die NUR hatte schon vor einem Monat für dieselben Forderungen gestreikt wie Aslef jetzt – und nach einem Tag aufgegeben. Eisenbahnen können zwar ohne Schaffner fahren, aber nicht ohne Lokfüher. Nach der Zustimmung der NUR zur gleitenden Arbeitszeit konnte die Regierung und British Rail die entsprechende Hetze gegen die besserbezahlten Lokführer voll entfalten und die Unterstützung der anderen Gewerkschaften zum Abbröckeln bringen. Es nutzt wenig, sich darüber zu empören, daß der Dachverband der britischen Gewerkschaften, TUC, den letzten Anstoß dazu gegeben hat, Aslef zur Aufgabe zu zwingen. Mit der Drohung der Stillegung der Bahn konnte Aslef gar nicht mehr anders.

Die Aslef wird jetzt ihren Kongreß durchführen und über die Streikabbruchentscheidung beschließen. Erst danach wird die Regierungskommission zusammentreten, ein Sanierungskonzept für British Rail erarbeiten und die einzelnen Rationalisierungsschritte festlegen, von denen seit Jahren immer wieder versprochene Investitionen der Regierung abhängen. Geld für weitere Elektrifizierung gibt es nur, wenn Arbeitsplätze gestrichen werden. Selbst das ehemalige Angebot, die Löhne um 5% zu erhöhen, ist bis nach Vorlage des Sanierungskonzepts zurückgezogen.

Auf dem Rücken der Ärmsten

frb. Sicherlich ist noch in Erinnerung, wie die große Koalition von CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat und SPD-FDP-Mehrheit im Bundestag im Rahmen der Operation '82 die Sozialhilfe gekürzt und den Heimbewohnern ihre paar Mark „Zusatztaschengeld" gestrichen hatte. Nicht daß es die Maßnahme dem Geldbetrag nach mit anderen Streichungen hätte aufnehmen können, nein: anderswo wurde noch viel mehr „gespart". Aber dies speziele Unternehmen hat den ganz schäbigen Kern der Operation offengelegt. Protest folgte, Betroffene radikalisierten sich, und die altersgesicherten Berufspolitiker taten, als hätten sie nicht gewußt, was sie da beschlossen hatten. Eine Rücknahme der Taschengeldstreichung ward feierlich versprochen, doch jetzt ist die Erfüllung des Versprechens wieder am Händel zwischen Bundesrat und Bundestag gescheitert.

Die sozialliberale Koalition wollte ein bundeseinheitliches Grundtaschengeld für Heimbewohner von 120 DM im Monat. Das Zusatztaschengeld, das der Hälfte der in Heimen Untergebrachten im Dezember durch einige gesetzestechnische Winkelzüge entzogen worden war, sollte jetzt auf fünf Prozent des eigenen Einkommens festgesetzt werden, höchstens aber rund 27 Mark betragen. Das haben CDU/CSU abgelehnt.

Zweierlei will die Union. Erstens soll das Grundtaschengeld von jedem Bundesland selbst festgelegt werden, so wie es vor dem 1.1.1982 auch geschah; im Durchschnitt betrug es damals 80 DM. Eine „Dezentralisierung", auf die wir gerne verzichten können. Zweitens wendet sich die CDU dagegen, daß das Grundtaschengeld jährlich mit den Renten angepaßt werden sollte. Die Inflation soll also künftig vollbringen, was den Politikern verwehrt blieb.

Um Argumente waren die christlichen Demokraten noch nie verlegen, wenn es galt, ihre Ideale auf dem Rücken der Ärmsten hochzuhalten. Die Sozialhilfe-Empfänger in den Heimen seien besonders teuer, läßt etwa Berlins Sozialsenator Fink verlauten. Und die Neuregelung berge die Gefahr in sich, die alten Menschen in die Heime zu bringen. Als ob einer wegen der paar Mark freiwillig ins Heim ginge!

Nebenbei bloß sei vermerkt, daß der Bundesrat mit der Taschengeld-Regelung es auch abgelehnt hat, den früheren „Sparbeschluß" bezüglich der Unterbringung von Behinderten in Heimen zurückzunehmen. Vielen Eltern war dadurch das Dreifache an Kosten abverlangt worden. Fast überflüssig, auch hier wieder in die Feinheiten der Paragraphen hinabzusteigen. Zahlreich die oft versteckten Maßnahmen im Rahmen der Operation '82 und jetzt der Operation '83, in denen sich die Parteiprogramme wirklich offenbaren. Schicksale von Millionen sind da nur Manövriermasse allgegenwärtiger Profitinteressen.

Solidarität
mit Angeklagten und Verurteilten in den Brokdorf-Prozessen
Weitere Informationen dazu Seite 2
Adresse für Unterschriftensammlung und Plakat Seite 5

Europa und Nahost-Konflikt

Von Theo Mehlen

Die Interessen der USA im Nahen Osten angesichts des israelischen Krieges im Libanon sind knapp gefaßt folgende: Aufrechterhaltung und Ausbau ihrer Vormachtstellung im Nahen Osten, weitgehende Heraushaltung der SU von jeglicher Verhandlungslösung und weitere Schwächung ihrer Position, Monopol der Machtgarantie vor allem für die ölproduzierenden Länder der Region. Die geplante Entsendung von US-Marines in den Libanon muß als Hilfsaktion für Israel aufgefaßt werden, dem die USA aus seinem Problem helfen wollte, die PLO ohne eigene Blutzölle aus Westbeirut zu entfernen.

Begnügen wir uns an dieser Stelle damit, daß die ökonomischen Triebkräfte für eine solche Politik im amerikanischen kapitalistischen Gesellschaftssystem liegen. Hochgradige ökonomische Vorteile für die Verwertung des Kapitals winken allemal bei einer solchen Machtstellung in einer solchen Region. Diese ganz allgemeinen Triebkräfte sind auch in den westeuropäischen Gesellschaften existent. Ist dann von den westeuropäischen Staaten nichts anderes als ein imperialistisches Double auf die amerikanische Politik zu erwarten?

Die westeuropäische Politik im Nahen Osten ist so widersprüchlich wie ihre Interessen. Einerseits müssen die westeuropäischen Länder als gestandene kapitalistische Staaten versuchen, den USA ihre Machtposition im Nahen Osten streitig zu machen. Dabei können sie überhaupt nicht auf die gleichen Mittel wie die USA zurückgreifen. Für Westeuropa kann der Weg nur über eine stärkere Unterstützung der arabischen Länder laufen, um darüber entsprechende politische wie ökonomische Positionen zu erzielen. Andererseits können sie eine solche Politik nicht konsequent ausspielen. Mit den USA teilen sie das Interesse an der Sicherung der Ölvorkommen wie das Interesse an möglichst weitgehender ökonomischer Infiltrierung der arabischen Ökonomien. Sie wollen wie die USA die islamische Revolution begrenzt und die Sowjetunion aus dem Raum heraushalten. Diese Interessen stehen einer Stärkung der arabischen Souveränität und ökonomischen Unabhängigkeit entgegen. Eine Kontrolle der arabischen Staaten wie der palästinensischen Revolution soll sein. Somit soll aber auch die israelische Position in der Region stark bleiben.

Frankreich hat zwei wesentliche Initiativen gestartet. Einmal erklärte es sich bereit, an einer Truppe im Libanon mitzuwirken. Zum zweiten hat es mit Ägypten eine Resolution für die UNO vorbereitet, die das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung beinhaltet. Diese beiden Initiativen werden von Arafat positiv eingeschätzt. Daß Frankreich mit dieser Politik eigene Ziele verfolgt, kann gar nicht abgestritten werden. Aber für die Palästinenser könnte eine französisch-griechische Truppe (Griechenland hatte sich ebenfalls bereiterklärt) wirklich eine Schutzrolle gegenüber den israelischen Aggressoren spielen. Wenn es hierüber gelingen könnte, die USA aus dem Libanon herauszuhalten, wäre das positiv. Das gleiche gilt auch für die UNO-Initiative. Eine Schwächung der US-Position würde auch den Interessen der hiesigen Friedensbewegung entgegenkommen, eine Konfrontation der beiden Supermächte zu verhindern.

Genscher hat zwar des öfteren bei seinem Besuch in Jordanien und Ägypten das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser proklamiert, was aber noch nicht viel heißt. Denn die Bundesregierung hat bis heute nicht entwickelt, was sie darunter verstehen will. Wahrscheinlich nur eins nicht: Einen souveränen Palästinenserstaat. Weiterhin verweigert sie auch die Anerkennung der PLO. Keine Anzeichen gibt es für einen Stopp der Bonner Hilfsleistungen an Israel. Vor allem auf Betreiben der Bundesregierung kamen auch beim Treffen der EG-Regierungschefs Ende Juni keinerlei Sanktionen zustande. Worüber Israel erleichtert aufatmen konnte, denn immerhin gehen 40% seiner Exporte in die EG und 30% der Importe kamen von dort. Allerdings sehen die eigenständigen Maßnahmen Großbritanniens und Frankreichs auch kaum ernsthaft aus: England zog eine Einladung an Israel zurück, an der großen englischen Waffenmesse teilzunehmen, und Frankreich ließ ein Treffen des bilateralen Kultur-Komitees in Paris platzen.

Wer zuviel von der westeuropäischen Politik erwartet, verkennt den Charakter dieser Staaten. Viel mehr wäre aber möglich. Freiwillig ist von der BRD nicht einmal eine „französische" Position zu erwarten.

Solidarität gegen Brokdorfprozesse: Erste Fortschritte

Markus Mohr freigelassen / Unterschriftensammlung muß unterstützt werden

edd.Hamburg. Die Kammer des Landgerichts Itzehoe, die die Terrorurteile gegen die beiden Teilnehmer der Brokdorfdemonstration vom 28.2. gesprochen hatte, lenkte unter dem zunehmenden öffentlichen Druck auch der bürgerlich liberalen Presse ein und entließ den 19jährigen Schüler Markus Mohr aus Marne aus der Untersuchungshaft, bis der Bundesgerichtshof über die Revision entschieden hat. Dieses (bei Bankräubern, Sittlichkeitsverbrechern, Wirtschaftsbetrügern durchaus übliche) Verfahren wurde erst nach öffentlichem Druck und nicht für den seit über anderthalb Jahren in Untersuchungshaft sitzenden Michael Duffke durchgeführt. Die Haftbeschwerde für ihn wurde an das Oberlandesgericht weitergeleitet. Ist die Freilassung von Mohr zwar ein kleiner politischer Erfolg der Solidaritätsbewegung, sagt sie jedoch nichts über die endgültige Vollstreckung der Urteile aus. Gerade im Fall des 19jährigen Schülers hatte vor allem die bürgerlich liberale Presse, wie „Die Zeit", die „Frankfurter Rundschau" und die „Süddeutsche Zeitung" gegen die Höhe des Urteils des Itzehoer Landrichters Selbmann protestiert. Diesem Protest soll nun die Spitze gebrochen werden, indem man Mohr vorläufig wieder auf freien Fuß setzt unter der Auflage, sich mehrfach wöchentlich bei der Polizei zu melden und am 1.8.1982 seine Lehrstelle anzutreten.

Darum wird es gerade jetzt wichtig, die Solidarität zu verstärken. Gerade weil versucht werden soll, an diesem Beispiel der politischen Justiz der Reaktion einen Riegel seitens der demokratischen Bewegung vorzuschieben. Hatte es ziemlich lange, eigentlich zu lange, gedauert, bis diese Bedeutung der Brokdorf-Prozesse seitens der demokratischen, alternativen und sozialistischen Bewegung und Linken erkannt wurde, festigt sich jetzt, nicht zuletzt aufgrund der fundierten und solidarischen Arbeit des gewerkschaftlichen Aktionskreises Leben (AKL) in Hamburg die Solidaritätsfront. Die bundesweite Unterschriftenkampagne gegen die Brokdorfurteile und für die Revision wird jetzt von wichtigen politischen Gruppierungen getragen wie u.a. dem Aktionskreis Leben, dem Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), den Evangelischen Studentengemeinden in der BRD und Westberlin, der Grünen Bundespartei, der DKP sowie verschiedenen Bürgerinitiativen aus Brokdorf und Lüchow-Dannenberg sowie der politischen Linken, KBW, GIM, KPD, KB, Gruppe Z u.a.

Die Bürgerschaftsfraktion der Grün-Alternativen Liste in Hamburg hat selbstkritisch konkrete Unterstützungsmaßnahmen gegen die Brokdorf-Prozesse beschlossen. So wurde in einer Presseerklärung bekannt gemacht, daß die Abgeordneten die bundesweite Unterschriftenkampagne unterstützen und dazu aufrufen. Bei Abgabe der Revisionsbegründung seitens der Verteidigung, womit ungefähr im September/Oktober gerechnet wird, soll eine Pressekonferenz zum Abschluß der Kampagne im Hamburger Rathaus organisiert werden mit den Trägern dieser Kampagne, um die Forderung nach Revision des Urteils durch den BGH in der Öffentlichkeit zu unterstreichen. Die GAL will ebenfalls die am 14. September beginnenden Prozesse gegen die Gewerkschafter des Aktionskreises Leben (AKL) Uwe Zabel (IGM) und Kay Seligmann (Drupa) breit unterstützen. Der AKL, der diese bundesweite Kampagne angeleiert hatte, nachdem die Hamburger autonomen Gruppen darauf verzichtet hatten, mittels breitem öffentlichem Druck tatsächlich eine Front gegen die reaktionären Urteile aufzubauen, hat ein Info herausgebracht über den Prozeß sowie ein Plakat, das bundesweit zur Solidarität aufruft. (Bestelladresse s.u.)

Zum Prozeß des AKL ruft dieser alle Betriebsräte, Vertrauensleute, gewerkschaftlichen Gremien auf, an das Gericht Solidaritätsadressen zu senden. Am 20. Oktober organisieren Gewerkschafter eine Solidaritätsveranstaltung im GEW-Gewerkschaftshaus im Hamburg mit der Ina-Deter-Band und Walter Moßmann. Führende Gewerkschafter aus GEW und IG Druck und Papier, die damals zu der Brokdorfdemonstration trotz Verbot aufgerufen hatten, haben signalisiert, daß ihre Organisationen offiziell diese Veranstaltung unterstützen werden. In Kiel ist ebenfalls eine solche Solidaritätsveranstaltung für den 21. Oktober geplant.

Prozeßtermine des Prozesses
gegen die AKL-Gewerkschafter:

14. Sept., 21. Sept., 28. Sept. ff.

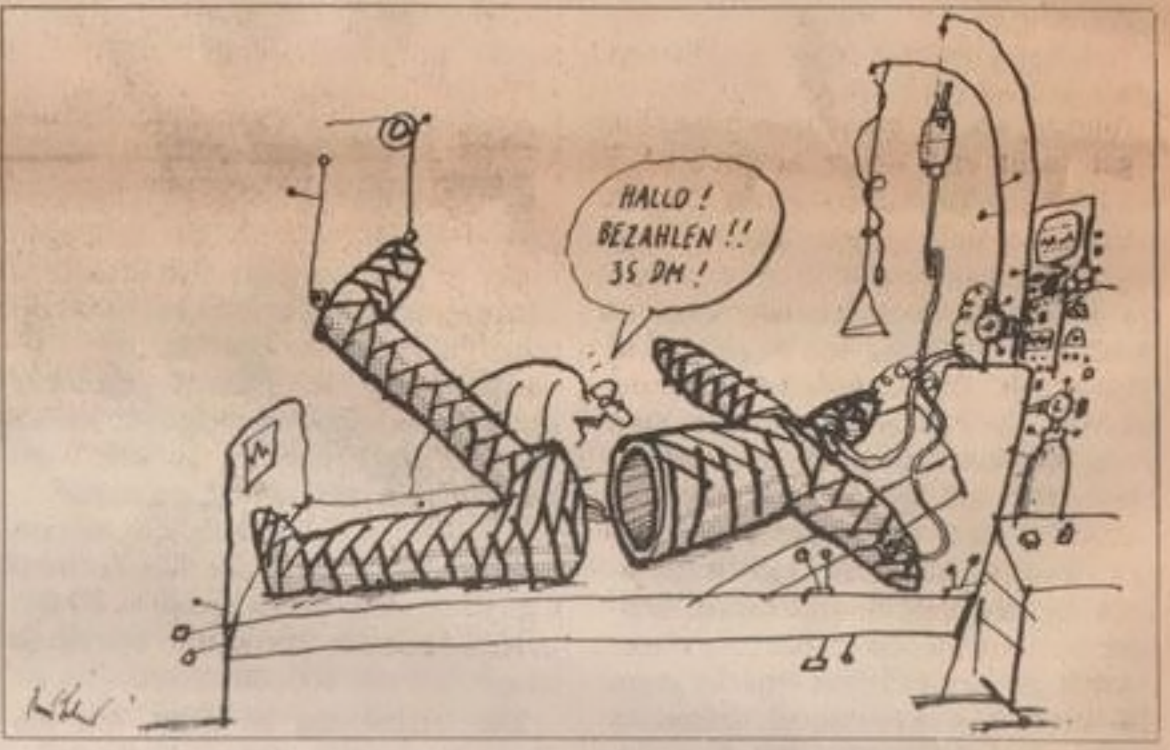
Nehmt Urlaub für den Prozeß!
Buskarten von Hamburg nach Itzehoe beim AKL bestellen.

Solidaritätsadressen
für den AKL-Prozeß an:

Amtsgericht Itzehoe
Richter Voß
AZ. 9 Ls (111/81)
Bergstraße 7, 2210 Itzehoe

Jetzt kommt es auf den langen Atem der Solidaritätsbewegung an und darauf, daß begriffen wird, daß hier ein massiver Angriff gegen die Demonstrationsfreiheit gefahren wird, der nicht nur die Atomkraftgegner, sondern alle demokratischen Bewegungen und die Gewerkschaften trifft. Diesem gilt es exemplarisch entgegenzutreten.

René Fehr: **Zwangseintrittsgebühr**



Kritik, die im „Vorwärts" noch erlaubt ist. Die Regierung setzt es durch.

Hungerstreik für Zusammenlegung im Knast

kvz. Seit dem 26. Juni sind Sieglinde Hoffmann und Ingrid Barabaß, beide waren sie im Frauengefängnis Frankfurt Preungesheim in Isolationshaft, in Hungerstreik. Sie fordern eine Zusammenlegung und eine gemeinsame Verlegung nach NRW oder nach Schleswig-Holstein, wo in Lübeck schon 4 weitere Frauen aus der RAF inhaftiert sind. Seit dem 9. Juli waren die beiden Frauen auch in den Durststreik getreten und sind seitdem in das Haftkrankenhaus in Kassel eingeliefert. Nach ersten Entscheidungen des Gerichts hatten die beiden Frauen nach 5 Tagen den Durststreik abgebrochen, obwohl die beiden Entscheidungen unterschiedlich ausfielen. Während die für Ingrid Barabaß zuständige 5. Strafkammer einer Zusammenlegung nicht widersprach, forderte die für S. Hoffmann zuständige 4. Kammer zunächst den Abbruch des Hunger- und Durststreiks. Inwieweit die Zusage des hessichen Justizministers zu einer generellen Verlegung zuverlässig ist, ist unsicher, immerhin wurden schon die vagen Zusagen nach dem langen Hungerstreik Anfang des vergangenen Jahres hier nicht eingehalten. Seit dem vergangenen Mittwoch ist nun auch Bernd Rößner, in der JVA Straubing/Bayern in Isolationshaft, in Hungerstreik getreten. Auch er fordert, die schon grundsätzlich von Justizminister Schmude gemachte Zusage auf Zusammenlegung tatsächlich einzuhalten. – In Preungesheim waren sechs weitere Frauen zur Unterstützung der Forderungen der beiden Gefangenen aus der RAF in den Hungerstreik getreten, wie es ihnen geht, ist weitgehend unbekannt. 150 Frauen, fast die Hälfte der in Preungesheim inhaftierten, solidarisierten sich in einer Unterschriftensammlung mit Ingrid Barabaß und Sieglinde Hoffmann. Am 11. Juli besetzten sie sogar für drei Stunden die Knastkirche.

Bundesanstalt für Arbeit und ihr Haushalt

kvz. Mitte vergangener Woche verabschiedete der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg den Haushaltsentwurf für 1983 und den Nachtragshaushalt für 1982. Im Nachtragshaushalt mußten noch einmal 4,2 Mrd. DM bereitgestellt werden, vom Bund als Zuschuß zu zahlen, da die Annahmen bei der Verabschiedung des Haushalts immer geschönt worden waren. Von den durchschnittlich 1,8 bis 1,85 Mio. Arbeitslosen bekommt allerdings nur etwa jeder zweite Arbeitslosengeld. Da ist es schon zynisch, wenn, wie es das „Handelsblatt" berichtet, die DGB-Vertreterin im Verwaltungsrat darauf hinweist, daß der Haushalt etwas günstiger gestaltet werden konnte, da mehr Arbeitslose als ursprünglich angenommen nur noch Arbeitslosenhilfe bekommen. 200 Mio. DM seien dadurch gespart worden – für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc. Für das kommende Jahr geht die BA von etwa derselben Anzahl an Arbeitslosen aus wie dieses Jahr, ihr Haushalt soll dann etwa 35 Mrd. DM betragen. Allerdings sind die Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsoperation '83 noch nicht berücksichtigt. Der Zuschußbedarf würde dadurch von 6,4 Mrd. DM auf „deutlich unter 1 Mrd. DM sinken", allerdings bei der optimistischen Annahme eines Wachstums von 3%.

Nazi-Justiz auch weiterhin tabu

kvz. Besonders schnell und gründlich war die bundesdeutsche Justiz eigentlich noch nie, wenn es um die Nazi-Gerichtsbarkeit ging. Nach 37 Jahren stand nun für 1983 eine Tagung der Deutschen Richterakademie zu diesem Thema auf dem Programm. Niedersachsen hatte sich ursprünglich bereit erklärt, diese Tagung auszurichten. Nun hat das niedersächsische Justizministerium abgesagt. Keine Mittel, Richter und Staatsanwälte seien so oder so schon überlastet, es gäbe andere Prioritäten und schließlich wolle Niedersachsen lieber vorher noch weitere Erfahrungen mit solchen Tagungen sammeln, das waren die Ablehnungsgründe. Auch Hamburg und Hessen war eine solche Tagung offensichtlich zu heiß. Sie lehnten ihre Durchführung ebenfalls ab. Der Bundesvorstand der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV erklärte dazu: „37 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wäre es an der Zeit, wenn Richter und Staatsanwälte ihre damalige Rolle und das Thema NS-Justiz aufarbeiten würden." Nach der Absage der geplanten Tagung sei nun zu befürchten, daß das Thema „auch weiterhin totgeschwiegen wird". Die bisherigen Erfahrungen mit nicht eingeleiteten oder niedergeschlagenen Verfahren gegen die Helfershelfer der Nazis in den Roben lassen da allerhand vermuten.

Demonstration für Frieden anläßlich Katholikentag

kvz. Für den 4. September rufen die „Initiative Kirche von unten", Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und der Interkirchliche Friedensrat der Niederlande zu einer Demonstration anläßlich des Katholikentages in Düsseldorf auf. „Kehrt um – entrüstet Euch. Demonstration für Frieden, Abrüstung und Gerechtigkeit", unter diesem Motto soll die Demonstration stehen. „Wir solidarisieren uns mit der wachsenden Friedensbewegung in der DDR, die unter dem Prophetenwort „Schwerter zu Pflugscharen" in ihrem Bündnis für Abrüstung eintritt. Wir fordern in unserem Bündnis die Regierungen, besonders die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen, umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen." Daneben wird ein atomwaffenfreies Europa gefordert.

Demonstration am 4.9. in Düsseldorf
13.00 Uhr: Vorkundgebungen (Sammelplätze: Beckbuschstr., Hans Böckler Str., Reitallee)
14.00 Uhr: Demonstration
16.00 Uhr: Schlußkundgebung auf den Oberkasseler Rheinwiesen.

mine · Termine · Te

Juli

28. **Großengstingen.** „Peace-camp", Blockadeaktion gegen das Militärlager bis 12.8.
29. **Aachen.** Internationales Friedenslager, Bundesleitung der Pfadfinderschaft St. Georg, bis 4.8.
31. **Anmeldeschluß** für den „Markt der Möglichkeiten" auf dem Evangelischen Kirchentag 1983 (8. – 12.6.1983)

August

1. **„World bike ride"**, weltweite Friedens-Fahrradfahrt von Australien – Japan – UdSSR nach Skandinavien. August 1982 bis Januar 1983
   Tokio, Japan. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben '82, bis 3. August
5. **Andalusien.** „7. internationaler gewaltfreier Marsch für Entmilitarisierung."
   Nagasaki und Hiroshima. Massenveranstaltungen anläßlich des Jahrestages der atomaren Zerstörung, bis 6.8.
6. **Hiroshima.** Jahrestag des Bombenabwurfs auf Hiroshima
   Wien. Internationales Friedensfestival, bis 9.8.
7. **Würzburg.** Bundeshauptausschuß der GRÜNEN tagt, bis 8.8.
   Burglengenfeld. Rockfestival „Keine WAA in der Oberpfalz", bis 8.8.

Die Medien fest im Griff der bürgerlichen Politik

Wie es den Fernseh-Anstalten seit 2 Jahren gelingt, einen informativen und parteiischen Film über die Palästinenser im Libanon nicht zu senden. Der Film kann von den örtlichen Solidaritäts-Gruppen aufgeführt werden und bietet viel Informationen über das Leben und Denken der Palästinenser im Libanon – vor dem israelischen Völkermord.

thm. 1980 machten sich Filmemacher der Medienwerkstatt München auf, um in mehrmonatigen Recherchen im Libanon und in Syrien einen Film über die Palästinenser im Libanon zu drehen. Sie schilderten und filmten einfach das, was dort in den Flüchtlingslagern und im Libanon zur täglichen Wahrheit gehört. Dabei ließen sie Palästinenser mit ihren politischen Vorstellungen zu Wort kommen. Ist somit der Film eine gute Reportage über das Leben und Denken der Palästinenser, ob man nun mit den Vorstellungen einverstanden ist oder nicht, so ergreift er aber auch direkt Partei für die palästinensische Sache. Kein Film also für die Politik der westdeutschen herrschenden Klasse, die die Interessen Israels höher stellt als die der Palästinenser und diese Politik nur durchhalten kann durch stetige Verheimlichung und Vergewaltigung der Tatsachen im Nahen Osten. Zwar existiert keine offizielle Zensur, aber die Medien sind gut im Griff, das zeigen die Versuche, diesen Film über das Fernsehen einem breiten Publikum vorzustellen.

Seit Ende 1980 versuchen die Produzenten, bei fast allen Sendeanstalten der ARD und des ZDF den Film unterzubekommen. Schriftliche Anfragen wurden zu weniger als 10% von den Sendern beantwortet. Probevorführungen konnten nur durch hartnäckige Nachfragen erreicht werden. Bei einer Aufführung in einem ARD-Sender brach der verantwortliche Redakteur schon nach 15 Minuten die Probeaufführung ab. Er brauche sich den Film gar nicht erst weiter anzusehen. Sie hätten vor kurzem erst einen Film von Erdmute Heller über die Westbanks gesendet und daraufhin wären sie so unter Beschuß verschiedener Organisationen gekommen, daß in dieser Richtung in der nächsten Zeit nichts laufen könne. Seltene Offenheit. Ansonsten wurde kaum inhaltlich argumentiert, siehe die Auszüge aus Ablehnungsbescheiden verschiedener Sender.

Meist wurde darauf verwiesen, daß der Süddeutsche Rundfunk (SDR) für den Nahen Osten zuständig ist. Wenn dieser Sender den Film freigebe, werde man es sich vielleicht überlegen, den Film zu kaufen. Dieser Sender hat sich allerdings den Film nicht einmal angesehen und auch Anfragen nicht beantwortet. Als die Produzenten von der Medienwerkstatt aber keine Ruhe gaben, wandte sich der SDR direkt an den Intendanten statt an die Autoren. Nach 14 Tagen kam auch hier schließlich eine Ablehnung. Als einer der Filmemacher auf eine Ablehnung von seiten des ZDF darauf hinwies, daß es wohl eher die politischen Verhältnisse hier sind, die eine Sendung des Filmes verhindern, rief ein Verantwortlicher des ZDF an und meinte, der „junge Mann" solle doch nicht soviel Sympathie für diese terroristische Organisation aufbringen.

Nach dem Einmarsch der Israelis im Libanon unternahmen die Produzenten einen erneuten Anlauf, um den Film unterzubekommen. Es schien logisch, daß angesichts dieser Aggression ein Film informativ ist, der die Lage der Palästinenser vor dem israelischen Einmarsch schildert. Doch allenfalls stießen sie dabei auf Zynismus. Der Norddeutsche Rundfunk meinte, da die beschriebenen Lager ja sowieso wahrscheinlich bei dem israelischen Angriff zerstört worden seien, könne der Film ja kaum noch als Dokumentation der heutigen Zustände gelten.

Das beste Mittel, die Gesellschaft von derartigen Informationen fernzuhalten, ist und bleibt das Geld. Geld regiert die (kapitalistische) Welt. Die Produktionskosten des Filmes lagen bei 80000 DM, gar nicht mitgerechnet die z.T. kostenlose Arbeit, die da hineingesteckt wurde. Durch Einnahmen aus einem anderen Film konnten die Autoren ihre Schulden auf 50000 DM senken. Um aber insgesamt zumindest die Schulden zu decken, ist das Fernsehen die einzige Einrichtung, die so etwas bezahlen könnte. Über keine anderen Wege ließe sich ein solches Projekt letztlich finanzieren. Nach der israelischen Aggression wandten sich die Filmemacher an die Abteilung für Kultur, Gesellschaft und Kirche, in der Hoffnung, dort auf offenere Ohren als bei den politischen Abteilungen zu stoßen. Was dabei herauskommt, ist noch offen, aber eventuell könnte hierüber ein Verkauf des Filmes erfolgen: für 10000 DM. Die Autoren betonen zwar, daß eine Sendung des Filmes nicht am Preis scheitern soll, weil sie selber ein politisches Interesse daran haben. Andererseits können sie es sich gar nicht erlauben, den Film für einen unverschämt niedrigen Preis zu verhökern.

Es wurde auch bei anderen Anstalten nachgefragt. Tatsächlich hat die Landesstelle für politische Bildung in NRW den Film angekauft, wodurch er zumindest über die Landesbildstellen, die auch Filme in anderen Ländern anfordern können, voraussichtlich ab Herbst zu erhalten ist. Für die örtlichen Solidaritäts-Initiativen empfiehlt es sich, Aufführungen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Programmkinos zu organisieren. Auch Videokassetten können angefordert werden. Nachfragen sind auf alle Fälle an die Medienwerkstatt München zu richten.



Ausbildungswerkstatt für Drucker von SAMED in Beirut

man es sich vielleicht überlegen, den | Ausbildungswerkstatt für Drucker von SAMED in Beirut | um Wasser zu holen. Und die Polizei

„Da das Lager, in dem die Aufnahmen gemacht wurden, im Süden von Beirut liegt, ist anzunehmen, daß es beim israelischen Vormarsch zerstört worden ist. Ich glaube sogar, den Namen in diesem Zusammenhang in den Nachrichten gehört zu haben. Auf alle Fälle besteht die Infrastruktur der PLO in der geschilderten Weise nicht mehr, und selbst wenn das Lager noch existieren sollte, würden sich die Bewohner heute anders über die israelischen Bomben äußern, würde ihr Leben sehr viel anders aussehen."

Norddeutscher Rundfunk
Juni 1982

„Nachdem aber in den vergangenen Tagen ein brandaktuelles Stück von Michael Mrakitsch (SWF) über die Palästinenser-Situation in den Lagern nicht in den ‚Weißen Fleck' übernommen werden konnte, besteht für Ihren Bericht keine Möglichkeit, aktuell ins Programm zu kommen. Wir können ihn für unser Feature-Kontingent in der ARD nicht einbringen, das wir bis Jahresende bereits ausgeschöpft haben, nicht zuletzt durch die 13teilige Serie ‚Europa unterm Hakenkreuz'."

Süddeutscher Rundfunk
Juli 1982

„... daß wir dieses Projekt allein schon aus finanziellen Gründen nicht realisieren können. Sie wissen ja, daß (unser) Etat noch einmal um etliche Millionen gekürzt werden mußte ... Das Feature ist zwar streckenweise sehr interessant, weist aber auch große Schwächen auf, z.B. waren die Off-Sprecher der deutschen Sprache einfach nur in einem unzureichenden Maße mächtig."

Bayerischer Rundfunk
Februar 1982

(Anmerkung: 1. wurde der Film damals schon weit unter den Herstellungskosten für 30000 DM angeboten; 2. wurde die Übersetzung der arabischen Originaltöne von deutschsprachigen Arabern gesprochen, um ein bißchen Unmittelbarkeit zu erhalten.)

„... kamen wir zu dem Ergebnis, daß die Dokumentation doch zu wenig neue Aspekte enthält – trotz der interessanten Idee, den ganzen Film der jungen Generation zu widmen. So wie die Produktion angelegt ist, erscheint auch eine Kurzfassung für unser Auslandsjournal nicht sinnvoll."

Zweites Deutsches Fernsehen
Februar 1981

„... darf ich Ihnen mitteilen, daß wir einen Film über ein verwandtes Thema bereits am Gründonnerstag 1979 ausgestrahlt haben ... Es liegt in der Struktur unseres nicht gerade billigen Korrespondentennetzes begründet, daß wir als Anstalt des öffentlichen Rechts selbst versuchen, Filmstücke aus unseren Berichtsgebieten zu realisieren und deshalb nur sehr zurückhaltend Produktionen ankaufen. Aus diesem Grunde besteht keine große Chance, daß Ihr Stück auf einem Sendeplatz des Süddeutschen Rundfunks untergebracht werden kann."

Süddeutscher Rundfunk
Dezember 1980

Auszüge aus dem Text des Films

Kommentar: Mehr als zwei Monate sind wir schon unterwegs im Libanon. Die Jugendlichen, mit denen wir zu Beginn sprachen, leben im Flüchtlingslager Al Rashediya im Süden des Landes, nicht weit entfernt von der israelischen Grenze.

Mehr als eine halbe Million Palästinenser leben heute im Libanon, die meisten von ihnen in einem der 20 Flüchtlingslager des Landes.

Um sich vor den häufigen Angriffen zu schützen, haben viele Familien die Lager im Süden in Richtung Beirut verlassen. Auf dem Weg dorthin treffen wir überall auf die Spuren des Kampfes: zerstörte Häuser, zerbombte Schulen.

Am Rande der libanesischen Hauptstadt Beirut liegt das Flüchtlingslager Bourj Al Barajne. 30000 Palästinenser leben hier unter Wellblechdächern. In diesem Lager wohnen wir während der nächsten Wochen.

Die Lagereingänge werden von Posten der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO kontrolliert. Wie in allen libanesischen Lagern gibt es auch hier die bewaffnete Autonomie der PLO.

Seit mehr als 30 Jahren lebt das palästinensische Volk im Exil. Mit der Gründung des Staates Israel wurde der größte Teil der Bevölkerung vertrieben oder flüchtete in die arabischen Nachbarstaaten.

Wir sind hierhergekommen, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen heute die palästinensische Jugend in den Lagern aufwächst. Sie ist schon in den Lagern geboren und kennt Palästina, die Heimat ihrer Eltern und Großeltern nur vom Hörensagen.

Die Jugend'.chen wachsen in den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen auf, die die palästinensische Befreiungsorganisation in den vergangenen 15 Jahren geschaffen hat und die tief in den Alltag der Familien hineinreichen.

(...)

Umm Tarek: Die Zelte standen dort drüben, wo heute unsere Häuser stehen. Zuerst gab es für vier Familien ein Zelt, dann für drei Familien eins und schließlich bekam jede Familie ein Zelt.

Das Leben im Lager war für uns so schwierig. Vor der palästinensischen Revolution konnten wir daran nichts ändern. Die libanesische Polizei griff in den Lagern hart durch und schikanierte uns. Für fast alles mußten wir Strafen bezahlen, z.B. wenn wir unser Waschwasser auf die Straße schütteten. Es gab kein Trinkwasser im Lager, wir mußten eine halbe Stunde gehen, um Wasser zu holen. Und die Polizei schränkte uns in allem ein, selbst bei der Suche nach Arbeit.

Nachdem die Revolution anfing, konnten wir vieles ändern. Durch die PLO haben wir Trinkwasser bekommen, sie hat Brunnen für uns gebaut und Kanalisation. Die Leute erhielten die Erlaubnis, ihre Häuser zu verändern und das Wellblech wegzunehmen, durch das immer das Wasser tropfte.

(...)

Kommentar: In den vergangenen 10 Jahren baute die PLO in den Lagern ein eigenes Wirtschaftssystem auf, das im Libanon heute 33 Betriebe mit mehr als 8000 Beschäftigte umfaßt.

Diese Wirtschaftsorganisation heißt SAMED.

In den Metall- und Holzwerkstätten im Lager Bourj Al Barajne besteht der Großteil der Produktion in der Herstellung praktischer Gebrauchsgüter für den Eigenbedarf in den Lagern, ein anderer Teil in der Herstellung von Exportgütern.

Ganz besonders kümmert sich SAMED um den Ausbau eigener Ausbildungsplätze. Ein Drittel aller Beschäftigten sind heute Jugendliche, die in den verschiedenen Werkstätten einen Beruf erlernen. Die Ausbildung dauert zwischen sechs Monaten und drei Jahren, abhängig vom Ausbildungsfach.

(...)

Arbeiter bei SAMED verdienen weniger als in der libanesischen Wirtschaft. Dieser geringere Verdienst aber wird durch eine Reihe von Sozialleistungen ausgeglichen. So sind der bezahlte Urlaub und die Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall selbstverständlich.

Mit dem Ausbau der Betriebe verfolgt SAMED das Ziel wachsender wirtschaftlicher Unabhängigkeit für die Palästinenser.

(...)

Die PLO unternimmt große Anstrengungen, ihre Jugend in der politischen Erziehung auf eine künftige Staatsbürgerschaft in einem eigenen Staat vorzubereiten. Eine besondere Bedeutung haben dabei die eigenen Bildungseinrichtungen, wie z.B. Souk Al Chrab, eine Internatsschule in den Bergen oberhalb von Beirut.

Sie wurde 1957 von der arabisch-palästinensischen Frauen-Union gegründet.

418 Kinder besuchen diese Schule. Mehr als die Hälfte von ihnen lebt ständig hier. Es sind Waisen und Halbweisen.

(...)

Beständig erweitert die PLO die eigenen Bildungseinrichtungen. Hier baut sie nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus das größte Schulzentrum im Nahen Osten. Mit dieser Einrichtung schafft sie ein vollständiges Erzie-

Nahen Osten. Mit dieser Einrichtung schafft sie ein vollständiges Erzie-

hungssystem von der Vorschule bis zur Universität.

Jahr für Jahr vergibt die PLO etwa 5000 Universitätsstipendien. Darin eingeschlossen sind die Studienplätze, die ihr insbesondere von verschiedenen sozialistischen Ländern zur Verfügung gestellt werden.

In dieser Schulstadt werden künftig 10000 Schüler und Studenten leben, vor allem Kinder aus Familien, in denen Angehörige gefallen sind.

Najla: Was immer die PLO an Einrichtungen aufgebaut hat, um all diese Probleme zu lösen – da haben wir viele Einrichtungen –, so sind sie doch alle nur eine vorübergehende Lösung. Denn sie sind wie ein Luftgebilde, weil sie außerhalb der Heimat errichtet wurden, und weil wir Palästinenser in verschiedenen Ländern nur ein vorübergehendes Gastrecht erhalten haben.

Und das ist das eigentliche Motiv, für unsere Jugend zu kämpfen, und all diese Einrichtungen so zu erhalten, als würden sie in der Heimat stehen. Unsere Jugend soll die Einrichtungen als etwas Normales betrachten, damit sie den Gebrauch ihrer natürlichen Rechte für ihren zukünftigen Staat einüben kann.

Kommentar: Diese Jugend wird dahin erzogen, die Abwesenheit von Palästina, der Heimat ihrer Etern, nur als vorübergehend zu betrachten. Sie haben erfahren, daß sie in keinem arabischen Land wirklich erwünscht sind.

So ist Palästina für sie ein Versprechen, ein Land, das keiner von ihnen bisher gesehen hat.

Eines Tages werden wir zurückkehren

technische Daten: 16 mm / Farbe / Negativ / Originalton · Länge: 43 Minuten · Drehort: Beirut / Südlibanon · Herstellungszeit: 1980/81 · Hersteller: Medien Werkstatt München

Der Nahostkonflikt ist eines der großen aktuellen Weltprobleme. Daß die Zeitläufe das palästinensische Problem regeln werden, hat sich als Irrtum erwiesen; die Zeit löst nichts, solange die Palästinenser nicht selbst den Weg der Lösung mitbestimmen können. Durch den Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon hat sich die Gefahr eines ausweitenden Krieges vergrößert.

Insgesamt leben heute fast 3 Millionen Palästinenser als Vertriebene und Flüchtlinge in der ganzen Welt verstreut. Im Libanon sind es allein über 500000 in 20 Lagern.

Das Bild heutiger Lagerwirklichkeit ist bestimmt durch die militärischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, die die palästinensische Befreiungsorganisation PLO seit Ende der 60er Jahre dort aufgebaut hat und die seitdem immer Ziel israelischer Angriffe waren.

Vor diesem Hintergrund zeigt der Film das Leben in palästinensischen Lagern wie Al Rashediya im Südlibanon und Bourj Al Barajne in Beirut. Dort wächst eine neue Generation auf, die Palästina, die Heimat ihrer Eltern, nur noch aus Erzählungen kennt.

Auf die Jugend haben die verschiedenen Einrichtungen der PLO erziehungs- und ausbildungsmäßig einen großen Einfluß. Im Film stellen wir einige vor und erfahren von den Jugendlichen, was sie lernen und von welchen Hoffnungen und Erwartungen ihre Zukunftsvorstellungen bestimmt sind.

Der Film zeigt auch, daß ein Teil der Palästinenser bewaffnet ist, und läßt die Palästinenser begründen, warum sie ihrer Ansicht nach Waffen brauchen. Die Entwicklung der letzten Wochen bestätigt gerade diese Aussagen des Films mit grauenhafter Deutlichkeit.

Medien Werkstatt München · Hannes Gulde, Stefanie Landgraf, Rüdiger Lorenz · Elisabethstr. 49 · 8000 München 40 · Tel. 089/188331 oder 292440

Grenze nun auch für ausländische Kinder dicht?

Westphals Plan und Gesetzentwurf des Bundesrates zur Zuzugssperre für über 6jährige umstritten

vip. In der Frage der weiteren Beschränkung des Familiennachzuges ausländischer Staatsangehöriger zögert die Bundesregierung. Sie ist durch einen Gesetzentwurf des Bundesrates – dort eingebracht von den CDU/CSU-regierten Ländern – in Zugzwang gebracht. Der Entwurf sieht die Einführung der Aufenthaltserlaubnispflicht für Ausländer ab sechs Jahren vor. Jetzt besteht die Pflicht erst vom 16. Jahr an. Die Aufenthaltserlaubnispflicht ist die gesetzestechnische Bedingung für die Einführung der Visumspflicht und diese wiederum Voraussetzung für die Verhinderung des Nachzugs. Das Bundeskabinett wollte am 14. Juli zu dem Entwurf Stellung nehmen, und tat es nicht, obwohl der federführende Minister Westphal eine grundsätzlich zustimmende Erklärung vorbereitet hatte. Westphal will eine zweijährige Übergangsfrist und danach ein Nachzugs*verbot*, welches, abgesehen von sog. Härtefällen, keine ausländerbehördlichen Ermessensentscheidungen mehr zuläßt.

Im Bundeskabinett ist man von einer Zahl von insgesamt 322000 potentiellen Nachzüglern der Altersgruppe 6–16 Jahre ausgegangen. Hiervon müssen alle EG-Ausländer abgezogen werden, da sie das Recht der Freizügigkeit genießen. Für die Griechen sind in der EG-Beitrittsakte Übergangsregelungen festgelegt, die ebenfalls nicht einseitig geändert werden können. Die Spanier können ganz außer Betracht bleiben, da sie nicht zu-, sondern abwandern (jährlich 15000). Ähnlich verhält es sich mit den Portugiesen. Relevant sind im wesentlichen die Türken. Das Bundeskabinett nennt hier die Zahl von 196000 (von denen nicht alle nachziehen wollen). Für Hessen sind im „Ausländerreport 82" der Wiesbadener Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung, der vom hessischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben worden war und jetzt veröffentlicht worden ist, einige weitere Angaben enthalten. Danach befinden sich noch etwa ein Drittel aller unter sechzehn Jahre alten Kinder von in Hessen lebenden Ausländern im Herkunftsland. Es sollen etwa 50000 bis 60000 Kinder sein, die Hälfte ungefähr Türken.

Die zahlenmäßige Betrachtung ist nicht der Aspekt, unter dem das Thema behandelt werden soll. Sie zeigt aber: Der Gesetzentwurf läuft praktisch auf die Erfüllung der Forderung nach „Ausländerstopp" hinaus. Das Argument, wenn schon Familiennachzug, dann in einem integrationsfähigen Alter, also von Schulbeginn an, ist natürlich ein Scheinargument: Woher sollen z.B. in der Türkei die Säuglinge und Kleinkinder kommen, wenn die Eltern in der BRD leben? Bezeichnenderweise hat das Bundeskabinett zur Altersgruppe 0 bis 5 Jahre keine Zahlen vorgelegt.

Das Kabinett ist nicht deshalb zu keiner Entscheidung gekommen. Sondern: Es gibt eine Widerstands*front* gegen weitere gesetzliche Maßnahmen wider die ausländische Arbeiterbevölkerung. In dieser Front sind aus ganz unterschiedlichen Motiven Teile der FDP, der SPD-Vorstand, die beiden großen Kirchen, die kirchlichen und nichtkirchlichen Wohlfahrtsverbände, der DGB, Lehrerverbände und schließlich zahlreiche Initiativgruppen und Ausländerorganisationen, deren Mitglieder in den genannten Vereinigungen arbeiten, vereint.

Außenminister Genscher etwa möchte sich das Verhandlungsklima in Brüssel nicht verderben lassen, wenn darüber gesprochen wird, daß für die Türken auch nach 1986 noch keine Freizügigkeit eingeführt werden soll. Die Türkei, die sich bisher taub gestellt hatte, ließ jetzt erstmals Gesprächsbereitschaft signalisieren, vorausgesetzt, es würden keine weiteren Verschärfungen in der Nachzugsfrage und kein Druck auf die „Rückkehrbereitschaft" türkischer Familien ausgeübt. Innenminister Baum argumentiert zutreffend verfassungsrechtlich: Art. 6 GG schützt auch das Zusammenleben der ausländischen Familie. Liselotte Funcke, die sich als Ausländerbeauftragte der Regierung schon mal ein kräftiges, weil unverbindliches Wort leisten kann, verschafft dem mittelständischen Kapital, dem sie selbst zugehört, Gehör. Man denkt dort an die geburtenschwächeren Jahrgänge nach 1985 und möchte sich doch so gern breite Auswahl beim Nachwuchs bei starkem Konkurrenzdruck erhalten. Soweit die Liberalen.

Übrigens zeigen die Erfahrungen des Kapitals und der Arbeitsämter mit den sog. MBSE-Kursen, daß die „Seiteneinsteiger" (die 15- bis 18jährigen, erst aus dem Heimatland ohne deutsche Sprachkenntnisse und ohne Berufsausbildung Eingereisten) keineswegs von vornherein zu subproletarischem Dasein verdammt sind. Das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft, das in den vergangenen zwei Jahren für 1600 Jugendliche solche Kurse organisiert hat, hat eine Untersuchung veröffentlicht. Danach haben sich trotz aller Schwierigkeiten die Kurse bewährt. 1981 erhielt fast jeder fünfte Teilnehmer einen Ausbildungsplatz; 60 Prozent konnten in Arbeitsplätze vermittelt werden. Das Ergebnis wird kaum schlechter sein als für die ausländischen Jugendlichen insgesamt. Damit soll den umstrittenen MBSE-Kursen in ihrer jetzigen Form nicht das Wort geredet werden. Aber man sieht: bei denkbar guten Stützungsmaßnahmen kann auch die schwierige Situation der Seiteneinsteiger gelöst werden.

Die Kirchen als Institutionen argumentieren humanitär, christlich. Sie fürchten die staatliche Bevormundung im familiären Bereich, einem Bereich, den sie als eigenes Terrain betrachten. Aber sie sind mit ihren Wohlfahrtsverbänden Eckpfeiler in dieser Front, von größerem Einfluß als der DGB, der bekanntlich 1981 führend für die Senkung des Nachzugsalters von 18 auf 16 eingetreten ist und erst jetzt auf Druck der Untergliederungen einen Schwenk gemacht hat.

Der stellvertretende hessische DGB-Landesvorsitzende hat sich kürzlich unmißverständlich gegen jede weitere Beschränkung des Familiennachzugs, auch nicht durch das Vehikel der Wohnraumanforderung, ausgesprochen. Wohnungsnot dürfe auch nicht, wie in zahlreichen Städten praktiziert, zur Beschränkung des Aufenthaltsrechts benutzt werden. Die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern im Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen trägt wohl ebenso Frucht wie das Erschrecken über Angriffe faschistischer Kräfte auf gewerkschaftlichen Kundgebungen wie am 1. Mai in Frankfurt.

Auch der SPD-Vorstand mit seinen Thesen zur Ausländerpolitik vom 28. Juni muß in diese Front gerechnet werden. Ein Nachzugsverbot für Kinder über 6 Jahren wird darin abgelehnt. Vorsicht freilich ist am Platze. Flankierende Maßnahmen für eine freiwillige Rückkehr und für die Förderung des Nachzugs der Kinder vor der Schulpflicht werden ins Auge gefaßt. Vielleicht ist sich Glotz hier mit Baum einig, der das Kindergeld als Steuerungsinstrument einsetzen will …

Der Ausgang der Auseinandersetzung um die Rechte der ausländischen Arbeiterfamilien in der Frage des Familiennachzugs ist offen. Die Reaktion schließt *ihre* Reihen fester. Mit Verzögerung und gewissen Dämpfungen hat sie in der Ausländerfrage bisher stets Erfolg gehabt, ohne Regierungsgewalt auf Bundesebene. Was die Widerstandsfront zählt, wird sie beweisen müssen, wenn sie nicht mehr mit der *neuerdings* hinhaltenden Politik der sozialliberalen Koalition rechnen kann.



Ausländische Kinder: Sicher ist eine Integration einfacher, wenn sie schon in der BRD in die Schule gehen. Aber dort fängt im allgemeinen ja die Diskriminierung auch schon an.

Gefangenenzeitschrift scheitert an Zensur

Anstaltsleitung von Frankfurt-Preungesheim verbietet ganze Artikel

gkr. Seit etwa zwei Jahren gab es sie: die Knastzeitung „Durchblick", geschrieben für die Frauen der Gefängnisanstalt Frankfurt-Preungesheim, herausgegeben von einem externen Kreis und einer externen verantwortlichen Redakteurin. Die Konstruktion sollte es ermöglichen, daß die Zensur durch die Anstaltsleitung abgemildert wird. Das hessische Justizministerium hatte hierzu in einem „Gutachten" in bezug auf die Herausgeberschaft einer Gefangenenzeitung betont: „Soweit die Zeitung in Verantwortung Dritter (also außerhalb der Anstalt) erscheint, wird der Inhalt der Zeitung ohne Einflußnahme der Anstalt bestimmt."

Das ist aber nicht der Fall. Eine Zeitung von Gefangenen für Gefangene gegen die Vereinzelung sollte es sein. Doch schon bei den ersten Nummern setzte an bestimmten Stellen Zensur ein. Dennoch: „In der Ausgabe 2 konnte es in einem Artikel über ‚Drogen-Knast' – ein Bericht über den ‚Modelldrogenknast (Hochsicherheitstrakt) Neukölln' – noch heißen: ‚Wir solidarisieren uns mit den Hungerstreikenden in ihrem/unserem Kampf gegen Isolation, Behandlungsfolter, Vernichtungsvollzug! Nicht zuletzt, weil wir wissen, daß ihre Haftbedingungen bald die unseren – die aller Drogenabhängigen, aller Anpassungsunwilligen, die ihre Identität nicht verkaufen wollen – sein werden, wenn wir es nicht gemeinsam verhindern!!!" (Aus einer Erklärung der Herausgeberin)

In der vierten Nummer, die mittlerweile seit März auf Eis liegt, wird dagegen alles gestrichen, was eine Gemeinsamkeit der gefangenen Frauen fordert oder für sinnvoll erklärt. Ein Interview mit der Anstaltsleitung soll dort nicht mehr erscheinen dürfen, in dem auf Verschärfungen im Gefängnisalltag eingegangen wird. Und schließlich ein ganzer Artikel wird beanstandet, ohne nähere Angaben.

„Es ist der Bericht einer Gefangenen über die ‚Einschlußverweigerung von vier Frauen am 26./27.12.81 und den anschließenden Einschluß. Um mit ihrer Niedergeschlagenheit zu Weihnachten besser fertig zu werden, wollten sich vier Gefangene zu je zwei in eine Zelle zusammenschließen lassen. Hl. Abend und 1. Weihnachtsfeiertag wurde ihnen dies auch ermöglicht. Am 2. Feiertag nicht mehr. Die vier weigerten sich daraufhin, sich einzeln einschließen zu lassen. Nach Meinung der Anstaltsleitung ‚gefährdet' dieser Artikel ‚insgesamt die Sicherheit und Ordnung der Anstalt' und enthält ‚grob unrichtige Darstellungen'. Die einzelnen Beanstandungen werden nicht genannt. Demgegenüber wird aber zugegeben, daß bei diesem Vorfall Fehler durch die Anstaltsleitung passiert sind. Sie können aber nicht dadurch ungeschehen gemacht werden, daß verboten wird, darüber zu schreiben."

Auch in einem Gespräch der verantwortlichen Redakteurin mit dem Anstaltsbeirat erwies es sich nur erneut, daß entweder sie zur Zensur angehalten werden soll, oder eben die Anstaltsleitung diese weiter betreiben werde. Sie zog, zusammen mit den Herausgebern, die Konsequenz, die Zeitung aufzugeben.

Im folgenden ein Artikel aus der (wohl) letzten Nummer des „Durchblick", die Möglichkeiten aufzeigen sollte, sich gegen Halbschlaf/Resignation/Dichtmachen etc. zu wehren.

Kräuter statt Tabletten

Wir Frauen auf der CII (Therapievorbereitungsstation) haben uns jetzt mal überlegt, wie wir unser Medikamentenproblem lösen können. Da hier auf unserer Station seit ca. einem halben Jahr von einer Frau einige Beschwerden mit Kräutern reguliert werden (z.B. Schlaflosigkeit, Unruhigsein, Unterleibsbeschwerden), war für uns das Naheliegendste eben Kräuter.

Bei einem Tageslohn hier im Knast von ca. 5 DM brutto wird's natürlich unmöglich, daß jede Frau von dem eh schon so geringen Eigengeld noch Kräuter bestellt/einkauft.

Um das Problem zu lösen, sahen wir nur eine Möglichkeit, nämlich *Kräuter statt Tabletten* verordnet zu bekommen. Wir haben deshalb unsere Anstaltsärztin Frau Dr. Schiel eingeladen und unsere Vorstellungen zum Thema Kräuter statt Tabletten vorgebracht. Zum einen unsere Situation als Drogenabhängige mit den häufigen auftretenden Beschwerden wie Unruhe, Schlaflosigkeit usw. und auch unsere Abhängigkeit als solche. Gerade hier im Knast wird aus der Drogensucht oft eine Medikamentensucht, also das Problem an sich verlagert. Um unsere Beschwerden zu regulieren, wäre es uns angenehmer (gesünder ist's eh), daß wir hier Kräuter anstatt des pharmazeutischen Gifts bekommen können. Dazu haben wir eine Liste der unserer Meinung nach am häufigsten auftretenden Beschwerden gemacht. Frau Dr. Schiel fand unsere Idee recht gut und wollte diesbezüglich mit der Anstaltsleitung reden. Sie hat inzwischen mit der Anstaltsleitung geklärt, daß Kräuter als Medizin verordnet werden.

Uns ging's dabei auch darum: Wir wollen einfach bewußter mit unserem Körper/Geist umgehen.

Das bedeutet für mich: Meinen Körper besser kennenlernen, was auch bedeutet, mal frische Luft zu schnappen, einfach mir Bewegung verschaffen, aktiv sein!!

Wenn Du Dich mal mit der ganzen Sache auseinandersetzt, erkennst Du, daß die ganze Tablettenschluckerei sehr schädlich ist. Da Du ja Dich und Deinen Körper/Geist künstlich beeinflußt und nicht natürlich – Du also selbst immer mehr Marionette am Tablettenfaden wirst.

Das hat natürlich auch einen politischen Aspekt, Du wirst Dir selbst immer fremder und wirst von den Pharma-Konzernen abhängig, die an Dir Riesen-Profite machen!!!

Nur friedlich für den Frieden?

Die Nachwehen der Demonstration am 11. Juni

hot. Westberlin. Ursprünglich hatte sich die AL Westberlin für die Bilanzierung ihrer politischen Arbeit und Festsetzung weiterer Aufgaben zwei Schwerpunkte gesetzt: Frieden und Parlamentsarbeit. Nach den Ereignissen während des Reagan-Besuches am 11.6. in Berlin ist ein weiterer Schwerpunkt für die AL-Diskussion hinzugekommen: Die Gewaltfrage. Eine eigene Mitgliedervollversammlung ist für diesen Punkt im September angesetzt worden.

Nach der Aufregung in den ersten Tagen nach dem 11.6. ist es nun wesentlich stiller geworden um die Gewaltfrage. Ob es nur an der Sommerpause liegt, oder ob die Diskussion um den 11.6. gestorben ist, läßt sich noch nicht sicher sagen, aber es sieht so aus, als würde diese Runde der Gewaltdebatte genauso sang- und klanglos zu Ende gehen wie die Diskussion nach der Haig-Demonstration im letzten Jahr und nach der Aktion „Demonstranten besuchen Spekulanten", wo es auch jeweils Zusammenstöße mit der Polizei gegeben hatte.

In der letzten KVZ hatten wir den Untersuchungsbericht der AL-Kommission „11. Juni" in Auszügen vorgestellt. Der Bericht kommt zu der Konsequenz, daß die AL bei Demonstrationen und Kundgebungen in Vorbereitung und Verlauf auf „Gewaltfreiheit" hinwirken müsse.

„Gewalt" kommt in dem Bericht nur als verzweifelter Versuch gesellschaftlicher Minderheiten vor, das herrschende politische System, das von der Mehrheit getragen werde, zu verändern, als Offenbarung „eigener Zerstörungsbereitschaft", die „auf dem Niveau der kritisierten Verhältnisse bleibt" (Bericht Teil 3, These II).

Damit ist meines Erachtens ein Dokument in die Welt gesetzt, das, auch wenn das Interesse an der Diskussion um den 11.6. verständlicherweise nachläßt, nicht unwidersprochen in der AL bleiben darf. Ursachen für das Entstehen von verzweifelter Militanz unter vielen Jugendlichen gibt es, und sie werden auch in dem Bericht richtig benannt. Nur hatte es sich eben am 11.6. *nicht* um die klassische verzweifelte Militanz der Autonomen gehandelt, die die „Staatsmacht provozieren (wollten), um ‚Klarheit' zu schaffen", d.h. „der Bevölkerung zu demonstrieren, wie dieser Staat ‚wirklich' ist". (Bericht Teil 2A 3)

Es ging vielmehr schlicht darum, ob man sich von der Polizei mit Stacheldraht einzäunen läßt wie eine Schafherde und einzeln zwecks weiterer Strafverfolgung registrieren läßt oder eben nicht. Die Autonomen haben die polizeiliche Umzäunung durchbrochen und haben damit etwas gemacht, wozu kämpfende Bewegungen schon öfter gezwungen waren und auch noch öfter gezwungen sein werden. Daß einige Autonome dabei die zitierte Entlarvungsstrategie gegenüber dem Staatsapparat im Kopf hatten, die die AL zu Recht kritisiert und ablehnt, darf nicht dazu herhalten, kämpfende Bewegungen zur Friedfertigkeit gegenüber der Gewalt des Staatsapparates zu verurteilen.

Was die bürgerlichen Politiker am meisten reizt, ist der Umstand, daß mit der AL eine Organisation mit Masseneinfluß entstanden ist, die sich in der Unterstützung und Führung von sozialen und gesellschaftlichen Bewegungen nicht an die vorgeschriebenen Politikformen hält; die Gerichtsurteile, die Bewegungen unterdrücken und demütigen sollen, nicht anerkennt; die gegenüber dem parlamentarischen Repräsentativsystem gesellschaftliche Selbstorganisationskonzeptionen verficht usw. Der Trennungsstrich, der in dem Bericht gezogen wird: illegale Aktionen – wenn's sein muß ja, aber Gewaltanwendung – auf keinen Fall, ist illusorisch und opportunistisch.

Opportunistisch insofern, als er dem bürgerlichen Staat sein Gewaltmonopol voll zugesteht und hofft, dadurch einigermaßen ungeschoren zu bleiben, und illusorisch insofern, als der Staat mit diesem Zugeständnis überhaupt nicht zufrieden sein kann, sondern auch gegen „gewaltfreie" Bewegungen, die den Interessen der herrschenden Klasse zuwider laufen, gewalttätig vorgehen wird. Der eigene „zivile Ungehorsam" bewirkt auf der anderen Seite noch lange keine zivilen Umgangsformen.

Die Auseinandersetzung mit den Konzeptionen der Autonomen muß unbedingt geführt werden. Das geschieht im Augenblick von seiten der AL leider nur sehr oberlehrerhaft, wie auch an dem Bericht zu sehen ist, der das politische Verhältnis zu den Autonomen als einen Generationskonflikt beschreibt. Richtig ist an den Positionen der AL gegenüber den Autonomen, daß die eigene Politik auf Mehrheitsbildung in der Bevölkerung abzielen muß; falsch aber die Annahme, daß das allein durch „Gewaltverzicht" erreicht werden kann.

Wenn der 11.6. mangels Interesse nicht mehr als solcher behandelt werden sollte, wird das Gewaltproblem sicher bei der Diskussion der Erfahrungen der Parlamentsarbeit oder bei der Friedensfrage unter Pazifismus wieder auftauchen. Vielleicht kann für die Debatte in der AL folgender Passus aus dem Westberliner Verfassungsschutzbericht über die Häuserkampfszene, der leider viel zu wenig Beachtung in der Linken findet, was nützen: „Das Postulat, Gewalt könne und dürfe in der Politik nicht angewendet werden, ist apolitisch und ahistorisch. Gewalt war zu allen Zeiten und wohl auch in allen Ländern der Erde ein Mittel der Politik – nach außen wie nach innen, individuell wie kollektiv." (VS-Bericht, S. 4)

Palästina/Libanon: Das Leid der Solidaritätsbewegung

mir. Westberlin. „Hier lebt ein Zionisten- und Faschistenschwein unter Ihnen. Schmeißt ihn raus!", stand letzte Woche u.a. im Hausflur des Lokalredakteurs des Berlin-Teils der TAZ, Johann Legner. So meinten die „Antiimperialistischen Aktionsgruppen" ihre Verbundenheit mit der palästinensischen Revolution zum Ausdruck bringen zu müssen. Unmittelbarer Anlaß für diesen Anschlag war der polemische Umgang von Teilen der Berliner Lokalredaktion mit der Solidaritätsbewegung, vor allem Legners Artikel, „Das Leid zweier Völker" (erneut dokumentiert in der TAZ vom 16.7. 1982).

In bezug auf die Umgangsformen in der Linken gibt es jetzt eine Debatte in der TAZ. Das ist verständlich und wichtig. In bezug auf die dem Artikel zugrunde liegende Kontroverse – unser Verhältnis zum Nah-Ost-Problem – ist die Debatte noch so unterentwickelt, wie die politische Lage in der Solidaritätsbewegung trostlos ist.

Es blieb bisher Legner vorbehalten, auf die wunden Punkte in der Solidaritätsarbeit hinzuweisen. Dies tut er wenig solidarisch, aber wer kann sich seine Kritiker schon aussuchen. Legner kritisiert eine Strömung der platten und kritiklosen Solidarität mit der PLO, die sich verhält wie jeder „Hurrapatriotismus". Er kritisiert den inflationären Umgang mit den seiner Meinung nach vorbelasteten Begriffen wie Völkermord, Faschismus, aber auch Zionismus. Für ihn gibt es Indizien dafür, daß die Linke gerade mit ihrem Verhalten im Palästina-Problem zeigt, daß sie auf ihre Weise den Faschismus weder verarbeitet noch bewältigt hat. So sieht er denn die Gefahr, daß sich auch ein linker Antisemitismus herausbilden kann. Legners Vorwurf geht dahin, daß die Linke mit der Verwendung unaufgeklärter Begriffe antisemitische Äußerungen provozieren muß. Aber Legners Devise ist es nicht, einen Beitrag zur Aufklärung von Unaufgeklärtem zu leisten, er empfiehlt, Zurückhaltung und Selbstbeschränkung zu üben.

Daß Legner an wirklichen Schwachpunkten in der Bewegung anknüpfen kann, sei am Zustand des Palästina/Libanonkomitees gezeigt (und ist die Haltung der „Antiimperialistischen Aktionsgruppen" nicht eine extreme Karikatur auf Legners Befürchtungen?)

Über einige Aspekte der Schwierigkeiten mit dem Komitee hat die Genossin jup. in der letzten KVZ schon berichtet. Die Verdienste des Komitees liegen unbestreitbar in der Organisierung der humanitären Hilfe und der Koordination der Aktionen und Veranstaltungen. Alles wäre halb so schlimm, wenn das den Minimalkonsens in diesem Komitee bilden würde, wie jup. es noch schreibt. Darüberhinaus aber zeigte sich das Komitee unfähig, politisch klärend für das Palästina-Israel-Problem initiativ zu werden. Gegenüber den Problemen in der Bevölkerung, wie selbst auch in der Linken, scheint man erhaben – man nimmt sie nicht zur Kenntnis. Flugblätter erschöpfen sich darin, das Leid der Bevölkerung zu schildern und den heldenhaften Kampf der PLO. Warum das palästinensische Volk ein Recht auf diesen Kampf hat, warum Israel nie einen selbständigen palästinensischen Staat akzeptieren kann, warum Israel gesetzmäßig expandieren muß, alle diese Probleme bleiben unbeantwortet. Ich glaube, hier spielt mit eine Rolle, daß in der Solidaritätsbewegung in bezug auf die Grundprobleme des Nah-Ost-Konflikts die Kenntnisse dünn sind. Die Arbeitsergebnisse der Bewegung der späten 60er Jahre sind verschüttet. Man glaubt, die fehlenden Kenntnisse durch Radikalität überdecken zu können, und zieht sich auf die „gesicherten Positionen" der PLO zurück.

Zum zweiten ist die „Breite" des Komitees von den Autonomen über KPD/ML (Neue Einheit) bis zu SEW-nahen Positionen (wobei die SEW mit Jusos etc. schon an einem Konkurrenzunternehmen zum Komitee bastelt) nicht angetan zur politischen Vereinheitlichung. Wobei die relevanten Strömungen der Linken nicht mitarbeiten, auch nicht die mit Erfahrungen in dieser Frage, wie z.B. die Nah-Ost-AG der ESG.

Als dann die anwesende Mehrheit einer Plenumssitzung des Komitees sich weigerte, zum Anschlag auf Legner sich öffentlich zu äußern, war das Grund genug, daß ein Teil die weitere Mitarbeit im Komitee aufkündigte (siehe Erklärung in der TAZ vom 16.7.).

Um jetzt aus der Sackgasse zu kommen, bedarf es einiger Initiativen: Die TAZ hat sich endlich durchgerungen, zum Problem des Zionismus einiges Klärende zu schreiben – man weiß nur noch nicht, wer das leisten kann. Seitens des KBW in Westberlin wollen wir die Initiative für die Durchführung eines Seminars ergreifen.

Drei Tage Tanz auf dem Vulkan

jem. Am 3., 4. und 5. September soll es in Gorleben im Rahmen der bundesweiten Aktionstage gegen Wiederaufbereitungsanlagen in Kaisersesch/Rheinland-Pfalz, Frankenberg/Hessen sowie gegen den Bau des Zwischenlagers in Gorleben ein Musikfestival und eine 24stündige Belagerung des Baugeländes geben. Seit der Besetzung und der darauf folgenden Räumung der Freien Republik Wendland hat es direkt in Gorleben keine Massenaktionen mehr gegeben.

Die jetzt geplanten drei Tage Tanz auf dem Vulkan sind ein Fortschritt, erst recht die Demonstration am 4.9. dürfte es vielen ermöglichen, sich zu beteiligen.

Das Festival soll ein Solidaritätsfest zur Unterstützung des Widerstandes in Gorleben und ein Unterstützungskonzert für die beiden im Brokdorf-Prozeß Verurteilten Michael Duffke und Markus Mohr sein, die stellvertretend für die 100000 Menschen, die das Demonstrationsverbot in Brokdorf durchbrochen hatten, verurteilt wurden. Die Gruppen, die am 3. und 5. spielen werden, machen das ohne Gage. Trotzdem wird einiges an Geld gebraucht. Die Finanzierung soll über den Verkauf von Buttons laufen, zu einem Solidaritätspreis von 5 DM und gilt quasi als Eintritt für das Festival. Am Wochenende vorher wird es außerdem noch ein „Gorleben Tribunal" geben. Einige Prominente aus dem öffentlichen Leben werden dieses Tribunal leiten, hier soll dann einmal über die technische Seite geredet werden und über die Methode, wie das ganze in Gorleben durchgesetzt wird. Da wird es dann auch eine Anhörung einiger Betroffener geben. Das Ganze ist aber eine landkreisinterne Veranstaltung.

Die Buttons gibt es
gegen Vorkasse auf

Spendenkonto „Musikinitiative"
Martin Bregler, Nemitz Nr. 10
Volksbank Wendland, Trebel
Konto 7035, BLZ 25863489
Stichwort: **Button**

Anschrift und Anzahl der bestellten Buttons nicht vergessen.
Kontakttelefon für Anfragen:
05848 / 501 oder 231.

Das Festival-Gelände befindet sich an der B 493 von Trebel in Richtung Gartow.



Zu bestellen über: Aktionskreis Leben (AKL) sowie BUCHVERTRIEB HAGER

Organisationen, Bürgerinitiativen u.a., die die Unterschriften-Kampagne unterstützen wollen, sollen sich melden bei Inge Ammon, BBU, 2051 Kröppelshagen. (Hierhin sollen die ausgefüllten Unterschriftenlisten zurückgeschickt werden.)

Unterschriftenlisten sowie Plakate können bestellt werden bei:

Aktionskreis Leben
Gewerkschafter gegen Atom
Gustav-Falke-Str.2
2000 Hamburg 50
Tel.: 040 / 443946

Infos zu den Brokdorfprozessen vom AKL sind zu beziehen über

Buchvertrieb Hager
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt am Main

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · **Telefon 0611/730236** · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

Abschaffung des portugiesischen Revolutionsrates

cof. Nach einer Übereinkunft zwischen der regierenden „Demokratischen Allianz" und der oppositionellen sozialistischen Partei Portugals ist nun der Weg für eine Verfassungsrevision: die Abschaffung des Revolutionsrats offen. Er sei ein Relikt der „undemokratischen Züge" der portugiesischen Revolution. Im Rat sitzen noch heute einige der wichtigsten Revolutionsoffiziere zusammen mit den Oberhäuptern der Streitkräfte unter Vorsitz von Staatspräsident Eanes. Der Rat war in Angelegenheiten der Streitkräfte praktisch souverän. Er besitzt die Vollmachten eines obersten Verfassungsgerichts und hat von seinem Vetorecht gegen seiner Meinung nach verfassungswidrige Gesetze immer dann Gebrauch gemacht, wenn es um die Reprivatisierung der 1974/75 verstaatlichten Unternehmen, vor allem der Banken ging. In der Wiederzulassung privater Banken sieht die rechte Regierung aber das Heil für eine Wiederankurbelung der Wirtschaft. – Jetzt haben die Sozialisten wieder kalte Füße gekriegt. Weil es eben keine vergleichbare Verfassungsoberaufsicht gibt, fürchten sie noch einschneidendere Verfassungsänderungen mit einfacher Regierungsmehrheit. Die vergleichsweise geringe Beteiligung von etwa zehntausend Menschen an einer gegen die Auflösung des Rats gerichteten Demonstration der KP-nahen Gewerkschaft GTB zeigt jedoch, daß die Linke in Portugal heute mehr braucht als die Verteidigung von Resten der „Nelkenrevolution".

Neues Kommunalgesetz in Griechenland

kvz. Das griechische Parlament hat ein neues Gesetz über die lokale Selbstverwaltung verabschiedet, das auch das Wahlverfahren für die Gemeinderatswahlen am 17. Oktober, genau ein Jahr nach dem Pasok-Wahlsieg, regelt. Es beinhaltet allerdings nicht das versprochene Verhältniswahlrecht, sondern ein Gemisch aus Proporz- und Mehrheitswahlrecht. Den neuen Stadtkreisräten dürften vor allem die Finanzen für eine größere Eigenständigkeit der Gemeinden im Sinne der Dezentralisierung fehlen. Bleibt noch die Abschaffung der Disziplinargewalt des Regierungspräfekten über die Bürgermeister und Gemeindepräsidenten zu erwähnen – gemessen an den Pasok-Losungen eine eher dürftige Reform.

Alter Krisenherd am Horn von Afrika wieder im Blickfeld

Droht ein neuer „Stellvertreterkrieg" zwischen Äthiopien und Somalia?

cof. Seit gut zwei Wochen werden Kämpfe gemeldet. In der somalischen Hauptstadt Mogadiscio spricht man von einem erfolgreich zurückgeschlagenen Einfall äthiopischer Truppen inklusive ihrer kubanischen, südjemenitischen, sowjetischen und deutschdemokratischen Unterstützer. In Addis Abeba weiß man von solchen Angriffen nichts. Derweil versorgt eine „Demokratische Heilsfront Somalias" (SDFS) von der äthiopischen Hauptstadt aus die internationale Presse per Telex und Untergrundsender mit Erfolgsmeldungen über eine in 6 von 16 somalischen Bezirken gelungenen Zurückdrängung der regulären Armee gen Süden. Die äthiopische „Stimme der Revolution" meint, es handele sich „klipp und klar um eine innere Angelegenheit zwischen Somalen", in die sich Äthiopien „bekanntlich" niemals einmische.

Die FAZ zitiert ausführlich die in einer unabhängigen, aber regierungsnahen kenianischen Zeitung ausgeführte Befürchtung, die Sowjetunion sei bestrebt, in dem Nachbarland Kenias eine „Afghanistan-Situation" zu schaffen. Sie wolle entweder gestützt auf den Hilferuf einer hochgeputschten „Befreiungsfront" direkt oder, mit Hilfe des von ihr seit 5 Jahren dominierten Nachbarlands Äthiopien, das Horn von Afrika ihrem Einflußbereich indirekt wieder eingliedern, nachdem sie 1977 „unfeierlich hinausgeworfen" worden ist. Allein der Einsatz hochtechnisierter Waffen beweise, daß es sich bei den derzeitigen Kämpfen in Somalia „nicht um einen kleinen lokalen Aufstand von Somalen handelt." „Wie immer nutzt Moskau lokale Konflikte für seinen eigenen Vorteil aus." Ziel sei es, das „Tor der Tränen", die Meerenge zwischen der arabischen Halbinsel und Afrikas östlichstem Festlandpunkt, „in den Würgegriff zu bekommen". Damit hätte Moskau die Kontrolle über die Schiffahrtslinie zwischen indischem Ozean und persischem Golf auf der einen Seite mit dem Suezkanal, also dem Mittelmeer und Europa auf der anderen. Südjemen sichere jetzt schon das asiatische Ufer. Zur Abrundung fehle der Sowjetunion noch das gegenüberliegende afrikanische Ufer, nachdem sie bereits mit dem Aufbau eines Militärstützpunktes auf der Dahlak-Insel vor der Küste Eritreas begonnen hat. Gegenüber der südjemenitischen Hauptstadt, dem ehemals wichtigen britischen Stützpunkt Aden, liegt der nordsomalische Hafen Berbera, an dessen Ausbau zum Kriegshafen, Luftwaffen- und Raketenstützpunkt die Sowjetunion noch arbeitete, als somalische Führungskreise genug von der russischen Einmischung hatten und sich dem Westen zuwandten.



Die russische Lesart bestätigt, daß der kenianische „Standard" mit dieser Interpetation vielleicht übertreibt, aber nicht eben verkehrt liegt. In der „Tass" werden die USA angeprangert, sie suchten nach neuen Vorwänden, um ihre Militärpräsenz am Horn von Afrika zu verstärken und die Intrigen gegen das „sozialistische Äthiopien" und das „demokratische Jemen" zu intensivieren. Bei den Auseinandersetzungen an der äthiopisch-somalischen Grenze handele es sich nicht um einen zwischenstaatlichen Konflikt, sondern um den internen „bewaffneten Kampf der SDFS" gegen das „neokolonialistische Regime" in Mogadiscio. Die Unterstützung der „Front" durch die „Massen" im Land, so hieß es in der Tass, reflektiere die wachsende Unzufriedenheit des somalischen Volkes über den Entscheid der Regierung, einen Teil des Territoriums für Militärstützpunkte des Pentagon zur Verfügung zu stellen. Meldungen über Verbindungen dieser „Befreiungsbewegung" mit Äthiopien werden als Verleumdung und provokative Lügen abgetan.

Natürlich sind die USA scharf aufs Trittfassen in der Region, und sie haben auch einige Erfolge verbuchen können. Die Strategen des Pentagon waren sicher nicht traurig, als sie im vorigen Jahr mit Somalia ein Abkommen treffen konnten, wonach die USA das nun rein somalische Berbera weiter ausbauen und es für den Einsatz ihrer schnellen Nahost-Eingreiftruppe benutzen dürfen; diese Basis würde die französische Truppe in Djibouti stärken und Aden evtl. neutralisieren.

Gleichwohl gibt es hier gewisse Reserven: Aus der Sicht der amerikanischen Globalstrategie scheint für die Sicherung der Ölroute ums Kap der guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas das Sultanat Oman wie auch der Hafen Mombasa in Kenia, über dessen Nutzung ein ähnliches Abkommen wie mit Berbera getroffen wurde, eine wichtigere und auch verläßlichere Flankenposition zu sein. Ruhe am Horn von Afrika wäre den USA wohl momentan am liebsten. Sie könnten so die von Carter leichtfertig abgebrochenen Beziehungen zu Äthiopien, die die Festsetzung der SU – und damit auch die Unterjochung der Eritreer, der Oromos und Tigres – begünstigen, „normalisieren". Sie wären dann nicht auf das in der Tat von inneren Widersprüchen geschüttelte Barre-Regime in Somalia allein angewiesen. Das würde auch die bislang recht lakonischen Reaktionen der USA auf die laut vorgetragenen somalischen Forderungen nach verstärkter Militärhilfe erklären – denn hier winkt nicht nur ein Stützpunkt, sondern zugleich ein weiterer Krisenherd.

Wie großmäulig die Ankündigung der SFDS, Barre sei in 3 Monaten erledigt, auch scheinen mag (gegenüber einem Regierungschef, der alle bisher angesagten Stürze 13 Jahre lang überstanden hat) – so spekuliert diese Front doch samt Hintermännern auf die ernsten Spannungen zwischen den seit dem Staatsstreich von 1969 aus allen wichtigen Positionen verdrängten Stämmen des Nordens und den südlichen Clans, der Hausmacht Barres. Der Norden fühlt sich in wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Hinsicht benachteiligt gegenüber dem Süden und spürt außerdem die Folgen der Niederlage des somalisch-äthiopischen Kriegs um die Abtretung des Ogaden von 1978. Die Unterstützung dieser Opposition durch das wenig geliebte Äthiopien erscheint jedoch vielen Beobachtern als das schwerste Hindernis für die SFDS, eine wirkliche Massenbasis in Somalia, und sei es nur im Norden, zu gewinnen.



12000 kubanische Soldaten halten neben rund 1500 sowjetischen Beratern und Militärspezialisten und 500 aus der DDR die Diktatur Mengistus Haile Mariam zusammen. Fidel Castro bei einem Inspektionsbesuch bei Mengistu (rechts).

*Seminar-Ankündigung**

Befreiungsbewegungen in der „Dritten" Welt:

Bangladesh, El Salvador, Kampuchea, Uganda – im Vergleich

Was haben die Befreiungskämpfe in der dritten Welt für einen Sinn, wenn die äußeren Abhängigkeiten sich kaum ändern, höchstens eine Großmacht durch eine andere ersetzt wird, die neuen Eliten sich vom Volk lösen und es wieder unterdrücken?

Mit dieser Frage befindet sich die antiimperialistische Solidaritätsbewegung seit Mitte der siebziger Jahre in einer tiefen Flaute. Viele, die nicht resignierten, wandten sich der Ökologie- und Friedensbewegung zu. Im eigenen Land ansetzen, die eigene Betroffenheit suchen, sind häufige Thesen.

Aus solcher Perspektive werden Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt leicht übersehen, wenn nicht sogar abgelehnt.

– Warum gibt es Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt?
– Gibt es angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Krise, fast aussichtsloser Verschuldung der Länder der dritten Welt, gefolgt von zunehmender Ausbeutung und Unterdrückung und angesichts der Konfrontation der beiden Militärblöcke eine neue Welle von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt?
– Inwieweit sind die Maßstäbe zur Charakterisierung von fortschrittlichen Bewegungen bei uns vom Ost-West-Muster geprägt?
– Müssen Inhalte neu bestimmt werden, angesichts einer neuen Qualität globaler Probleme, wie etwa der Gefährdung der natürlichen Umwelt und des Weltfriedens?
– Was macht uns eigentlich betroffen?

Solchen und weiteren Fragen wollen wir anhand einer Gegenüberstellung der Befreiungsbewegungen aus vier Länder versuchen auf den Grund zu gehen.

Wir haben nicht Länder ausgewählt, in denen vor kurzer Zeit eine Befreiungsbewegung an die Macht gekommen ist, noch in denen eine der Großmächte durch militärische Intervention direkt die Geschicke des Landes bestimmt, sondern Länder, die in extremster Weise von der Krise des Neokolonialismus betroffen sind und in denen Widerstand geleistet wird.

Bangladesh

Vom goldenen Bengalen ist das Land durch sein koloniales Erbe und die internationale „Hilfe" in ein Konzentrationslager der Armut geschlittert.

Was hat die mit großen Opfern erkämpfte Unabhängigkeit gebracht, die von den Linken als Beginn einer zu sozialer Gerechtigkeit und Rätedemokratie führende Massenbewegung verstanden wurde?

In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen Ebenen in diesem von den Auswirkungen des Weltmarktes besonders hart getroffenen Land: Politische Unabhängigkeit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und demokratische Rechte?

Wie können die Widersprüche zwischen den Industriearbeitern und dem städtischen Kleinbürgertum einerseits und den verarmten ländlichen Massen überwunden werden? Wir werden Vertreter der sozialistischen Partei Bangladeshs (JSD) einladen. Diese Kraft hatte sich 72 als linke Fraktion aus der Awami League gelöst und vertritt immer noch eine bedeutende Strömung im Land.

El Salvaldor

Die Machtergreifung der extremen Rechten nach der „Wahl" vom März 82 bedeutet, daß der Krieg und die Repression sich noch verschärfen werden.

Kann der Guerillakrieg zu einer Befreiung des Landes führen, oder ist nur eine „Verhandlungslösung" möglich?

Gibt es in El Salvador eine Basis für ein Bündnis der revolutionären Kräfte mit Teilen der Bourgeoisie – ähnlich wie in Nicaragua? Welche Widersprüche bestehen in dieser Frage innerhalb der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FLMN)?

Welche Bedeutung haben die jetzt schon befreiten Gebiete, wie sieht die dort aufgebaute Volksmacht (poder popular) konkret aus?

Welche sozialen, politischen und ökonomischen Änderungen sind nach der Befreiung in El Salvador überhaupt möglich?

Das Beispiel Nicaraguas zeigt die Notwendigkeit auf, auch bei uns zu diskutieren, wie eng der Spielraum ist, den ein „befreites" Land der Dritten Welt für revolutionäre Veränderung hat und für eine Entwicklung in Richtung Sozialismus.

Kampuchea

Als Kampuchea 1975 als erstes der drei Länder Indochinas von der US-Aggression befreit war, knüpften viele Linke hier in unseren Landen große Hoffnungen an einen sozialistischen Aufbau Kampucheas, gerade weil anscheinend mit außergewöhnlicher Konsequenz einer der objektiven Situation des Landes angemessene Entwicklungsperspektive des ländlichen Raumes verfolgt wurde.

Die extreme Abkopplungspolitik der Pol-Pot-Regierung führte jedoch zu extremen Opfern unter der Bevölkerung und begünstigte damit auch die Okkupation des Landes durch Vietnam, das selbst gerade einen langjährigen Widerstandskrieg gegen die USA hinter sich hatte. Von diesem Schock hat sich die Solidaritätsbewegung bis heute nicht erholt. Im dunkeln ist gleichzeitig, wie viele Opfer wirklich auf das Konto der Regierung des Demokratischen Kampuchea gehen, und was nur Propaganda der USA und seit 1977 auch der SU ist.

Drei, noch nicht zu einer Front zusammengeschlossene Organisationen (die inzwischen eine Koalition gebildet haben, Red.) kämpfen gegen die vietnamesischen Besetzer.

Wir haben den Präsidenten der Nationalen Kommission für Wissenschaft und Technik des Demokratischen Kampuchea, Thiounn Mumm, zu diesem Seminar eingeladen.

Uganda

Gemessen an der Tatsache, daß Uganda für Kolonialisten wie Winston S. Churchill als die „Perle" Afrikas galt, ist dieses Land durch die neokoloniale Situation stark betroffen. Auch nach Beendigung der verheerenden Regierungsperiode Idi Amins verbesserte sich die Lage der Bevölkerung nicht.

Seitdem, nachdem nach einer kurzen Zwischenphase Milton Obote sich wieder an die Macht putschte, mehren sich die Berichte, daß sich die Verhältnisse dort im Moment noch gegenüber der Aminära verschlechtert hätten.

Gibt es in Uganda Ansätze und Aussichten für eine breite emanzipatorische Massenbewegung, oder wird langfristig dort nur eine machtgierige Clique der anderen folgen?

Eingeladen ist ein Führer der Uganda National Liberation Front (UNLF) Anti Dictatorship Dan Wadada Nabudere.

Zu den aufgeführten Fragen wollen wir voraussichtlich zwischen dem 11. und 21. November 82 drei Seminare und mehrere Veranstaltungen mit den Vertretern der Befreiungsbewegungen der vier Länder durchführen. Zur inhaltlichen Vorbereitung werden wir einen Reader erstellen, der ab August voraussichtlich zu beziehen sein wird. Wer Interesse an der Themenstellung hat und an einem der Seminare oder Veranstaltungen teilnehmen möchte, möge nachstehende Anmeldung ausfüllen und an uns zurücksenden.

Name Anschrift Beruf/Organisation

Ich möchte am Seminar
○ in Westberlin (voraussichtlich am 12. – 14.11.)
○ in Hamburg oder
○ einer Stadt in NRW (16./17.11)
○ in Freiburg oder
○ Stuttgart / Tübingen (20./21.11.) teilnehmen.
(Wählt Euch bitte einen Ort aus, der Euch am besten paßt)

Überweisungen für den Reader (etwa 20 DM – wir versuchen gleichzeitig, kostenlose Unterbringung für die Teilnehmer zu organisieren) bitte an Sonderkonto 07 90 11 54 09 Sparkasse Berlin West (Konrad Melchers) zu richten.
Anfragen, Tips etc. an Ilona Hepp, 1000 Westberlin 44, Weserstr. 207, 030/623 26 01 und 838 22 24 (AStA FU)

* *Veranstalter: Dritte-Welt-Komitees*

Ein neues Kapitel im Befreiungskampf Kampucheas

Wir geben im folgenden Auszüge aus den Reden Samir Amins und Leo Mates' auf der 3. Konferenz der ,,Bewegung Solidarität mit Kampuchea'' von Anfang Juni wieder. Für Amin, Ökonom ägyptischer Herkunft und bekanntester Sprecher der Dritten Welt auf der Pariser Konferenz, hängt die Zukunft der nächsten Jahrzehnte und die Perspektive des Sozialismus vom Erfolg des Widerstands gegen die sowjetische Expansion weltweit ab. Leo Mates, stellvertretender jugoslawischer Außenminister unter Tito und langjähriger Generalsekretär der Konferenz der Blockfreien, spricht aus der eigenen Erfahrung im Befreiungskampf Jugoslawiens und über die Probleme innerhalb der blockfreien Bewegung.

Der Gang der letzten Wochen hat den vielfach vorgetragenen Wunsch nach einer Ausweitung der Kampfbasis durch eine Koalition bereits eingeholt. Sihanouk, der sich der Dreckschleuder Tiziano Terzani vom ,,Spiegel'' zufolge als echter Patriot immer noch ,,lieber von den Roten Khmer als von den Vietnamesen fressen'' läßt, überzeugte sich in den befreiten Zonen von der Stärke der Kräfte des Demokratischen Kampuchea. Er besucht nun, nach einem Staatsempfang in seinem früheren Exil China, eine Reihe blockfreier und anderer Staaten, wodurch Vietnam gehörig unter Druck kommt. Es muß seine Avancen gegenüber der Asean vorerst als gescheitert betrachten – so sehr, daß die Asean-Rundreise von Außenminister Nguyen Co Thach statt der beabsichtigten Aussöhnung eher eine Verschärfung der Konfrontation zum Ausdruck bringt. So wird aus Singapur berichtet, Co Thach habe mit dem Entfachen einer Guerilla-Bewegung in Südostasien gedroht, falls die Regierungen ihre antivietnamesische Politik nicht aufgäben – ein rauhbeiniger und verzweifelter Versuch, die Widersprüche der Asean-Länder zu China wie in ihrem Innern als Pfand gegen die eigene Isolierung zu nutzen.

Samir Amin

Die Bedeutung des Kampfes des Volkes von Kampuchea

Die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der nationalen Befreiung und der Kommunistischen Partei Kampucheas, der Geschichte seit ihrer Gründung, ihrer strategischen Positionen, ihres Aufstiegs und des Siegs des Demokratischen Kampuchea im Jahre 1975, ihrer Fehler und ihres Sturzes unter den Schlägen der vietnamesischen Invasion von 1979, sodann der Fortsetzung des Kampfes um nationale Befreiung und den Sozialismus ist heute von enormer Bedeutung für die nationale Befreiungsbewegung wie für den Sozialismus in der ganzen Welt.

Die kampucheanische Revolution ist in der Tat immer noch unbekannt, sie wird systematisch entstellt und verleumdet. Die Verwirrung über Gegenwart und Geschichte wird gerade jetzt von den ergebenen oder eingeschüchterten Freunden der neuen Zaren in Moskau und den schlimmsten imperialistischen Reaktionären genährt. Das ist kein Zufall. Denn in Kampuchea, wie in Afghanistan und in Polen entscheidet sich das Schicksal der nächsten Jahrzehnte. Wird sich der Irrtum, daß der Despotismus des revisionistischen russischen Systems zum Sozialismus führt, halten können? In diesem Fall würden wir riskieren, in den Krieg zu schlittern – unter schlimmsten Bedingungen, wo die Interessen der Völker dem Konflikt zwischen den wirklichen Zielen seiner Hauptakteure, der imperialistischen amerikanischen Supermacht und der sozialimperialistischen sowjetischen Supermacht, völlig fremd wären.

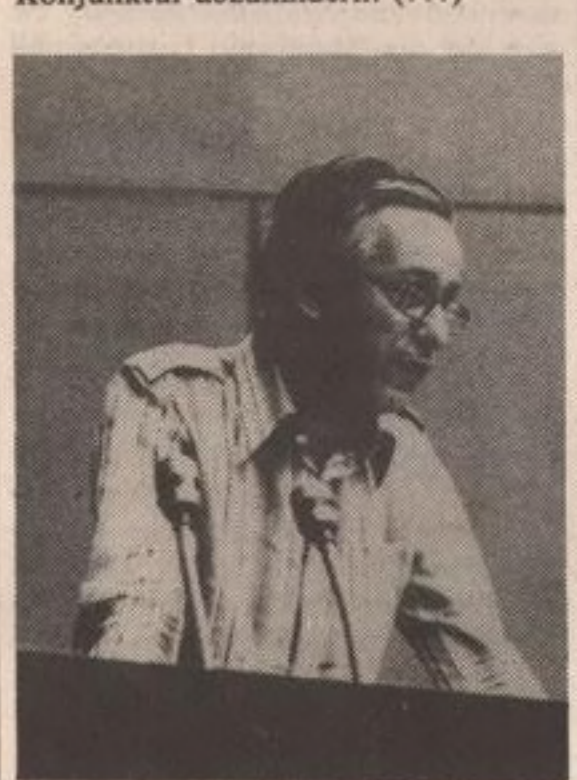
Und wenn sich die herrschende Verwirrung aufklären ließe? Dann würde eine größere Autonomie der Völker es erlauben, der Gefahr der Konfrontation der Supermächte entgegenzutreten, das würde neue Wege für die Befreiung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas öffnen und der Arbeiter- und der sozialistischen Bewegung in der ganzen Welt, im Westen wie im Osten und Süden, neue Impulse geben.

Während diese Dinge allmählich klarer werden, soweit es Polen und Afghanistan betrifft, kann man das von Kampuchea noch lange nicht behaupten. Man beginnt nun zu verstehen, daß die polnischen Arbeiter keine ,,vom Papst eingelullten Agenten des Imperialismus'' sind, sondern Ausgebeutete, die gegen die despotische Unterdrückung des Revisionismus revoltieren, der dort sein Prestige, ,,sozialistisch'' zu sein, völlig eingebüßt hat. Man beginnt auch zu begreifen, daß die afghanischen Bergstämme keine ,,primitiven religiös Verblendeten'' sind, sondern Patrioten, die nicht das wenig ermutigende Schicksal des benachbarten russifizierten Turkestan erdulden wollen. Aber über das Thema Kampuchea schweigt man sich noch immer aus. (...)

Das hängt damit zusammen, daß eine klärende Analyse der Situation in Vietnam noch auf schwer zu überwindende Widerstände stößt. Der ruhmreiche 30 Jahre lange Kampf des Volkes von Vietnam für Unabhängigkeit, Einheit und Sozialismus verbietet oft noch jedes kritische Urteil. (...)

Wie ist das mit Vietnam?

Alle Beobachter sind sich einig, daß eine erstickende Polizeistaatsatmosphäre Nordvietnam seit der Befreiung kennzeichnet, die an das finstere Regime von Rakosi in Ungarn erinnert. Überschreitet man die Grenze Vietnams nach China, ist das wirklich, als beträte man eine neue Welt, als verließe man eine Hölle, um endlich aufzuatmen. Einig ist man sich auch über die tatsächliche wirtschaftliche Katastrophe: eine Hungerration von 60 kg an Lebensmitteln (gegenüber 180 in China und 200 in Korea), die nur die Reichsten – dank des freien Marktes – aufstocken können – d.h. außer den höchsten Kadern die Schieber und Korrumpierten. Aber man versucht, dieses Urteil immer unter Hinweis auf die Kriegsfolgen und die internationale Konjunktur abzumildern. (...)



Unmittelbar nach dem Sieg von 1954 handelte Nordvietnam nach einer Entwicklungsstrategie, wie sie in vielen Aspekten zur gleichen Zeit in China und Korea eingeschlagen wurde. Die Agrarreform von 1954–59 war ein großer politischer Erfolg und hatte ein Wachstum der Produktion von Lebensmitteln eingeleitet, verlgeichbar mit dem in China und Korea, trotz ungünstigerer Naturbedingungen – trotz einer viel höheren Bevölkerungsdichte auf dem Land im Norden als im Süden und der Zerstörungen des Krieges ...

Warum hat dann die Kollektivierung, die im Laufe der 60er Jahre ins Werk gesetzt wurde, diesen ersten Erfolg nicht vertieft? Eine gründliche Analyse der politischen und ideologischen Schranken, die am Beginn der unglücklichen Entscheidungen der Parteiführung stehen, ist im großen und ganzen noch zu leisten. Sicher scheint, daß die Kollektivierung in Vietnam in treuer Nachahmung des sowjetischen Modells mit einem beispiellosen Übergewicht an Verwaltung einherging. Ein System von Zwangsablieferungen zu künstlich niedrig gehaltenen Preisen – 15–25% der Reisproduktion – wurde errichtet ... eine Politik, ganz anders als in Korea und China. Seitdem ist die vietnamesische Landwirtschaft aus der Stagnation nicht herausgekommen. Als Antwort darauf haben die Behörden permanent geschwankt zwischen Phasen der Unterdrückung und Phasen der Liberalisierung im kapitalistischen Stil, indem sie die Produktion auf Individualbesitz ermutigten und den freien Markt nutzten, um die unzureichende Versorgung zu bemänteln. Genauso ist die UdSSR ein halbes Jahrhundert lang verfahren.

(...) Hinter der ,,Indochinesischen Föderation'', die mittels der militärischen Besetzung von Laos und Kampuchea errichtet wurde, schält sich das Projekt einer ungleichen Arbeitsteilung heraus: den Reis liefern die beherrschten Partner, um die (,,schwere'') Industrialisierung Vietnams zu beschleunigen ...

lung heraus: den Reis liefern die be-



Sihanouk, Khieu Samphan, Ieng Sary und Sonn San am 8. Juli 1982 im Demokratischen Kampuchea

Die Hypothek des ,,realen Sozialismus'' abschütteln

Die tiefe Krise, in dem sich das Weltsystem befindet, eröffnet zweifellos günstige Perspektiven für neue sozialistische Entwicklungen: 1. die peripheren kapitalistischen Systeme geraten in explosive Widersprüche, die in Zukunft von den Zentren aus nicht immer gelöst werden können; 2. der sowjetische Revisionismus ist in seine Phase der Fäulnis eingetreten, was im Osten wie im Westen neue Wege eröffnet, befreit von der Hypothek des ,,existierenden Sozialismus''. (...)

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die SU versucht, ihre schreiendsten Probleme zu überwinden, indem sie Westeuropa zwingt zu ,,helfen'' – durch massiven Technologieexport (wobei Europa bis jetzt noch zögert). Das Zwangsmittel könnte Druck auf die europäische Rohstoff- und Energieversorgung aus der Dritten Welt sein. Die UdSSR rechnet hierbei auf die Schwäche der Befreiungsbewegung – auf die Unfähigkeit der Dritten Welt, im gegenwärtigen Stadium der imperialistischen Vorherrschaft zu entkommen, ohne die SU um Unterstützung anzugehen. Genauso zählt sie auf die blinde Entspannungspolitik in Europa, die durch die Konkurrenz zu den USA und Japan bestimmt wird. Die Invasion in Afghanistan und die Interventionen im südlichen und östlichen Afrika bilden logische Bausteine dieser Strategie.

Im übrigen weiß die UdSSR sehr gut, daß sie ihre Positionen einer den USA gleichwertigen Supermacht nur ihrem militärischen Vermögen verdankt. Sie weiß sehr wohl, daß sie, wenn sich diese Lage ändern sollte und sie gezwungen wäre, sich allein auf ihre ökonomische und ideologische Kraft zu stützen, alle Vorteile, die sie aus ihrer Stellung als Supermacht bezieht, verlieren würde. In einer erneut mehrpoligen statt bipolaren Welt ... würde sie sich inneren Problemen gegenübersehen, unter noch viel schwereren Bedingungen als vor Eintritt in die 60er Jahre. (...)

Wenn wir uns in dieser Analyse auf Konflikte beschränkt haben, in die die SU und ihre Verbündeten verwickelt sind, dann deshalb, weil gerade diese Konflikte Gegenstand der schlimmsten Konfusion innerhalb der ,,Linken'' sind. Andere Konflikte, die die Völker in Gegnerschaft zum Imperialismus stellen, sind nicht weniger heftig. In Lateinamerika ist die dominierende Stellung der USA so stark, daß man gut versteht, daß die UdSSR immer noch einen perfekten Mythos verkörpert. Dieser Mythos, der zweifellos dazu beigetragen hat, Kuba als sowjetische Dependance in die Isolation zu stoßen, führt auch dazu, die verhältnismäßig starken bürgerlichen Regime Mexikos, Brasiliens und Argentiniens als objektive Verbündete an der Seite des Imperialismus zu halten ... In Afrika und in Asien sieht es komplizierter aus aufgrund schärferer innerimperialistischer Konflikte, waghalsigerer sowjetischer Interventionen und vor allem aufgrund der viel schwächeren Systeme des abhängigen Kapitalismus. Aber auch hier können einige Fraktionen der nationalen Befreiung um so eher in Moskau einen objektiven Verbündeten sehen, als sie selbst zu schwach sind für eine endgültige Abrechnung mit der äußeren Vorherrschaft und mit deren Instrumentarien im Lande selbst. Hat nicht vor kurzem erst eine ganze Reihe von Nationalisten dieser Gegend in Hitler vor allem den Feind der Engländer und Franzosen gesehen? (...)

Zwei Konsequenzen:

1. daß der Fortschritt des Sozialismus heute einen Bruch mit dem Modell aus Moskau erfordert, der genauso radikal sein muß wie der, den Lenin zu seiner Zeit mit der II. Internationalen vollzog. Der Revisionismus ist heute der Feind Nummer eins des Sozialismus, wie es die II. Internationale von 1914 war. Wer immer Moskau dem Imperialismus ,,vorzieht'', der ist genauso beschränkt wie jene, denen 1914 der eigene Imperialismus ,,lieber war'' als der des Nachbarn, und jene, die es 1939 lieber mit Hitler als mit Chamberlain hielten.

2. daß die ,,Theorie der drei Welten'' die herrschende Realität am besten widerspiegelt, weil sie die drei Widerspruchsebenen, die heute vorherrschend sind, miteinander vermittelt: die Aktion der beiden Supermächte, die innerimperialistischen Konflikte und die Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder.

Die Besetzung von Kampuchea und Laos muß in diesem globalen Rahmen gesehen werden ... Vietnam ist eingekesselt in einem Entwicklungsversuch ohne Ausweg (was alle Erfahrungen der revisionistischen Länder bestätigen) und entfernt sich von Tag zu Tag mehr vom sozialistischen Ziel; jeden Tag wächst die Macht der staatlichen Ausbeuterklasse. Deshalb hängt der Fortschritt des Sozialismus in Vietnam vom Rückzug seiner Truppen aus Laos und Kampuchea ab sowie von der Einstellung der Feindseligkeiten gegenüber China (im Sinne von Ho Chi Minhs Testament) ... Die ,,Blockfreiheit'' stärken, das ist das einzige Mittel, um den autonomen Spielraum der Völker zu vergrößern. Und das ist die wesentliche Bedingung, damit sich Bewegungen für den Sozialismus entwickeln können.

Leo Mates

Leo Mates

Ein blockfreier Jugoslawe zur Intervention in Kampuchea

Die Militäraktionen Vietnams in Kampuchea und die Errichtung eines von Vietnam abhängigen Regimes haben die öffentliche Meinung in der ganzen Welt und insbesondere in den blockfreien Ländern alarmiert. Gleichwohl ist es einigermaßen schwierig, von *der* Meinung der Blockfreien im allgemeinen zu sprechen, da sie über das Problem oder zumindest über einige seiner Aspekte gespalten sind. (...)

Was die Stärke unserer Argumente angeht, so gibt es keinerlei Schwierigkeit, die Intervention in Kampuchea zu verurteilen und den Abzug der Truppen und ihre Rückkehr nach Vietnam zu fordern. Das ist auch der wichtigste gemeinsame Nenner im Innern der Bewegung der Blockfreien. Die Differenzen beginnen dort, wo es um die Zukunft geht, und bis zu einem gewissen Grad auch schon angesichts der gegenwärtigen Lage. Das wird ganz offensichtlich beim Abstimmungsverhalten der blockfreien Länder in der UNO. (...)

Von daher gibt es keinen Zweifel, daß die Unterstützung der gerechen kampucheanischen Sache ebenso wie die besten Beziehungen zur Regierung des Demokratischen Kampuchea durch eine möglichst umfassende Koalition der verschiedenen Strömungen und patriotischen Kräfte noch viel besser zur Geltung kommen würden (...) Prinz Sihanouk hat (vor 1975) tatsächlich eng mit den Kriegsanstrengungen der Bewegung der Khmer Rouge zusammengearbeitet, und er hat an den Siegesfeierlichkeiten teilgenommen. Im Lauf der weiteren Entwicklungen kam es zum Zerwürfnis ... Diese Veränderung ist ein inneres Problem, so sehr sie von den Freunden des Landes und dem Khmer-Volk auch bedauert werden mag ... Trotzdem kann man verstehen, daß der Bruch, der kurz nach der Befreiung stattgefunden hat, viele Freunde Kampucheas beunruhigt und enttäuscht hat.

Ich unterstreiche diese Frage bei dieser Gelegenheit, um die große Freude im Lager der Blockfreien zu betonen, die die Annäherung zwischen dem Demokratischen Kampuchea und Prinz Sihanouk hervorgerufen hat. (...)

Gleichzeitig muß man erkennen, daß die militärische Seite des Kampfes um die Unabhängigkeit mit politischen Aktionen auf dem viel größeren Feld der internationalen Beziehungen verbunden sein muß ... In allen ähnlichen Fällen stellten die militärischen Aktionen der Befreiungskräfte die erste Phase dar, die entscheidend für das schließliche Ergebnis war. Gleichwohl trug in allen Fällen eine Periode der politischen Verhandlungen, manchmal unter Einschluß der Bemühungen mehr als eines Landes und von Debatten auf multinationalen Konferenzen, zum endgültigen Sieg des Befreiungskampfes bei. Lassen Sie mich hier an den letzten Erfolg dieser Art, die Befreiung Zimbabwes in Afrika, erinnern. (...)

Natürlich blieben Verhandlungen ohne jedes Resultat, wenn der bewaffnete Kampf nicht fortgesetzt würde und den am Konferenztisch vorgetragenen Argumenten nicht Kraft und Unterstützung verleihen würde. Die Behauptung jener, die gerne die Rolle von Verhandlungen überschätzen, indem sie das Endergebnis zum Beweis der vernünftigen Gesinnung auf seiten der Kräfte des *ancien régime* verklären, ist ein himmelschreiender Irrtum. Sie sehen nicht oder wollen nicht sehen, welche Kräfte hinter der Bühne am Werk sind, d.h. den Druck des bewaffneten Kampfes, der die Kräfte des alten Regimes bezwungen hat. Auf der anderen Seite nützt die blinde Konzentration auf den militärischen Aspekt nicht der Sache der Befreiung. (...)

Ich darf hinzufügen, daß in meinem eigenen Land, trotz der Erfolge der Befreiungsarmee, die es geschafft hatte, den Feind bei Kriegsende zu besiegen und die volle Kontrolle des Landes zu übernehmen – ohne die Anwesenheit fremder Truppen – die Kriegsmüher ebenfalls am Konferenztisch endeten und ein Abkommen mit der Exilregierung geschlossen wurde, die das Vorkriegsregime repräsentierte. Dieses Einvernehmen war, ohne die Ziele des Befreiungskampfes zu gefährden, nur möglich aufgrund der unvergleichlichen Stärke der Freiheitsbewegung. (...)

Wurzeln der gesellschaftlichen Krise des sowjetischen Systems

2. Teil

Wir setzen hier den Nachdruck eines Artikels von einem nicht genannten Autor aus Le Monde diplomatique *(Mai 1982) fort. Dieser Teil beschäftigt sich – auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Zerfallserscheinungen – mit der Polarisierung der Wertvorstellungen in der Intelligenz, aber auch unter der übrigen Bevölkerung sowie innerhalb der politischen Führungsschicht. Die Konzeptionen der „Westler" wie der „Slawophilen" werden in ihren unterschiedlichen Schattierungen mit ihrer je spezifisch russischen Tradition vermittelt. – Ein tragfähiges Entwicklungsmodell für die Zukunft zeichnet sich nach Meinung des Autors weder innerhalb der offiziellen Gesellschaft noch auf seiten der verschiedenen Strömungen der Dissidenten ab.*

Das unter Stalin geheiligte Prinzip, nach dem der Wachstumsrhythmus der Produktionsgüter den der Konsumtionsgüter übersteigen müsse, wurde unter der Herrschaft Chruschtschows in Frage gestellt, der gleichwohl verschiedene Elemente des traditionellen Kollektivismus aufrechterhielt. Die Bemühungen von Chruschtschow, das Ernährungsniveau zu heben und die Landwirtschaft anzukurbeln, drückten sich in der Entwicklung der Sowchosen (Staatsfarmen) aus, auf Kosten der Kolchosen (Genossenschaften) und der Privatparzellen. Auf einem Gebiet, wo die Symbolik noch deutlicher ist, gab Chruschtschow zum Beispiel den öffentlichen Verkehrsmitteln den Vorrang vor dem Bau von privaten Automobilen.

Zwei Dimensionen erscheinen in dem Bruch, den das Regime Breschnews mit der Politik der Vergangenheit vollzogen hat und der zur Wertkrise beigetragen hat. Einerseits, unter Chruschtschow schon sichtbar, aber unter Breschnew noch akzentuierter: die Aufgabe des Prinzips der Priorität für Produktionsgüter auf Kosten der Verbrauchsgüter, was in der Bevölkerung das Prinzip unterminiert hat, daß das heutige individuelle Glück dem kollektiven Glück von morgen geopfert werden müsse; und auf der anderen Seite: eine beträchtliche Anleihe bei den westlichen Normen.

Ein Beispiel dafür sind die enormen Investitionen, die im Lauf der letzten Jahre in den privaten Automobilbau gesteckt wurden, während die öffentlichen Verkehrsmittel ineffektiv und überfrachtet sind, vor allem in den Hauptverkehrszeiten in den großen Städten. Diese Situation ist keine spezielle Eigenheit der Sowjetunion, aber sie erscheint in einer Gesellschaft, die ihre Entwicklungsperspektive als sozialistisch bezeichnet, um so weniger gerechtfertigt. Der Widerspruch zwischen der Ideologie und der Wirklichkeit ist um so größer, als die Besitzer privater Wagen heute in der Hauptstadt einen Gutteil ihrer Zeit damit zubringen, gegen immer höhere Entgelte die zahlreiche Kundschaft zu transportieren, die ihnen die Ineffektivität der öffentlichen Verkehrsmittel zwangsläufig zutreibt. (...)

Die Politik des Regimes hat also selbst sehr stark zum Verfall des Wertsystems beigetragen. Gerade dies drückt sich auch in der immer rascheren und inzwischen offenbar schon unkontrollierbar gewordenen Entwicklung dessen aus, was man die „dritte Wirtschaft" nennt. Die „erste Wirtschaft" ist durch die Unterordnung der unmittelbaren Interessen unter die kollektiven und zukünftigen Interessen der Gesellschaft gekennzeichnet; die „zweite Wirtschaft" versucht, die beiden Ziele durch das Prinzip des *zainteresovannost* (der materiellen Interessiertheit) des Individuums mit dem Funktionieren des offiziellen Systems zu versöhnen; die „dritte Wirtschaft", die nur auf Kosten der beiden ersten existieren kann, gründet sich auf den Widerspruch zwischen der individuellen Interessen und der Funktionsweise der offiziellen Institutionen durch eine Wirtschaft des *blat*, der Handgelder und der Korruption, aber noch mehr des Betrugs oder Privattauschs, was einen wachsenden Teil der Energie der Bevölkerung und ihrer produktiven Fähigkeiten absorbiert (...)



Die Entwicklung dieser „dritten Wirtschaft" ist durch die immer rascher galoppierende Inflation der letzten Jahre begünstigt worden, durch den Überschuß der Nachfrage im Verhältnis zum Angebot (vor allem für Qualitätsgüter) und durch die Unregelmäßigkeiten im Verteilungssystem. Obwohl seit dem Tod von Stalin die Produktion von Konsumgütern sich in Qualität und Quantität verbessert hat, ist dennoch festzustellen, daß sich das überschäumende Wachstum dieser „dritten Wirtschaft" aus dem Widerspruch ergibt zwischen dem fanatisch verfolgten Wunsch nach individueller Befriedigung und dem schlechten Funktionieren der offiziellen Ökonomie. (...)

Unter den Intellektuellen zeigt sich eine Polarisierung zwischen „Slawophilen" und „Westlern", die beide ihre Konzeption von Fortschritt haben.

Die Krise des sowjetischen Systems wurde beschleunigt durch die politische Öffnung zum Westen, die der langen Periode der Isolierung folgte, der Stalin das Land unterworfen hatte. Gerade im Hinblick auf die Beziehungen zum Westen wird die Krise auch von der Intelligentsia, der politischen Führung und von der einfachen Bevölkerung gesehen. Diese verschiedenen Gruppen teilen, jede auf ihre Weise, das Gefühl, daß die Krise des Systems und der Werte auch damit zu tun hat, daß seit dem Tod Stalins die Sowjetunion ein gut Stück ihrer Einzigartigkeit verloren hat, eben infolge der Öffnung zum Westen. Ebenso wie in den ersten Jahren des Regimes von Nikolaus I. Mitte des 19. Jahrhunderts werden der Charakter des Regimes, die Uneffektivität seiner Institutionen und die Krise seiner Werte erklärt als das unvermeidliche Resultat des Versuchs, für die weitere Entwicklung des Landes Elemente, die aus der eigenen geschichtlichen Tradition stammen, zu kombinieren mit solchen, die im großen und ganzen auf westliche Einflüsse zurückgehen. Vor allem in der Intelligentsia tritt eine Polarisierung der Meinungen zutage, von ganz ähnlicher Schärfe wie zur Zeit Nikolaus I., zwischen zwei Strömungen, die sich selbst als „Slawophile" und „Westler" definieren.

Natürlich werden in den Kreisen der aufsässigen Intelligenz, d.h. unter den Dissidenten, diese Begriffe mit der größten Präzision bestimmt und sind Gegenstand ganz offener Debatten.

Für die Slawophilen, sowohl im Lande wie in der Emigration, erklären sich alle Äußerungen der gegenwärtigen Krise aus der ideologischen Hypothek des Regimes von seinen Anfängen an, einer Ideologie, deren Wurzeln zurückreichen zu den Ideen und Haltungen der revolutionären Intelligenz des 19. Jahrhunderts, die davon träumte, Rußland nach dem Bilde des Westens zu gestalten. Dieser Makel sei weiterentwickelt worden durch die Gruppen, die sich nicht nur auf den Marxismus, sondern auch auf die materialistischen und positivistischen Konzeptionen bezogen – Denkrichtungen, die die Slawophilen mit der intellektuellen und moralischen Entwicklung im Westen seit dem Zeitalter der Aufklärung, wenn nicht seit der Renaissance, verbinden.

Diese Interpretation der Gründe für die Entartungen, die die Entwicklung des sowjetischen Regimes kennzeichnen, drückt sich in sehr unterschiedlichen Formen aus. Über den Rahmen der Slawophilie im strikten Sinne hinaus zeigt sie sich in einem wahren Durst nach der Entdeckung neuer Werte. Eine erhebliche Zahl der Angehörigen der Intelligenz, aber auch der einfachen Bevölkerung, sucht in der Religion das Mittel, um diesen Bedürfnissen zu entsprechen. Unter den Intellektuellen drückt sich dieses Bestreben in einem auffälligen Interesse für die idealistischen Denker im Rußland des 19. und vor allem auch zu Anfang des 20. Jahrhunderts aus. Weniger zahlreich sind wohl die Intellektuellen, die sich ins Studium der Schriften der orthodoxen Kirchenväter versenken, ohne dabei, von Ausnahmen abgesehen, am Leben der Kirche teilzunehmen. In der breiten Bevölkerung drückt sich das Bedürfnis nach Religiosität am intensivsten nicht unter den Gläubigen der orthodoxen Kirche aus, sondern unter den Anhängern verschiedener Sekten, vor allem der Baptisten, die weiterhin eine beachtliche Lebenskraft an den Tag legen, trotz härtester Verfolgungen, denen sie unterworfen sind.

Ebenfalls zum Phänomen der Slawophilie gehörig, aber auch über den Rahmen seiner Anhänger hinaus, gibt es die Strömung, die auf dem Gefühl gründet, die Malaise der zeitgenössischen Gesellschaft hänge weniger mit dem gegenwärtigen Regime und seiner Ideologie als in einem weiteren Sinne überhaupt mit den Anstrengungen zur Modernisierung des Landes zusammen, für die das Regime so harte Opfer gefordert hat. (...)

Seinen stärksten Ausdruck hat dieses Gefühl in den Texten der sowjetischen Schriftsteller gefunden, die man die *pochvenniki* (Menschen der Erde) und *derevenshckiki* (Dörfler, Landleute) nennt: Schriftsteller, unter ihnen die besten der zeitgenössischen Literatur, die ihre Werke der Beschreibung des sowjetischen flachen Landes und dem Leben seiner Bewohner widmen. Diese Begriffe, die ihrerseits auf populistische Strömungen unter der Intelligenz des 19. Jahrhunderts zurückgehen, sind zu eng, um den geistigen Standpunkt dieser Schriftsteller auszudrücken, aber die spiegeln recht gut eins ihrer grundlegenden Anliegen wider: nämlich im Symbolismus der Konfrontation von Dorf und Stadt das fortschreitende Eindringen des zweiteren in das erstere darzustellen, den Verfall einer Gesellschaft, die als organische vorgestellt wird – verankert in ihrer Humanität wie in der Natur –, die durch die Invasion der Moderne wie durch einen Krebsbefall tödlich zersetzt wird. (...)

Auf der Suche nach zwei verlorenen Paradiesen wenden die einen sich den Werten des alten Rußland zu und schwelgen andere in der Nostalgie der Stalinära.



Gegenüber allen diesen Bestrebungen der Slawophilen nach den verlorenen Paradiesen von früher fühlen sich diejenigen Mitglieder der Intelligentsia, die vielleicht noch immer zahlreicher als die Sawophilen sind und sich in der einen oder andern Weise mit dem Westen identifizieren, entwaffnet und in der Defensive, vielleicht sogar noch mehr als in der langen Periode der Isolation vom Westen während der Stalinära. Die Hoffnungen, die die Periode des „Tauwetters" begleiteten, wurden nacheinander enttäuscht, nicht nur durch die Vergeblichkeit des Versuchs einer Entstalinisierung, sondern auch durch die Ergebnisse der teilweisen Öffnung zum Westen selbst. Um sich den schwierigen Weg vorzustellen, den diese Leute in den vergangenen Jahren durchlaufen haben, und die Sackgasse, in der sie schließlich gelandet sind, muß man sich an die großen Ziele zurückerinnern, die von ihren Wortführern am Beginn dieser Periode ausgemalt wurden: die Perspektiven Sacharows über eine mögliche Konvergenz (Annäherung) der politischen und sozialen Systeme der UdSSR und der USA; die Anstrengungen von Medwedew und andern Intellektuellen, die sich auf den Marxismus bezogen und die im Leninismus die Elemente der Vision einer sozialistischen Gesellschaft zu finden hofften, die demokratischer und humaner wäre. Alle diese Bestrebungen scheinen heute zum großen Teil ihrer urspünglichen Originalität verlustig gegangen.

Die Slawophilen führen die Tragödie des heutigen Rußland auf die Einflüsse vom Westen zurück. Die Westler führen sie im Gegenteil auf das Erbe einer schweren, eigentümlichen Vergangenheit zurück. Mit einer solchen Polarisation werden die Dialoge zwischen den Vertretern beider Richtungen zu einem wirklichen Dialog von Tauben (...)

Auch innerhalb der offiziellen Gesellschaft zeigen sich die Meinungsunterschiede und Haltungen, die den erwähnten Strömungen innerhalb der aufsässigen und dissidenten Intelligentsia entsprechen. Ohne Zweifel wäre es nicht ganz richtig, die Äußerungen eines reinen, unverhüllten Nationalismus, der in den letzten Jahren von Mitgliedern der offiziellen Intelligenz an den Tag gelegt worden sind, auf slawophile Einflüsse zurückzuführen. Aber dieser „offizielle Nationalismus" nährt sich doch aus denselben Quellen: der Unzufriedenheit, die aus den Rückschlägen der inneren und äußeren Politik des Regimes kommt, sowie vor allem aus dem Verlust an Elan, dem Prozeß der *razvalinie*, der Desintegration und Entwürdigung der Gesellschaft. Die Sprecher dieses „offiziellen Nationalismus" führen diese Erscheinungen des Verfalls ihrerseits auf die Öffnung gegenüber dem Westen zurück.

Wie bei den Slawophilen gibt es auch bei ihren Kritikern den Wunsch, eine verlorene Vergangenheit wiederzufinden. In ihrem Fall ist das die Nostalgie der Stalinschen Ära, einer rigideren, disziplinierteren Gesellschaft, die aber zugleich eigentümliche Merkmale hatte, Werte und Ideale belebte, die sie vom Westen unterschieden, von einem Regime geführt, das stärker war und in der Lage, Disziplin und Nationalstolz zu wecken.

Diese Tendenz, ganz bewußt mit Antisemitismus und der Denunzierung von „kosmopolitischen" Tendenzen versetzt, zeigt sich ebenfalls in der Intelligenz und ist von wenig verhüllten Appellen begleitet, das Stalinsche Regime zu rehabilitieren. Das hat bisher keine volle offizielle Anerkennung gefunden, aber konnte überhaupt nur verbreitet werden dank der Protektion gewisser führender Kreise.

Dennoch sind unter den Mitgliedern des politischen Establishments die Strömungen, die den Westlern nahestehen, noch immer fester verankert als jene Äußerungen eines unruhigen Nationalismus. Die Anhänger dieses „westlichen" Geistes unter den Privilegierten werden durch die Slawophilen häufig verächtlich *dzhindshniki* (Jeansler, mit Bezug auf die Jeans) genannt. Es ist eine Tatsache, daß diese Privilegierten von der Öffnung zum Westen profitiert haben: Spezialmagazine mit importierten Waren, Reisen in den Westen, die ihnen Devisen verschaffen, welche wiederum den Zugang zu diesen Produkten eröffnen, etc. Aber der Ausdruck „Jeansler" ist zu eng und karikierend, um die Realität zu beschreiben. Denn gerade so wie die Erben Peters des Großen haben die Mitglieder der herrschenden Klasse aus ihren Kontakten mit dem Westen ein Modell, eine gewisse Vision einer Zivilisation entnommen, die sie ... einer Rückkehr zu den Werten und Formen des Lebens von gestern entgegenstellen.

Diese Vorstellung hat bis jetzt einen bedeutenden Stützpfeiler der seit dem Tode Stalins verfolgten Politik dargestellt; aber sie ist heute mehr als jemals gefährdet. Denn die Fortsetzung dieser Politik hängt von der Unterstützung einer Gruppe ab, die mangels eines exakteren Ausdrucks die Technokraten genannt werden und von denen das Funktionieren des Regimes abhängt. Es wird stets angenommen, daß die Technokraten westlichen Ideen geneigt seien, aber nichts garantiert wirklich, daß das immer so sein muß. Die Vorstellungen, die sie entwickeln, müssen keineswegs notwendig in die Richtung einer offeneren, weniger zentralisierten sowjetischen Gesellschaft gehen. Seit dem Tode Stalins waren die Vorstellungen der Technokratie nie frei von Zweideutigkeiten und Widersprüchen. Es gab die Pläne einer wirtschaftlichen Dezentralisierung, die von Liebermann ausgearbeitet waren und von Kossygin vorsichtig unterstützt wurden; es gab aber ebenso auch die Konzeption einer noch strikter geplanten, noch zentralisierteren, geradezu autarken Wirtschaft, die durch die moderne Informationstechnik effektiv gemacht werden könnte. Obwohl die politischen und sozialen Implikationen offensichtlich ganz verschieden sind, könnten beide wirtschaftlichen Entwicklungsmodelle sich sehr gut mit dem Wertsystem und der Mentalität der Technokratie vertragen. Stellt man deren Pragmatismus in Rechnung, wird die Wahl abhängen von der tatsächlichen Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen, vor allem zum Westen.

GRÜNE Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik

Auf der Suche nach Konzepten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Verkürzung der Arbeitszeit und ökologische Ausrichtung

frb. Es ist ohne Zweifel ein Fortschritt, daß in der grün-alternativen Bewegung die Diskussion um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und um eine alternative Wirtschaftspolitik in Gang gekommen ist. Wer gegen Umweltzerstörung ist, kann nicht tatenlos zusehen, wenn zwei Millionen auf die Straße geworfen und von der Quelle ihres Lebensunterhaltes abgeschnitten werden. Wer gegen die destruktiven Potenzen der kapitalistischen Wirtschaft zu Felde zieht, muß auch zeigen, welche Bedingungen zu schaffen sind, damit sich die schöpferischen Potenzen menschlicher Produktivkraft entfalten können. Zwei Millionen Arbeitslose, das ist zuviel; Schutz der Natur und des bloßen Überlebens reicht da nicht mehr. Wirtschaftspolitik konnte man nicht mehr links liegen lassen, und die Bewegung hat dadurch gewonnen. Und die ,,Ein-Punkt-Bewegung" reicht immer weniger aus.

Allerdings steht die Diskussion erst am Anfang. Davon zeugt z.B. das erste bundesweite Wirtschaftsseminar, das die Grünen Ende Juni durchgeführt haben. Aus dem Reader, der hierzu erschienen ist, wollen wir im folgenden einige Passagen vorstellen.

Zwei der unterschiedlichen Pole, zwischen denen sich die Diskussion dort bewegt, ist die Konzeption der Dualwirtschaft einerseits, Positionen, die den Hebel für Umwandlungen mehr in der bestehenden Wirtschaft selbst ansetzen, andererseits. Freilich stehen sie sich nicht als Konzepte gegenüber, vielmehr ziehen sich Elemente und Vorstellungen daraus durch fast alle Positionspapiere.

Faszination der Eigenarbeit

Die Dualwirtschaft wendet sich kritisch gegen Beschäftigungsprogramme, die bloß die Stellung des Arbeiters als Lohnarbeiter verlängern. Als Heilmittel dagegen wird die Ausweitung der ,,Eigenarbeit" außerhalb des ,,formellen Sektors", in dem Lohnarbeit herrscht, gesehen. (Vgl. ,,Diesseits weiter Lohnarbeit", KVZ 16)

Bescheiden mutet an, was in diese Richtung an konkreten Schlüssen gezogen wird. Tatsächlich geht es mehr darum, etwas Raum zu schaffen für Alternativmodelle. Der staatlichen Wirtschaftspolitik soll weniger Einseitigkeit abgerungen werden.

So schreiben Johannes Berger, Norbert Kostede und Helmut Wiesenthal aus Bielefeld: ,,Die Fixierung der Wirtschaftspolitik auf das System der Erwerbsarbeit gilt es zu Gunsten der Förderung der Eigenarbeit, der Gegenökonomie, selbstverwalteter Projekte und Arbeitsloseninitiativen abzubauen. Auch außerhalb der beruflich ausgeübten Tätigkeiten wird Arbeit verausgabt in Familie, Nachbarschaft und selbstorganisierten wirtschaftlichen Aktivitäten ... Es gilt, die freie Zeit als Feld sinnvoller Tätigkeiten (wieder) zu entdecken. Eine ökologische Wirtschaftspolitik wird staatliche Ausgabenprogramme reorientieren auf die Förderung der Gegenökonomie, die Erprobung von vom Modell privaten Kapitalbesitzes abweichender Eigentumsformen, wie sie in der Genossenschaftsbewegung und der Selbstverwaltungsökonomie vorgeprägt sind. Vieles von dem, was gekauft wird oder was über staatliche Leistungsprogramme bezogen wird, kann man sinnvoller und besser selber machen."

Damit kann man Impulse setzen, aber kein Programm der Zukunft entwerfen. Seit die Zeiten härter werden, hat denn auch das Konzept der Dualwirtschaft an Glanz und Anhängerschaft eher verloren. Viele Grüne betrachten es als nette Illusion.

Reinhard Pfriem von der AL Berlin schreibt: ,,Die dualwirtschaftliche Konzeption, wie sie v.a. von André Gorz und Ivan Illich entwickelt und u.a. von Joseph Huber in der Bundesrepublik verbreitet wurde, verdient bei Licht besehen diesen Namen nicht. Sie ist eine einseitige Strategie der Ausweitung des informellen zu Lasten des formellen Sektors, die sich um die konkrete Umgestaltung der dominierenden Bereiche einer Volkswirtschaft nicht bekümmert."

Vom ZIP zum ÖZIP

Doch was solcher Umgehungsstrategie entgegengesetzt wird, hat auch seine Haken. Das fängt an bei den Analysen. Daß Arbeitslosigkeit daher rühre, daß dem Produktivitätswachstum kein Produktionswachstum gegenüberstehe, ist da noch das höchste der Gefühle. Zusammenhanglos daher die Serie von Forderungen, die der Naturzerstörung allenfalls Schranken setzen, die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Tendenz zur Naturzerstörung aber nicht aufheben können.

Es ist wie mit dem Normalarbeitstag. Auch seine Durchsetzung und gesetzliche Verankerung war ein Sieg gesellschaftlicher Bewußtheit, dennoch unternehmen die Kapitalisten bis heute alles, die Arbeitszeit über die tariflichen 8-Stunden-Vereinbarungen hinaus auszuweiten und die Arbeiter in Schichten rund um die Uhr arbeiten zu lassen. Um diese Tendenz selbst zu brechen, bleibt die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln unabdingbare Voraussetzung.

Davon allerdings bloß zu reden, mutet manchem wie ein Horrorgemälde aus der Rumpelkammer marxistischen Dogmatismus an. Die Eigentumsfrage anzusprechen ziele ,,in die falsche Richtung", schreibt z.B. Michael Happe aus Essen. Die grundlegende Kritik müsse am ,,Entwicklungsstand der modernen Industriegesellschaften und ihren jeweiligen Hauptursachen und Motoren ansetzen, darf sich nicht verengen auf Verfügungsgewalt, Eigentum und allgemeinen Kapitalbegriff". Klar, daß solch ,,erweiterte" Sichtweise das Heil in Mischwirtschaft von privatwirtschaftlichem, selbstverwaltetem und öffentlichem Sektor sieht. So voreingenommen sind nur wenige, aber auch sonst dominiert, vorsichtig ausgedrückt, Zurückhaltung.

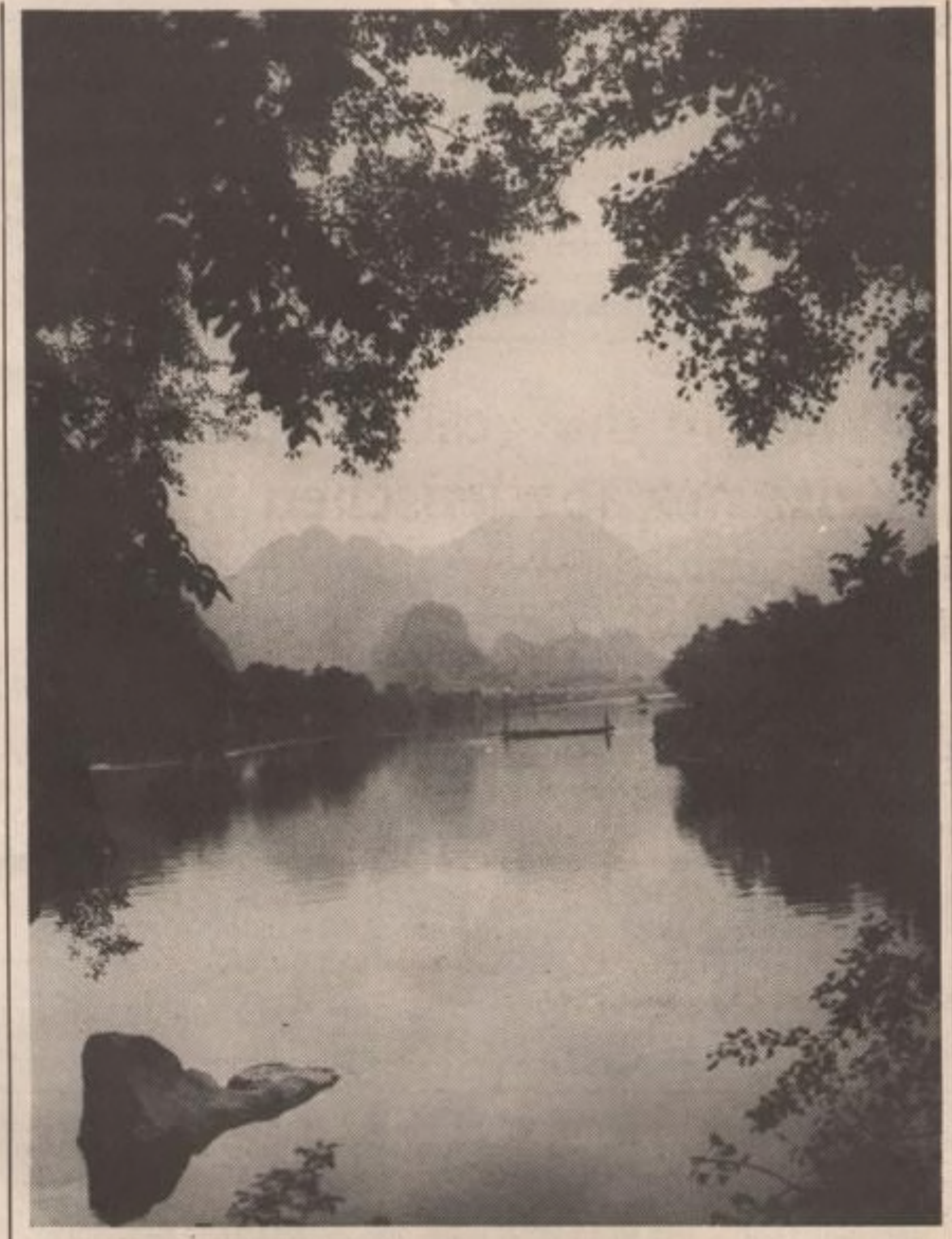
Eine Verkürzung der Arbeitszeit steht fast bei allen im Zentrum, meist mit einem Lohnausgleich für die unteren Lohngruppen. Verschiedene Beiträge weisen aber darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit damit aber auch nicht zu beseitigen sei. Die Konstanzer Wirtschafts AG tritt für ein langfristig angelegtes ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm (ÖZIP) ein. Es soll die bekannten Bereiche umfassen und sich im Betrag zwischen 15 und 45 Mrd. DM bewegen.

Auch hier wieder kommt die Oberflächlichkeit der Diskussion durch. Einmal werden solche Investitionen als beschäftigungswirksam beschrieben, ein paar Sätze weiter wird dann als zweite ,,Säule", die natürlich nur ,,in Verbindung" gesehen werden darf, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung hervorgehoben. Nirgendwo wird problematisiert, daß ja solche Art ,,Beschäftigungsprogramme" auch die Möglichkeit zur Verkürzung der Arbeitszeit einschränken können. So sehr muß man ja dem Druck der Verhältnisse auch nicht nachgeben, daß man nach arbeitsaufwendigen Beschäftigungen sucht.

Weiter in der Diskussion ist die Ressourcenbesteuerung, die wenigstens zum Teil die ,,Arbeitsbesteuerung", also die Lohnsteuer, ersetzen soll. Rohstoffe sollen so verteuert, Ankauf von Arbeitskraft verbilligt werden. Weder aber ist erörtert, wie sich dies auf die Verwendung der Arbeitskraft auswirken wird, noch, was das für die Verteilung des Einkommens und damit der Lebenschancen heißt.

Ein anderer Vorschlag in diesem Zusammenhang zielt auf eine ,,ökologische Buchhaltung"; er findet sich im Wahlprogramm der Grünen Hessen. Die AL Berlin hält davon nicht viel, könnte dies doch bloß darauf hinauslaufen, Umweltbelastungen in Geld zu bewerten und dann in die übliche Wirtschaftsrechnung einzubauen.

Daran zeigt sich vielleicht das ganze Dilemma. Es wird ständig von den Bedürfnissen ausgegangen und ihre Erfüllung postuliert, die Vermittlung des gesellschaftlichen Austausches aber bleibt der treibenden Kraft des Tauschwerts unterworfen.



Leitlinien einer Wirtschaftspolitik, die die Befriedigung der Bedürfnisse ohne Ruinierung der Natur und der Lebenskräfte des Arbeiters sicherstellt, wollen DIE GRÜNEN entwickeln.

Ziele GRÜNER Strukturpolitik

Das Spektrum der Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik unter den GRÜNEN ist weit gespannt, die Diskussion hat erst begonnen. Eine Zusammenstellung verschiedener Thesenpapiere ist kürzlich als Sonderheft 1 des GRÜNEN NRW Info erschienen; Verlagsadresse: Oberbilker Allee 17, 4000 Düsseldorf 1; Preis: 6,00 DM. Im folgenden Auszüge aus dem Artikel von Eckhard Stratmann und Wolfgang Bayer, beide Mitglieder der Landesarbeitsgruppe Wirtschaft NRW.

1. Weg von der Lohn-Arbeit

Arbeitslosigkeit bedeutet Mangel an Arbeit gegen Einkommen, an Lohnarbeit. Dies verweist auf zweierlei: Die Arbeit ist notwendig zum Zwecke des Lohnes. Weit davon entfernt, als Möglichkeit der Selbstentfaltung zu wirken, dient sie in erster Linie der Sicherung des Lebensunterhalts. All die öden und unterdrückenden Momente des Arbeitsprozesses werden um des Lohnes willen in Kauf genommen. Und eine der wesentlichen Bedingungen dafür ist die mangelnde Verfügungsgewalt der Lohnarbeitenden über die Produktionsmittel. Privates (und staatliches) Eigentum an diesen Mitteln zwingen die Masse der Arbeitssuchenden dazu, sich unter zum Teil entwürdigenden Bedingungen beschäftigen zu lassen.

„Beschäftigungs"-programme, die diese Art von Beschäftigungs- und Herrschaftsverhältnis nicht ansatzweise zu überwinden helfen, laufen auf ein Reparaturprogramm für den Kapitalismus hinaus. Ein alternatives Arbeitsplatz- und Strukturprogramm muß den Privat(eigentums)sektor einschränken und von innen her demokratisieren helfen.

Der im Entstehen begriffene alternative selbstverwaltete Sektor ist zu stärken und auszubauen durch staatliche Förderung von Alternativprojekten, ohne deren Autonomie anzutasten. In West-Berlin haben 1200–1500 solcher Projekte bisher aus eigener Kraft mindestens 4000 bis 5000 Arbeitsplätze geschaffen, während in der stark subventionierten Industrie von 1970–1979 über 100000 Arbeitsplätze verloren gingen. In den Alternativprojekten werden neue Sozialformen der Arbeit entwickelt, allerdings häufig unter starker Selbstausbeutung. Staatliche Hilfe zur Selbsthilfe in diesem Bereich könnte sowohl Arbeitsplätze schaffen helfen als auch den Sektor der Lohnarbeit einschränken helfen.

Eine alternative Arbeitsplatzpolitik sollte kleinere und mittlere Unternehmen fördern, statt wie bisher im starken Maße Großunternehmen zu subventionieren. Denn der Zuwachs an Arbeitsplätzen kommt heute – wenn überhaupt, dann vornehmlich – von Klein- und Mittelbetrieben.

2. Alternative Produktion

Traditionelle Beschäftigungsprogramme suchen durch verschiedene Mittel das quantitative und/oder qualitative Wachstum zu fördern, um auf diesem Wege Beschäftigungseffekte zu erreichen. Die erste und entscheidende Frage an die menschliche Arbeit kann aber nicht lauten: Wie erreiche ich eine möglichst hohe Beschäftigung?, sondern: Welche Arbeit und welche Produkte sind gesellschaftlich notwendig und sinnvoll? Unter diesem Aspekt läßt sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitsmenge deutlich verringern, z.B. durch

– die Steigerung der Nutzungs- und Lebensdauer der Produkte,
– die Verminderung der Fertigung von überflüssigen oder schädlichen Produkten,
– die Einsparung bestimmter Dienstleistungstätigkeiten (z.B. im Gesundheitswesen) als Folge gesünderer und umweltschonenderer Fertigungs- und Verhaltensweisen.

Während die genannten Beispiele gebrauchswertorientierter Produktion einen negativen Arbeitsplatzeffekt haben, lassen sich weite Bereiche angeben, in denen ein Wachstum der Produktion Arbeitsplätze schafft und die Lebensqualität verbessert, z.B.:

– Energieeinsparung und alternative Energie,
– sozialer Wohnungsbau, Altbausanierung,
– alternative Verkehrssysteme,
– Recyclingwirtschaft,
– Bildung und soziale Dienst u.a.

Eine entsprechende Umstellung der Produktion schafft unter dem Strich eine erhebliche Zahl an neuen Arbeitsplätzen. Doch übersehen ihre Befürworter gelegentlich die negativen Verdrängungseffekte solcher Umstellungen: z.B. Arbeitsplatzverluste im Tiefbau durch Kürzung von Straßenbauprojekten, Stillegung von Öl-Raffinerien wegen Absatzschwierigkeiten infolge Energiesparens. Hier wird der deutlich positive Saldoeffekt alternativer Produktion bezüglich der Arbeitsplätze nicht bezweifelt. Doch es zeigt sich, daß angesichts steigender Arbeitslosenzahlen in den 80er Jahren alternative Produktion zwar ein notwendiger, aber kein hinreichender Schritt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ist.

3. Arbeitszeitverkürzung: anders arbeiten – anders leben

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß vorrangig durch Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere der Wochenarbeitszeit, erfolgen, da staatliche Förderung von alternativen Produkten die Arbeitslosigkeit zwar vermindern, aber nicht überwinden kann.

Arbeitszeitverkürzung kann neue Arbeitsplätze und neue Lebensmöglichkeiten eröffnen, wenn zusätzliche Bedingungen erfüllt sind:

– Im Betrieb müssen die Kontrollrechte der Lohnarbeitenden erweitert werden, um den Arbeitsplatzeffekt von Arbeitszeitverkürzung gegen unternehmerische Konterstrategien der Arbeitsintensivierung, Rationalisierung und Modernisierung zu sichern. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß einhergehen mit einer Humanisierung der verbleibenden Arbeit.
– Die freigewordene Zeit muß als Möglichkeit zur Selbstverwirklichung gewonnen werden; dazu muß sie vor der Kommerzialisierung durch eine markthungrige Freizeit-,,industrie" geschützt werden. Eine gute Möglichkeit dafür stellt die öffentliche Förderung von Projekten der Selbst- und Nachbarschaftshilfe dar. Solche Projekte – zum großen Teil Freizeit und Eigenarbeitsprojekte – in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Frauenprojekte, Gesundheit, Behinderte, Drogen, Arbeitslosigkeit, Bildung und Weiterbildung entlasten den Staatshaushalt und die Einkommen der privaten Haushalte.

4. Kontrolle und Einschränkung der Konkurrenz-Wirtschaft

In der Einleitung sind die arbeitsplatzvernichtenden Wirkungen der nationalen und internationalen Konkurrenzwirtschaft angesprochen worden, insbesondere die gegenseitigen Verdrängungseffekte und Rationalisierungszwänge auf dem Weltmarkt. Ohne die Steuerungsfunktion des Marktes gänzlich ausschalten zu wollen oder auch nur zu können, sollen die schädlichen Wirkungen des Marktes ausgeschaltet werden.

– Die starke Exportorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft (insbesondere kapitalintensiver und umweltschädlicher Industrien wie AKWs und Kohle,,veredelung") sollte umgekehrt werden zugunsten einer intensiven Produktion für den regionalen und kommunalen Bedarf (hier möglichst im selbstverwalteten Sektor). Eine dezentrale Energieversorgung trägt zum Schutz vor zu starker Weltmarktabhängigkeit bei.
– An die Stelle der Konkurrenz- und der Rationalisierungszwänge des Weltmarktes sollen internationale Absprachen auf gleichberechtiger Basis treten. Eine neue Weltwirtschaftsordnung soll der Ausbeutung der Dritten Welt auf dem Weltmarkt ein Ende bereiten.
– Unvermehrbare Güter wie Boden sind dem Markt zu entziehen.
– Durch Vergesellschaftung der Banken soll die demokratische Kontrolle von Investitionsentscheidungen verstärkt werden.
– Der Sektor einer marktfreien Wirtschaft in Eigenarbeit (z.B. Nebenerwerbslandwirtschaft, Heimarbeit) soll verstärkt werden. Arbeitszeitkürzung bietet eine Voraussetzung dafür.

Sozialkürzungen in Frankreich

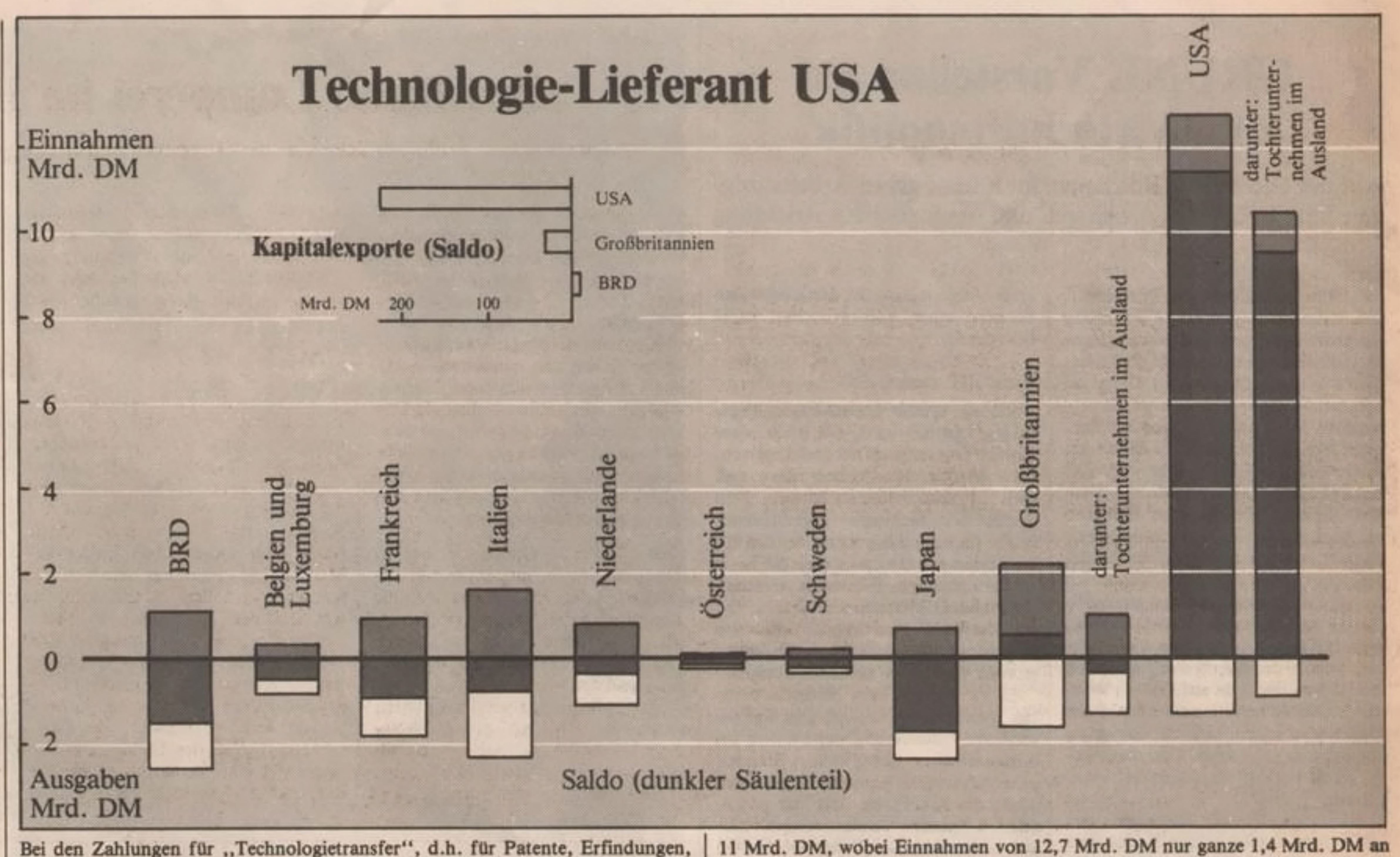
kvz. Die französische Regierung sieht sich veranlaßt, ihren Kurs, den sie mit dem viermonatigen Lohn- und Preisstopp eingeleitet hat, weiter zu verschärfen. Auf einer Ministerkonferenz mit Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden erklärte Ministerpräsident Mauroy letzte Woche, auf den Lohn- und Preisstopp werde eine vierzehnmonatige „Einschränkungsphase" folgen.

Die Regierung wird dazu ihrerseits alle Tarifverträge durchforsten und insbesondere die bestehenden Indexbindungen und „gleitenden Lohnskalen" abbauen. Mauroy geht es darum, „einen größeren Teil der französischen Ressourcen für die industrielle Entwicklung, für größere Investitionen, für die Forschung und für große Bauvorhaben freizumachen." Die Oppositionsparteien erwarten einen „heißen Herbst", in den sie mit der Forderung nach Neuwahlen eingreifen wollen. Die Sozialisten sind mit Besänftigungen beschäftigt, aus Gewerkschaftskreisen verlautet bereits, man werde sich bei den Verhandlungen mit Lohnerhöhungen von nur um die 8% zufrieden geben – bei 14% Inflationsrate.

Ein weiteres Ziel der Regierungspolitik ist die Einschränkung der Sozialversicherung. Schon unter Giscard d'Estaing gab es fünf verschiedene Pläne zur Reorganisierung der Sozialversicherung. Mittlerweile hat sich die Lage verschärft, weil die Defizite gewaltig gestiegen sind. Beigetragen haben dazu auch die Unternehmen, die mit Beitragszahlungen in Höhe von über 20 Mrd. Franc im Rückstand sind. Die Versicherung umfaßt die Familien-, Kranken- und Altersversicherung.

Die Arbeitslosenversicherung ist von der staatlichen Sozialversicherung getrennt. Sie beruht auf einem Tarifvertrag aus dem Jahre 1958, als in Frankreich gerade 160000 Arbeitslose gezählt wurden; heute sind es 2 Millionen. Beitragserhöhungen lehnen die Kapitalisten ab; sie verlangen Kürzungen bei den Leistungen, und wollen sich aus der Versicherung davonstehlen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Technologie-Lieferant USA



Bei den Zahlungen für „Technologietransfer", d.h. für Patente, Erfindungen, Verfahren und Urheberrechte weist Westdeutschland ein hohes Defizit aus. Aber auch Japan hat da mehr Ausgaben als Einnahmen. Lediglich Großbritannien, wahrscheinlich die Schweiz und die USA erzielen im Patent- und Lizenz-Verkehr eine positive Bilanz. Weit an der Spitze stehen die USA mit einem Überschuß von 11 Mrd. DM, wobei Einnahmen von 12,7 Mrd. DM nur ganze 1,4 Mrd. DM an Ausgaben gegenüberstanden. Ursächlich hierfür ist die überragende Stellung der USA als Kapitalexporteur. Zu über 80% stammen die Einnahmen nämlich von Tochterunternehmen amerikanischer Konzerne im Ausland (verbundene Unternehmen). Das ist ein netter Zusatz-Profit. *Quelle: Bundesbank Monatsbericht 7/82*

Die Woche im Rückblick

Kanzler Schmidt persönlich ist nun in die USA geflogen, um bei Reagan wegen dessen Veto gegen westeuropäische Ostgeschäfte anzuklopfen. Gehör wird er allerdings kaum finden, auch wenn nunmehr bestätigt ist, daß die US-Maßnahmen gegen das Internationale Handelsabkommen GATT verstoßen. Eben erst sind zwei Vizepräsidenten der EG-Kommission, Davignon und Haferkamp, unverrichteter Dinge aus den USA zurückgekommen. Und bezüglich der europäischen Stahlexporte in die USA dauert der Krach an.

5 Millionen Rentner haben eine Rente von unter 500 DM. Rund 3,6 Millionen von insgesamt 11 Millionen Rentnern erhalten laut Rentenstatistik sogar weniger als 450 DM im Monat. Es sind vor allem Frauen, die so auf zusätzliche Sozialhilfe oder Wohngeld angewiesen sind.

Westdeutsche Konzerne sind im Irak stark engagiert. Vergangenes Jahr ist das Land zum größten Exportmarkt der BRD im Nahen Osten geworden. Die Ausfuhr verdoppelte sich auf 6,6 Mrd. DM, und im ersten Quartal dieses Jahres deutete sich eine erneute Verdoppelung an.

Eine weitere Unternehmenskonzentration in der Spitze der 100 umsatzstärksten Konzerne hat die Monopolkommission festgestellt. Ansonsten aber ließen die vorliegenden Daten keinen Rückschluß auf eine Fortsetzung der bisher stetigen Zunahme der Konzentration zu. Die Kommission legt alle zwei Jahre ein Gutachten vor.

Einen „Waldpfennig" zur Finanzierung von Anlagen zur Luftreinhaltung hat der FDP-Abgeordnete Wolfgang Rumpf im Zusammenhang einer großen Anfrage von SPD und FDP im Bundestag gefordert. Die Stromverbraucher sollten so die Kosten zur Beseitigung der Schwefeloxid- und Stickoxid-Emissionen, die zum sauren Regen führen, tragen. Die enormen Kosten müßten auf möglichst viele Schultern verteilt werden.

Der Forschungsetat ist mit einer Steigerung um 7,3% der am stärksten wachsende Einzelhaushalt im Bundeshaushalt 1983. Über 2,7 der insgesamt 7,1 Mrd. DM sind allein für die Energieforschung vorgesehen. 120 Millionen Mark wurden durch die Kürzungen im Sozialetat zusätzlich zur Finanzierung des Schnellen Brüters und des THTR in Hamm locker gemacht. Für diese Reaktoren stehen 1983 je 280 Mio. DM bereit.

Die Entwicklungshilfe ist ein gutes Geschäft für die westdeutsche Industrie. Gut zwei Drittel der im Rahmen der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit vergebenen Mittel in Höhe von insgesamt 2,4 Mrd. DM floß wieder zurück in die BRD in Form von Aufträgen.

Die gespaltene Krankenversicherung

Beitragsunterschiede schränken Versicherungsprinzip schon jetzt ein
Künftig an die Konjunkturlaunen gekettet

frb. Auf den ersten Blick sieht die Kürzung der Beiträge für die Krankenversicherung der Arbeitslosen bloß wie eine der anderen Finanzmanipulationen aus, mit deren Hilfe sich die Bundesregierung die Gelder für ihren ungedeckten Haushalt besorgt. Und das allein ist auch schon unverfroren genug. Seit rund fünf Jahren wird „Kostendämpfung" betrieben in der Krankenversicherung, für jedes Arzneimittel muß gezahlt werden, dies und jenes darf nicht mehr auf Krankenschein verschrieben werden, beim Zahnersatz muß zugelegt werden, hier und dort wurde gekürzt. Und nun, da die Kosten etwas „gedämpft" sind, die Beiträge nicht mehr weiter gestiegen sind, langt die Bundesregierung zu und erntet.

Doch es geht noch um mehr. Denn erstmals seit den 20er Jahren sind nun die Finanzen der Krankenversicherung an die Konjunkturlaunen der kapitalistischen Wirtschaft gekoppelt.

Bislang überweist die Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen Beiträge an die Krankenversicherungen, die nach dem früheren Bruttolohn des Arbeitslosen berechnet sind. Die Arbeitslosigkeit wirkte sich also nicht auf die Beitragseinnahmen der Krankenkasse aus, sofern eben der Arbeitslose Arbeitslosengeld erhielt. Künftig aber sollen sich die Beiträge nur noch nach 70% des Bruttolohnes bemessen. Für jeden Arbeitslosen verliert die Krankenkasse also fast ein Drittel seiner Beitragszahlung. Unweigerlich werden die Kassen mit steigender Arbeitslosigkeit die Leistungen einzuschränken versuchen oder die Beiträge erhöhen.

Darüberhinaus droht sich die Ungleichheit zwischen den rund 1300 einzelnen Krankenkassen noch weiter zu verschärfen. Denn der Anteil der Arbeitslosen unter ihren Mitgliedern ist ganz unterschiedlich. So liegt bei rund 100 Ortskrankenkassen der Arbeitslosenanteil über 10%. Die Ortskrankenkasse Regen hält mit 26% Arbeitslosen den Rekord, während die Techniker-Krankenkasse bloß 2% arbeitslose Mitglieder hat; Betriebskrankenkassen werfen arbeitslos werdende Mitglieder ohnehin gewöhnlich gleich raus.

Unumgänglich also scheint es, daß für die Arbeitslosen ein Finanzausgleich zwischen den Kassen gemacht wird, wie er für die Krankenversicherung der Rentner bereits existiert. Und das Arbeitsministerium hat einen solchen in seinem jetzt vorliegenden Referentenentwurf auch vorgesehen, was freilich nichts daran ändern würde, daß die Krankenversicherung insgesamt an den Konjunkturverlauf gekettet würde und die Beiträge zum Ausgleich des Bundeshaushalts um durchschnittlich über 0,2% erhöhen müßte.

Doch selbst gegen einen Finanzausgleich rührt sich Widerstand. Mischnick, FDP-Fraktionschef, hat den Ersatzkassen bereits versprochen, einen Finanzausgleich werde es nicht geben. Diese haben wesentlich weniger arbeitslose Mitglieder als die Ortskrankenkassen, und würden die Ersatzkassen nun erneut relativ besser gestellt als die Ortskrankenkassen, so könnten letztere noch mehr finanziell in die Zange genommen werden.

Schlechte Risiken

Mit seinem auf Arbeitslose eingeschränkten Finanzausgleich freilich hat Arbeitsminister Westphal an ein Thema gerührt, das seit langem dampft. Ein allgemeiner Finanzausgleich ist nämlich seit langem überfällig.

Die Beitragssätze der verschiedenen Versicherungen schwanken mittlerweile zwischen 7 und 15%. Bei gleichen Versicherungsleistungen kann das im Jahr einen Unterschied von 2000 oder 3000 DM je nach Lohnhöhe ausmachen. Dabei haben durchweg die Ortskrankenkassen die höheren Beitragssätze, die Ersatzkassen für Angestellte haben einen um einen Prozentpunkt niedrigeren Beitragssatz. Noch etwas besser stehen die Betriebskrankenkassen da.

Viel wird orakelt, woher diese Beitragsunterschiede kommen. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat in diesen Tagen erst wieder ein sogenanntes „Gutachten" an die Presse geleitet, das schon vor Wochen in Fachzeitschriften besprochen war. Dort werden z.B. als Ursache für ein konstatiertes Nord-Süd-Gefälle bei den Beitragssätzen „Mentalitätsunterschiede der Bevölkerung in bezug auf das Verhalten bei der Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen vermutet". Stellt denn auch kürzlich ein engagierter Autor in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" fest, in dieser Debatte triumphiere die politische Dichtung über die seriöse wissenschaftliche Analyse.

Besonders beliebt bei den Verfechtern der christlichen Nächstenliebe sind „Gutachten", die eine Beziehung herstellen zwischen Beitragssatz und Arztdichte oder zur Größe der Versicherung. Und damit das gewünschte Ergebnis erzielt werde, wird kräftig gefälscht.

Dagegen hat sich immer wieder herausgestellt, daß die unterschiedlichen Beitragssätze von der *Mitgliederstruktur* abhängen, was auch nicht besonders verwunderlich ist.

Wo die *Löhne* unter dem Schnitt anderer Kassen liegen, muß diese Kasse einen höheren Prozentsatz als Beitrag verlangen. Werden doch die Beiträge prozentig auf den Lohn berechnet, während die Versicherungsleistungen anders als früher kaum von der Lohnhöhe abhängen.

Andererseits wirkt sich auf der Ausgabenseite vor allem die Altersgliederung und der Anteil der mitversicherten Familienangehörigen aus.

Die Ausgaben steigen mit dem *Alter*, und in der gesamten gesetzlichen Krankenversicherung ist die Altersgruppe der 40- bis 50jährigen am stärksten vertreten, während es in den Ersatzkassen die 20- bis 30jährigen sind.

Auch bezüglich der *Familienhilfe* schneiden die Ersatzkassen etwas günstiger ab. Auf beitragzahlende Mitglieder entfallen hier etwas weniger mitversicherte Familienangehörige. Für die Kasse ist das finanziell günstiger. Ganz deutlich ist, daß der Anteil der Familienangehörigen bei den freiwilligen Mitgliedern am höchsten ist. Dort wirkt sich aus, daß die gesetzliche Krankenversicherung für Familien mit Kindern wesentlich günstigere Versicherungsbedingungen bietet als die private Krankenversicherung, wo für jede versicherte Person Prämien zu zahlen sind. „Schlechte Risiken" werden so auf die gesetzliche Versicherung abgeschoben – und die Privatversicherung kann weiter mit der Sehnsucht nach Unabhängigkeit werben.

Die verschiedenen Faktoren überlagern sich in den einzelnen Kassen, weshalb auch die genannten Untersuchungen das je gewünschte Ergebnis liefern können. Der Tendenz nach aber wurden die Versicherten längst in „schlechte" und „gute Risiken" geschieden. Denn bekanntlich müssen die Ortskrankenkassen jeden nehmen, während Arbeiter nur in Ausnahmefällen den niedrigeren Beitragssatz der Ersatzkassen in Anspruch nehmen können.

Wer kann, wechselt zur Ersatzkasse, denn dort zahlt er weniger Beitrag und erhält dieselbe Leistung. Das aber sind im Durchschnitt jene, die mehr verdienen und weniger krank sind. Also kann die Ersatzkasse ihren Beitragssatz senken und noch mehr „gute Risiken" anlocken. So zählten z.B. die Ortskrankenkassen 1978 je 100 Pflichtmitglieder 129,0 Fälle von Arbeitsunfähigkeit, die Angestellten-Ersatzkassen aber nur 73,5 Fälle. Bei den Ortskrankenkassen kamen pro 100 Mitglieder 11,5 ins Krankenhaus, bei den Angestellten-Ersatzkassen betrug die Quote 8,7%.

Ausgleich notwendig

Klar, daß sich das in unterschiedlichen Beitragssätzen niederschlägt. Die Unterschiede sind längst so schwerwiegend, daß das Solidaritätsprinzip der Versicherung verletzt ist. Ein allgemeiner Finanzausgleich, in den auch die Ersatzkassen einbezogen werden, wäre das mindeste; wahrscheinlich aber müßten die Ersatzkassen wieder ganz in die Ortskrankenkassen eingegliedert werden, regionale Unterschiede müßten trotzdem ausgeglichen werden.

Umgekehrt liegt den reaktionären Verfechtern getrennter Versicherungen daran, die Ortskrankenkassen unter Konkurrenzdruck zu setzen. Dazu brauchen sie den Siebemechanismus unterschiedlicher Beitragssätze, mit dem der Versicherungszweck untergraben wird. Schrieb doch jüngst einer ihrer wissenschaftlichen Diener ganz offen: „Reformvorstellungen, die auf eine Verstärkung der marktwirtschaftlichen Elemente abzielen, stehen stets in einem Spannungsverhältnis zu den traditionellen sozialpolitischen Prinzipien der Gesetzlichen Krankenversicherung."

Es soll der Eindruck erweckt werden, die unterschiedlichen Beitragssätze seien in den unterschiedlichen Ansprüchen der Versicherten begründet. Und darüber ist dann der Sprung zur allgemeinen „Selbstbeteiligung" nicht mehr weit, der Anfang ist ja bereits gemacht.



kvz.Bremerhaven. Am 12. Juli weigerte sich die Besatzung des Vollfrosters MS „Regulus", das Schiff nach der Fangreise zu verlassen. Die „Hochseefischerei Nordstern AG" (Mehrheitsaktionär Jacobs), hatte das Schiff verkauft und die Entlassung der Besatzung geplant. (ca. 90 Arbeitsplätze) Als der Betriebsrat Mitte Juni von dem Verkauf informiert wurde, war dieser bereits perfekt und Verhandlungen mit dem Betriebsrat wurden immer wieder verschleppt. Durch die 2stündige Besetzung des Schiffes mit Unterstützung der Angehörigen und Kollegen an Land, wurde durchgesetzt, daß zunächst keine Kündigungen ausgesprochen werden und die Verhandlungen mit dem Betriebsrat um einen Sozialplan aufgenommen werden.

Anhaltende Verluste der „Nordstern AG" wurden als Grund für den Verkauf des Fangfabrikschiffes angegeben. Da die „Regulus" jedoch an eine amerikanische Firma verkauft wurde und Mehrheitsaktionär Jacobs auch in den USA tätig ist, wird angenommen, daß die „Regulus" an eine US-Tochter von Jacobs verkauft wurde. Die Tatsache, daß ein weiterer Vollfroster, die „Fr. Busse", bereits seit einiger Zeit die Fanggründe unter Alaska erkundet und es für US-Eigner leichter ist, Fangquoten dort zu erhalten, sprechen für diese Vermutung. Hinzu kommt, daß die „Regulus" jetzt, nach Inanspruchnahme aller möglichen Subventionen der Bundesregierung für die deutsche Hochseefischerei, abgeschrieben ist. Es ist also zu befürchten, daß auch die anderen Schiffe, die ca. ½ Jahr jünger sind, als die „Regulus", nach Abschreibung an ausländische Töchter verkauft und dort nach Abschöpfung aller Subventionen gewinnfangend eingesetzt werden.

ist, Fangquoten dort zu erhalten, sprechen für diese Vermutung. Hinzu kommt, daß die „Regulus" jetzt, nach Inanspruchnahme aller möglichen Subventionen der Bundesregierung für die deutsche Hochseefischerei, abgeschrieben ist. Es ist also zu befürchten, daß auch die anderen Schiffe, die ca. ½ Jahr jünger sind, als die „Regulus", nach Abschreibung an ausländische Töchter verkauft und dort nach Abschöpfung aller Subventionen gewinnfangend eingesetzt werden.

Christliche Lumperei im Bundesrat

Gesetzesinitiative zur Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes verabschiedet

geh. Die Bundesregierung hat die Zahl der einen Ausbildungsplatz Suchenden auf rund 660000 geschätzt. Das sind fast 5% mehr als im letzten Jahr. Eine breite Umfrage bei den Kapitalisten hat ergeben, daß diese nur rund 600000 Ausbildungsplätze bereitstellen wollen. Es würden mindestens 60000 fehlen. Betrachtet man aber die unmöglichen Ausbildungsbedingungen in vielen Ausbildungsbetrieben, so wird dies bedeuten, daß weit mehr als 60000 in diesem Jahr ohne gewünschten Ausbildungsplatz bleiben und sogleich aufs Pflaster geworden sind.

Die CDU/CSU-Opposition hat so ihre eigenen Auffassungen, woran diese Situation liegt. Nicht etwa, daß die Ausbildung in den Händen der Kapitalisten liegt, stieß ihnen auf. Auch nicht, daß die Entscheidung darüber, ob ausgebildet wird oder nicht, unter solchen Bedingungen der Profit trifft, machte die Christen mobil. Nein, scharf erkannten sie, daß es „ausbildungshemmende Vorschriften" gebe, die die Ausbildung verhinderten.

Bereits vorigen Monat hatte der Bundesbildungsminister seine eigene Vorschrift über die Ausbildung der Ausbilder zum wiederholten Male mit einer Ausnahmeverfügung außer Kraft gesetzt.

Jetzt fand die rheinland-pfälzische Landesregierung, daß das Jugendarbeitsschutzgesetz zu scharf formuliert sei und eine vernünftige Ausbildung verhindere. Nach deren Vorstellungen, denen sich die anderen CDU-regierten Länder im Bundesrat anschlossen, soll der bisherige 8-Stunden-Tag auf 8½ Stunden verlängert werden können. Nach dem Gesetzentwurf, der mit Mehrheit im Bundesrat verabschiedet worden ist, sollen bereits 16jährige während der Ausbildung in Mehrschicht-Betrieben von morgens 6.00 Uhr bis nachts 23.00 Uhr beschäftigt werden können. Die Nachtruhe für Jugendliche über 17 Jahren soll um eine Stunde verkürzt werden. Der Wirtschaftsausschuß des Bundesrates verlangte gar eine Verlängerung der Arbeitszeit für Jugendliche auf 9 Stunden und eine Ausdehnung der Schichtarbeit von bisher 10 auf 11 Stunden.

Als Beweis für die Fürsorge für die Jugendlichen wurde in der gleichen Bundesratssitzung eine Gesetzesinitiative zu einer Änderung des Jugendschutzgesetzes verabschiedet, nach der jeglicher Verkauf von Alkohol an Jugendliche ebenso wie die Aufstellung von Spielgeräten mit verrohenden Darstellungen untersagt werden soll. Welche Bigotterie: einerseits besorgt tun um die zarte Seele des Jugendlichen – andererseits sie freigeben für die Fabrikarbeit unter den zerstörendsten Bedingungen bei Nacht und in Schichten.

Ausbildungsplätze wird dies auch nicht bringen. Da sollen keine staatlichen Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Die bisherige Prämienpolitik für *zusätzliche* Arbeitsplätze hat gerade das Gegenteil bewirkt: Dafür, daß die Kapitalisten Ausbildungsplätze zurückhalten und sie dann erst als zusätzliche anbieten, können sie abkassieren. Das hat eine laufende Verknappung gebracht.

„Wir sind in die Initiative gegangen"

Alu-Neumair Homburg in Konkurs gegangen / Betrieb besetzt

„Wir sind in die Initiative gegangen"

Alu-Neumair Homburg in Konkurs gegangen / Betrieb besetzt

san. „Nach dem Vergleich weiter wie früher – oder Konkurs?" hatten wir den Artikel in KVZ Nr. 25/1982 unterschrieben. Die Antwort deutet sich in der zweiten Juliwoche auf den Konten der Belegschaft an: Der Lohn wurde verspätet, dann in zwei Raten gezahlt, und jede Mark vom Urlaubsgeld mußte erstritten werden. Am Donnerstag, dem 15.7., schließlich informierte die Geschäftsleitung über den Konkursantrag.

Zunächst hatte es anders ausgesehen: Nach Bekanntwerden der akuten Zahlungsschwierigkeiten Ende Mai hatten sich die Alu-Lieferanten und Banken (Bezirkssparkasse, BfG, Badische Kommunale Landesbank) als Hauptgläubiger um einen außergerichtlichen Vergleich bemüht: Ihren Verzicht auf ca. 10,7 der 20 Millionen Mark aufgelaufener Forderungen hätte Neumairs Verzicht auf Alleinbesitz und der Hereinnahme eines Kapitalgebers (notwendige Kapitalzuführung: 6 Mio. DM) entsprochen. Im Gespräch war Neumairs Duzfreund aus der Vorstandschaft des Offenburger Fußballvereins, der Bauunternehmer Louis Fischer.

Innerbetrieblich wurde eine solche Lösung durch dynamische Ökonomen des „Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft" (RKW) vorbereitet: Mit geschultem Blick durchforsteten sie Produktionsabläufe, Buchführung etc. und präsentierten der Belegschaft auf einer Betriebsversammlung Ende Juni eine Liste mit 55 Entlassungen, zusammengestellt unter Beratung des bisherigen Betriebsleiters Fridolin Muck. Muck hatte vor allem alte, schwerbehinderte Leute auf die Liste gesetzt. Zum Abschuß freigegeben waren Kolleginnen und Kollegen, die in den Jahren, wo Muck sich zum bestgehaßten Mann des Betriebs entwickelt hatte, durch Druck, Überstundenarbeit, Unfälle, Beleidigungen ausgelaugt und entnervt waren. Daß eine olympiareife Mannschaft den Betrieb jetzt wieder auf Vordermann bringen sollte, dafür fehlte der Belegschaft irgendwie das betriebswohlorientierte Verständnis. Der Protest gipfelte in einer Forderung, die vom Betriebsverfassungsgesetz nicht vorgesehen und den Rationalisierungsexperten trotz langjähriger Praxis nicht bekannt war: „Auf der Liste fehlen drei Leute!" Die Namen der Betriebsleiter nämlich, Muck an der Spitze für die somit der Tag der Betriebsversammlung zum letzten Arbeitstag wurde. Gleichwohl konnten die RKW-Fachleute, hinter ihnen die Gläubiger, die Durchsetzung von Entlassungen auf Ende Juli – allerdings in abgemilderter Form – erzwingen mit dem Argument: dies sei die Bedingung für die Weiterführung des Betriebs.

Am letzten Mittwoch sind die Vergleichsverhandlungen geplatzt. Entweder hört beim Geld des Bauunternehmers die Freundschaft auf oder Neumair wollte nicht ein auf 24%-Anteil gesetzter Teilhaber sein oder die Badische Kommunale Landesbank ist „in letzter Minute ausgestiegen" (Offenburger Tageblatt).

Als Antwort, ausgehend von einer Betriebsversammlung am Donnerstag, besetzte die Belegschaft den Betrieb. Hinter diesem Schritt stand die Befürchtung, daß Lieferanten ihre Alu-Blöcke wieder abholen könnten, wie auch, daß Neumair Fertigteile ausliefern und das Geld auf die Seite schaffen würde. Diese Befürchtung ist mehr als berechtigt. Einerseits hat Neumair die Belegschaft schon im Mai hinters Licht geführt, als er an die AEG-Telefunken, deren Firmenküche das Kantinenessen liefert, weder seinen Essensgeldzuschuß noch den schon eingezogenen Arbeiteranteil überwiesen. Andererseits haftet er als Alleininhaber mit seinem gesamten – auch privaten – Vermögen. Das mag zwar unverständlich sein, denn jede einigermaßen aufgeweckte Kapitalistensippe gibt sich die konkursfreundliche Rechtsform der GmbH&CoKG, wo – so der Volksmund – die Schäfchen auf jeden Fall ins Trockene gebracht werden. Neumairs „Armut" geht bis dahin, daß er selbst die zur Konkurseröffnung nötigen 300000 DM pumpen mußte. Deshalb tat die Belegschaft recht daran, Faustpfänder für das Konkursverfahren zu sichern.

Die Besetzung wurde entschlossen angepackt: Der gesamte Werkzeugbau z.B. trug sich für die erste Nachtwache ein; zum Grillfest auf dem Firmengelände kamen die Arbeiter samt Familien; die früheren Gegensätze zwischen Fach- und Hilfsarbeitern, Deutschen und Ausländern wurden vergessen. Viele traten der IGM bei. Ein Kollege beschriftete sein Auto: „Ich bin einer der Alu-Neumair-Arbeiter, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen", und fuhr damit durch Offenburg. Dramatischer Höhepunkt der Besetzung Freitag nacht: Neumair – angetrunken – bedroht die Wache schiebenden Arbeiter mit seiner Pistole: „Ihr seid schuld", und an den Betriebsratsvorsitzenden gewandt: „Superkommunist, Verbrecher."

Die Belegschaft verhinderte durch ihr beherztes, selbstbewußtes Auftreten jede unauffällige Liquidierung, die den Arbeitern – auch den Facharbeitern – eine langfristige Arbeitslosigkeit bescheren würde. Der Arbeitsamtsbezirk Offenburg hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten von Baden-Württemberg.

Die Besetzung, von niemandem erwartet, wurde vom Offenburger Tageblatt sofort ausgiebig und positiv verbreitet und fand in der Öffentlichkeit ein großes Verständnis. – Sowohl beim Pfarrer der Gemeinde Offenburg-Elgersweiher, der die Belegschaft in die Samstagabend-Fürbitten einzuschließen versprach, wie auch bei der AWO, die die Verpflegung über die gesamte Zeit der Besetzung stiftete. Jüngster Stand der Auseinandersetzung: Die Badische Kommunale Landesbank (BaKoLa)-Tochter, die BaKoLa-Leasing pachtet als Auffanggesellschaft den Betrieb vom Konkursverwalter, versucht ihn in die schwarzen Zahlen zu bringen, um die Firma, jetzt übrigens Aluwerke Offenburg, dann wieder zu verkaufen. Die Besetzung wurde Montag morgen beendet.

Eines ist sicher. Bei jeder künftigen Regelung wird die Belegschaft ein gewichtiges Wort zu sprechen haben. Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad wuchs von 40% im Frühjahr auf ca. 80% nach dem Streik, und das gestiegene Bewußtsein drückte der Betriebsratsvorsitzende auf der Betriebsversammlung am Montag morgen sinngemäß so aus: „Wir sind in die Initiative gegangen und haben damit unternehmerischen Entscheidungen, die immer auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden, einen Strich durch die Rechnung gemacht."



Großbritannien: Beschäftigte des Gesundheitswesens stehen Streikposten am ersten Tag des dreitägigen Streiks, St. Thomas Hospital, Süd-London. Immerhin sah sich die Regierung gezwungen, das erste ihrer „letzten Angebote" von 4% für Hilfskräfte und 6,4% für Krankenschwestern auf 6 bzw. 7,5% zu erhöhen.

Magirus Deutz in Mainz jetzt verkauft

siw.Mainz. Das Mainzer Omnibuswerk von Magirus Deutz wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geschlossen. Die neugegründete Kaiserslauterner Fahrzeug- und Maschinenbau AG (KFM) soll das Werk für 100 Mio. kaufen. Hinter der KFM stehen laut „Mainzer Allgemeine Zeitung" potente Finanzkreise aus Nordamerika und dem Nahen Osten, vertreten durch eine Schweizer und eine französische Holdinggesellschaft. 1200 Beschäftigte werden in dem Werk bleiben. Eine größere Umstellung der Produktion ist mit dem Verkauf an KFM verbunden. Die Hälfte der Belegschaft soll einen Typ von Schwerstlastfahrzeugen mit einer PS-Zahl ab 900 PS herstellen, der vor allem in der Dritten Welt verkauft wird, in Europa keine Konkurrenz hat und in den USA zwei Konkurrenten. Nur noch 400 Beschäftigte werden die eingeschränkte Busproduktion weiterführen, die ebenfalls in der Dritten Welt ihre Absatzmärkte haben soll. 200 sollen den Bereich Wehrtechnik weiterführen (hauptsächlich Wartung und Instandsetzung von NATO-Fahrzeugen). Für die Übergangszeit von einem Jahr (wegen der Umstellung) sollen Fremdaufträge erledigt werden, wofür die neuen Kapitalbesitzer 30 Mio. DM zahlen wollen. Die Stadt Mainz und das Land Rheinland-Pfalz werden laut Zeitungsbericht Zuschüsse in teilweise mehrstelliger Millionenhöhe leisten, außerdem wird das Land eine Bürgschaft voraussichtlich in Höhe von 40 Mio. DM geben. Welche Auswirkungen diese Lösung für die Beschäftigten haben wird, ist jetzt noch nicht absehbar. Verschiedene Gründe haben sie überhaupt zustande kommen lassen. Dazu zählt sicherlich, daß das Montagewerk eine flexible Produktion ermöglicht. Der militärische Aspekt wird sicher auch eine Rolle gespielt haben, wenn man bedenkt, daß ein Großteil der Mainzer Metallbetriebe für die US-Armee und die Bundeswehr arbeiten. Die Orientierung auf Absatzmärkte in der Dritten Welt war sicher der einzige Ausweg gewesen, da die Busaufträge hauptsächlich durch die Finanznot der Kommunen stark zurückgegangen waren. Damit wird die weitere Existenz des Werkes stark von der zahlungsfähigen Nachfrage der Länder der Dritten Welt abhängig werden, die angesichts der hohen Verschuldung sowie der Verschlechterung der Position der OPEC-Staaten auch nicht gerade vielversprechend ist.

IG Metall überreicht 200000 DM

kvz. An den Botschafter Nicaraguas, Solis, überreichte IG Metall-Vorstandsmitglied Benz eine Spende von 200000 DM. Diese Spende ist vor allem von der Jugend in der Gewerkschaft gesammelt worden. Verwendet werden soll das Geld zum Aufbau eines Ausbildungszentrums für die bäuerliche Bevölkerung im Süden Nicaraguas. Dieses Projekt wird auch von der DGB-Jugend unterstützt, die im Mai/Juni eine Delegation dorthin entsandt hatte. Das Ausbildungszentrum auf der Insel Mancaraón im Nicaragua-See soll später von der UNESCO weiter unterstützt werden. Spenden können auf das Spendenkonto 1510700800 (Nicaragua) bei der BfG Frankfurt/Main, BLZ 500 101 11 überwiesen werden.

Keine Verluste? Aber Entlassungen!

kvz. Die IG Metall legt Wert darauf, daß die 75 Mio. DM, die sie bei der Neuen Heimat Städtebau einschießen muß, nicht dem Gewerkschaftshaushalt und damit der Streikkasse verloren gehen. In Wirklichkeit sei ein langfristiges Darlehen, das die IG Metall der Holdinggesellschaft für die Gemeinwirtschaftlichen Betriebe, BGAG, gewährt habe, in einen Kapitaleinschuß bei der Neuen Heimat verwandelt worden. – Wenn das so ist, wer gibt denn nun der BGAG den alten Kredit, der doch auch nicht ohne Funktion gegeben wurde, wieder neu? – Wenn das mit dem Geld auch unsicher ist, sicher ist inzwischen, daß die Gewerkschaften auf ein Argument bei der Verteidigung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe verzichten müssen: Bei der Neuen Heimat sollen, wenn es nach dem Willen des Vorstandes geht, 1000 Mitarbeiter entlassen werden. Betriebsräte und die zuständige HBV haben ihren Widerstand dagegen angekündigt.

Korporatismus

Zusammenarbeit hat Tradition

Von Gerd Heinemann

Korporatistische Blockbildung – Sicher kann man diese Tendenz innerhalb der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung feststellen – aber ist sie so neu? Zeitweilig war diese Tendenz in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bestimmend. Unter welchen Bedingungen kam es zu dieser Zusammenarbeit mit den Kapitalisten in staatlichen Organen?

Im Frühjahr letzten Jahres wurde mit großer Vehemenz und vielen Hintergedanken in und für die Gewerkschaften über die Richtungen diskutiert, aus denen die westdeutschen Gewerkschaften entstanden sind. Mehrheitlich wurde beschlossen, daß es die kommunistische nicht gewesen sei. Im neuen „Grundsatzprogramm des DGB" heißt es nun: „Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt." Nun gab es als Vorläufer-Organisationen nicht nur den ADGB, den den Sozialdemokraten nahestehenden Gewerkschaftsbund, und die christlichen Gewerkschaften, sondern auch die durchaus „ständischen" Gewerkschaften oder teilweise auch wirtschaftsfriedlichen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Da wäre es nicht abwegig, hier einige Quellen „ständischer" oder korporatistischer Strömungen zu lokalisieren. Ganz zu schweigen von den Angestelltenverbänden der Hirsch-Dunckerschen Richtung oder den noch weiter rechts stehenden Organisationen der Angestellten, wie der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband, die ja nicht alle bei der DAG gelandet sind.

Aber geht man in der Geschichte der freiheitlich-sozialistischen Gewerkschaften weiter zurück, finden sich hier auch starke korporatistische Elemente.

Ein Spezifikum der deutschen Sozialdemokraten, auch schon vor dem I. Weltkrieg, war, daß es eine starke Strömung gegeben hat – die später gegen Kriegsbeginn wohl die Mehrheit hatte –, die weniger die Befreiung der Arbeiterklasse in der Selbstorganisation der Arbeiter und deren revolutionären Kampf sah, sondern die „Befreiung der Arbeiter" vor allem durch eine staatliche Tätigkeit bewerkstelligen wollte. Diese Positionen gab es nicht nur in der SPD, sondern ebenso in den Gewerkschaften. Vor dem Krieg waren dies Gedanken geblieben, die bestenfalls/schlimmstenfalls die Hirne der Arbeiter veränderten. Später im I. Weltkrieg wurde den Vertretern der Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, diese Pläne und Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

Das Vaterländische Hilfsdienst-Gesetz (1916)

Zur Durchsetzung des Arbeitszwanges während des I. Weltkrieges hatte die politische und militärische Führung des deutschen Reiches Gewerkschafts-
des deutschen Reiches Gewerkschafts-
vertreter in die Leitung der Kriegswirtschaft einbezogen. Während der Parteivorstand der SPD einem Arbeitszwang nicht zustimmen wollte, stimmten die Gewerkschaftsvertreter zu und forderten:

- Errichtung von Kriegsausschüssen;
- Zuschüsse für verpflanzte Arbeiter bei doppelter Haushaltsführung;
- Errichtung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben;
- Einrichtung von Schlichtungsausschüssen;
- Koalitions- und Versammlungsfreiheit.

Die Reichsführung folgte allerdings den Forderungen der Gewerkschafter nicht. Sie verfügte die Zwangsarbeit für alle zwischen 17 und 60 Jahren in kriegswichtigen Betrieben.

Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse sah das Hilfsdienstgesetz die Wahl von Arbeiterausschüssen in den größeren Betrieben und die Einrichtung von Schlichtungsausschüssen auf regionaler Ebene vor. In den letzteren waren unter militärischem Vorsitz Gewerkschaften und Kapitalistenvertreter vertreten. Die Beurteilung durch die Gewerkschaftsvorstände beschreibt folgende Passage aus einer Gewerkschaftszeitung, „Metallarbeiter-Zeitung" vom 25.11.1916: „Rein grundsätzlich gesehen ist die jetzt vorbereitete Maßnahme die stärkste kriegssozialistische Maßnahme" in Deutschland. „In der Idee gewiß ein ungeheurer Fortschritt", die Arbeiterschaft müßte dafür sorgen, daß nicht „reiner Staatskapitalismus, sondern ein Stück Staatssozialismus das Ergebnis ist". Und dafür wollte die Generalkommission, die damalige Gewerkschaftsführung schon sorgen.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft ZAG (1918)

Unter dem Eindruck der November-Revolution waren die Kapitalisten bereit, die Gewerkschaften offiziell anzuerkennen. Am 15. November 1918 wurde die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) zwischen Unternehmern und Gewerkschaften gebildet. Der Zweck dieser ZAG war die „gemeinschaftliche Lösung der die Industrie und das Gewerbe Deutschlands betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten". Das Abkommen sah die Einrichtung paritätisch besetzter Organe für den Arbeitsnachweis (Arbeitsvermittlung) und das Schlichtungswesen vor und ermöglichte den Abschluß von Kollektivverträgen in den jeweiligen Industriezweigen. Weiter wurde zugesagt, alle weiteren anfallenden Fragen und Probleme in paritätischer Zusammenarbeit zu lösen. Das Correspondenzblatt, Zentralorgan des Gewerkschaftsvorstandes, feierte, die ZAG „stelle das wirtschaftliche Parlament Deutschlands dar, in dem alle Industrien und Gewerbe als Fachgruppe durch ihre Arbeitgeber und Arbeitnehmerabgesandten vertreten sind. Die Vertretung in diesen Organen ist streng paritätisch". In der Verfolgung dieser „korporatistischen" Auffassungen sollten nach Ansicht der Gewerkschaften im Zuge des Ausbaus der neuen Staatsordnung auch in der Verfassung und im staatlichen Leben entsprechende Regelungen verankert werden.

Reichsverfassung, Reichswirtschaftsrat und Zwangsschlichtung

Tatsächlich heißt es denn auch in der Weimarer Verfassung, Art. 165: „Die
Arbeiter und Angestellten sind dazu
Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat."

Die beiden letzten sollten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur „Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze" zusammen mit den Unternehmensvertretungen in einem Reichswirtschaftsrat und Bezirkswirtschaftsräten wirken. Hier nahm die „Parität" im Laufe der Zeit laufend ab: 1919 waren im Gesetz zur Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie nur noch 5 von 40 in einem solchen Rat Vertreter der Lohnabhängigen.

Die Politik der ZAG wurde auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß 1922 mit Mehrheit verurteilt und der Austritt gefordert. Die Vorstände des ADGB setzten aber dennoch die Politik der arbeitsgemeinschaftlichen Praxis fort.

Mit Einführung der staatlichen Schlichtung, die paritätisch besetzt war, wurde zunehmend, statt um Tarife zu kämpfen, gleich in die Zwangsschlichtung gegangen. Rund 80% aller Verträge entstanden so. Im Steinkohlenbergbau gab es seit 1921 keinen „normalen" Abschluß. Aus Zwangsschlichtung war der Zwangstarif entstanden. Gleichzeitig war eine geänderte Beurteilung des Staates mit dieser Politik verbunden.

Naphtali schreibt in seiner programmatischen Schrift „Wirtschaftsdemokratie": „Im demokratischen Staat, in dem die Arbeiterklasse einen entscheidenden politischen Faktor darstellt, spürt man überall den Wandel gegenüber dem alten Obrigkeitsstaat, und so erkennt man auch mehr und mehr an, daß die Gewerkschaften zu den wichtigsten Trägern der Wirtschaft gehören. Man beruft ihre Vertreter in den lohnstatistischen Beirat (...) in die Indexkommission (...) den Beirat für das Handwerk, in den Verwaltungsrat der Zweigstellen des Auswärtigen Amtes für Außenhandel (...)

Diese vielfältige und weitverzweigte wirtschaftspolitische Tätigkeit, dies Eindringen in Gebiete, die ihnen vorher engherzig verschlossen waren, wirkt auf die Gewerkschaften zurück. Sie beschäftigen sich intensiver mit allen Fragen der Wirtschaft, sie beobachten systematischer und eingehender den Wirtschaftsablauf. (...) So wird nicht nur äußerlich ein Mitbestimmungsrecht an der Wirtschaftsgestaltung erobert, es wächst auch innerlich ein freudiges Gefühl der Mitverantwortung, der Wille, durch bewußte planmäßige Umgestaltung immer größere Produktivität zum Segen der Allgemeinheit zu erzielen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft, aufs engste verbunden mit wachsendem Einfluß des demokratischen Staates auf die Wirtschaft, erfordert, daß die unmittelbare Beteiligung der als Produzenten organisierten Arbeiter, d.h. der Gewerkschaften, an allen Organen der Wirtschaftspolitik sich ständig ausdehnt. Diese Mitarbeit
wird jenen Weg ebnen, um auch in der
wird jenen Weg ebnen, um auch in der Wirtschaftsgestaltung zu jener Zusammenfassung der schaffenden Kräfte zu gelangen, auf der allein die demokratische Gemeinwirtschaft aufgebaut werden kann."

Auch das Konzept der „Wirtschaftsdemokratie", seit 1928 Programm der Gewerkschaften, sah die „Durchführung der paritätischen Vertretung der Arbeiterschaft in allen Körperschaften, denen wirtschaftspolitische Beratung oder wirtschaftspolitische Funktionen durch Staat oder Gemeinde übertragen werden, und Ausbau der Einschaltung der organisierten Wirtschaftskräfte in die Wirtschaftspolitik" vor.

Die konzertierte Aktion

Nach Gründung der Bundesrepublik und der Gründung des DGB versuchten die Gewerkschaften, erneut an die Erfahrungen in der Weimarer Zeit anzuknüpfen. Der DGB forderte analog zum „Reichswirtschaftsrat" einen „Bundeswirtschaftsrat". Praktisch kam es aber erst wieder mit der Großen Koalition 1966 zu korporatistischen Beteiligungen der Gewerkschaften in einem zentralen Organ zusammen mit Bundesregierung und Kapitalisten, wenn man von den vielfältigen Gremien, Beiträgen etc. im vorparlamentarischen Bereich einmal absieht. Die Beteiligung der Gewerkschaften stand spätestens seit 1968 unter scharfer Kritik innerhalb der Gewerkschaften.

„Stabilität im Wachstum kann ... nur dann gesichert werden, wenn ein enges Zusammenwirken mit den autonomen Tarifvertragsparteien zustandekommt. Der Spielraum der Expansionspolitik hängt entscheidend von dem Erfolg einer freiwilligen und gemeinsamen Aktion der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu einem stabilitätsgerechten Verhalten im Aufschwung ab. Die Bundesregierung wird deshalb durch ihr Beispiel und ihr Vorangehen eine solche konzertierte Aktion unterstützen und hierzu sofort die notwendigen Initiativen ergreifen ... insbesondere wird sie in Zusammenarbeit mit dem Sachverständigenrat den Tarifpartnern Orientierungsdaten für deren eigene Entscheidungen zur Verfügung stellen und dies mit allen Beteiligten erörtern." So beschrieb 1966 im Bulletin der Bundesregierung diese ihre Absichten mit der Konzertierten Aktion.

Bernhard Tacke suchte in Entgegnung auf massive Kritik an der hartnäckig an der Konzertierten Aktion festhaltenden Gewerkschaftsführung auf die ja weiterhin bestehende „Tarifautonomie" der Gewerkschaften hinzuweisen und die in der Konzertierten Aktion vorgelegten Daten als unverbindliche Informationen hinzustellen. „Das ‚Orientierungsdatum' wird in der Auseinandersetzung gefunden. Es wird weder geschätzt noch theoretisch errechnet. Ob das mehr befriedigt als ein global ermitteltes und unverbindliches gestelltes Datum, ist eine andere Frage."

Herbert Ehrenberg, seinerzeit noch kein Bundesminister, beschreibt in der ihm eigenen Offenheit die Aufgaben der Konzertierten Aktion allerdings etwas weitergehender: Sie „ist die Plattform, auf der die dazu (Integration der Lohnpolitik in die Wirtschaftspolitik) notwendigen Informationen und Abstimmungen erfolgen. Diese Plattform gibt den Gewerkschaften in der Bundesrepublik erstmalig die Möglichkeit, an der Vorformung der wirtschaftlichen Entscheidungen mitzuwirken."

Schlußfolgerungen

1. Gleichgültig wie man es nun nennt, ob „Kooperationspolitik", ob „Korporatismus" oder „Integrationistische Politik", die Politik des (organisierten) Zusammenarbeitens mit Kapitalisten in staatlichen Organen hat in der deutschen Gewerkschaftsbewegung Tradition. Und zwar nicht nur im traditionell „ständisch" orientierten „Hirsch-Dunckerschen" Zweig der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch im sozialdemokratisch dominierten Teil der Gewerkschaftsbewegung. Diese „Tradition" geht von den theoretischen Auffassung der „Rechten" in der SPD und in den Gewerkschaften vor dem I. Weltkrieg aus und entfaltet sich über die Politik der Generalkommission im I. Weltkrieg mit ihrer Mitarbeit in der Kriegswirtschaft, über die Zentralarbeitsgemeinschaft und die Mitarbeit in den Zwangsschlichtungen, die praktisch zu Zwangstarifen führten, über das theoretische Bild der „Wirtschaftsdemokratie" 1928 bis hin zur „Konzertierten Aktion" und den „Kanzler-Gesprächen" heute.

2. Solcher korporatistischen Politik war die „nationale Blockbildung" nie fremd. Ob nun die Generalkommission bis zuletzt die Kriegsführung der Reichsregierung unterstützte und sich gegen einen „Frieden um jeden Preis" wandte, oder wenn im Schlußwort des Gewerkschaftskongresses 1925 zur Begründung der Wirtschaftsdemokratie gesagt wird: „Dieses Zusammenwirken (der organisierten Arbeit und des organisierten Kapitals) wird selbstverständlich zeitweilig Übereinstimmung beider Teile in gewissen Fragen ergeben, weil die Interessen innerhalb der kapitalistischen Welt von Kapital und Arbeit nicht immer kollidieren, weil es viele Fragen einer nationalen Wirtschaft gibt, in welchen Kapital und Arbeit gemeinsame Interessen haben", oder wenn Gewerkschaften heute wie die Textilgewerkschaft gemeinsam mit den Kapitalisten für Importschranken kämpfen oder für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie auf die Straße gehen.

3. ist nicht insbesondere in den DGB-Forderungen nach regionalen und überregionalen Wirtschafts- und Sozialräten auch ein Element des Korporatismus enthalten?

4. Die Festigkeit und Verbindlichkeit, mit der die Gewerkschaften und ihre Politik in solche korporatistischen Organe eingebunden waren und sind, ist heute weniger eng als früher.

5. Korporatistische Politik findet sich oft dann, wenn günstige Kampfbedingungen vorliegen. Für die Zeit des Burgfriedens im I. Weltkrieg ist dies vielleicht etwas einseitig. Hier ist gemeint, daß den Kapitalisten und dem Kaiserreich daran gelegen war, alle Arbeitskraft für die Kriegsproduktion zu mobilisieren, aber gleichzeitig zu verhindern, daß sich Kämpfe gegen den Krieg in der Arbeiterklasse entwickelten. Für die Zeit der Zentralarbeitsgemeinschaft trifft dies mit der Revolutionszeit 1918 bis 1920 zu. Auch die Zeit der „Wirtschaftsdemokratie" liegt in einer relativen Aufschwungphase vor der Weltwirtschaftskrise 1929. Das gleiche gilt für die Zeit der Konzertierten Aktion 1967–74.

6. Korporatistische Politik wird nur dann Realität, wenn die Kapitalisten sich ebenfalls einen Vorteil davon versprechen.

7. Um die Arbeiterbewegung in diese Politik zu binden, müssen für die Kapitalisten gewisse materielle Zugeständnisse möglich sein. Für die Arbeiter müssen zumindest „relative Erfolge"
herausspringen, die Begründung als
herausspringen, die Begründung als „kleineres Übel" ist nicht tragfähig.

8. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, scheitert die korporatistische Politik. Gegenwärtig scheinen so von beiden Seiten die Grundlagen dafür zu schwinden: die westdeutsche Kapitalistenklasse kann sich keinerlei Zugeständnisse leisten. Die Wirkung der gegenwärtigen Angriffe auf erkämpfte Positionen der Arbeiterbewegung verbietet für die Gewerkschaften eine Politik der Zusammenarbeit. Zunehmend kommt es zu Konfrontation und Empörung, auch aus Enttäuschung über frühere Hoffnungen, die man in die korporatistische Politik gesetzt hatte.

9. Ideologische Grundlage der korporatistischen Strömung in der Arbeiterbewegung ist die Verbindung von sozialpartnerschaftlichen Auffassungen mit der Auffassung vom Staat als „neutraler Einrichtung", die es zu nutzen gelte, oder des „Sozialstaats", der schon im Interesse der Mehrheit, die Lohnabhängige sind, deren soziale Interessen verfolgt.

PAISY – oder der gläserne Mensch

Einigungsstelle eröffnet neue Wege zur Selektion Kranker bei Opel

lop. In der zehnten Sitzung der Einigungsstelle stimmte der Vorsitzende der Einigungsstelle mit der Opel-Geschäftsleitung und gegen die Arbeitnehmervertreter für die Einführung eines „Personalabrechnungs- und -informationssystems", genannt PAISY, in den Opel-Werken Bochum, Kaiserslautern und Rüsselsheim. Vorausgegangen war ein mehr als einjähriger Streit um die Einführung von PAISY, in dessen Verlauf die Geschäftsleitung durch den Betriebsrat gröbster Täuschungsmanöver über ihre wahren Absichten überführt wurde. Die Geschäftsleitung verlangte schließlich offen die unkontrollierte Nutzung von PAISY für unternehmerische Vorüberlegungen, „bei denen ein unternehmerischer Entschluß zur Durchführung irgendeiner Maßnahme noch nicht gereift ist und die das betriebsverfassungsrechtlich relevante Planungsstadium (noch) nicht erreichen".

Darüberhinaus stimmte der Vorsitzende der Einigungsstelle, Dr. Kamphausen, Richter am Landesarbeitsgericht Frankfurt, mit der Opel-Geschäftsleitung für personenbezogene Krankenüberwachung und gegen das Recht des Betriebsrates, jederzeit einen Sachverständigen seiner Wahl auf Kosten des Betriebs zur Überwachung der Daten und Programmläufe berufen zu können. Statt dessen wurde diese Kontrollfunktion dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten zugewiesen, der zwar in dieser Funktion durch die Geschäftsleitung nicht weisungsgebunden ist, aber von ihr bestellt wird.

Was ist PAISY? PAISY ist mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung (Zukunftsinvestitionen) von der Bremer Unternehmensberatung Lammert entwickelt worden. Es stellt ein fortgeschrittenes Datenbanksystem dar, das nicht mit festen Strukturen und Verknüpfungen arbeitet, sondern in dem Verknüpfungen der in ihm enthaltenen Daten beliebig herstellbar sind. Sie können mehrfach kombinierten Auswahlkriterien unterzogen werden. PAISY eignet sich durch diese Möglichkeiten für beliebige Selektion der Belegschaft und setzt der Anwendung von Zusatzbedingungen, die vielleicht zur Zeit noch gar nicht in das Blickfeld „unternehmerischer Vorüberlegungen" geraten sind, keine Grenzen. PAISY ist damit dem bei Daimler-Benz eingesetzten ISA-System überlegen.

PAISY ist in der Bundesrepublik zur Zeit auf ca. 250 Rechenanlagen installiert und wird von 2000 Betrieben über teilweise gemeinsame Rechenzentren eingesetzt. Dabei ist nicht gesagt, daß es überall so umfassend angewandt wird, wie es ab 1. August 1982 bei Opel geschehen soll. Denn das System kann so abgewandelt werden, daß jeder Forderung der Belegschaften entsprochen werden kann. Die Opel-Geschäftsleitung hatte diesen Punkt mit der Information in der Öffentlichkeit zu überspielen versucht, daß PAISY ohne Beschränkung auch bei der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) läuft und somit der Widerstand des Betriebsrates völlig unglaubwürdig wäre. Nachdem darüber Informationen durch den Betriebsrat eingeholt worden waren, stellte er klar, daß einer Anwendung von PAISY in der bei der BfG geltenden Form bei Opel nichts im Wege stünde. Es bleibt zu hoffen, daß die Unbedenklichkeitserklärung bei genauerer Betrachtung aufrechterhalten werden kann.

Von Anfang an war umstritten, welchen Weg man gegen die Einführung von PAISY einschlagen sollte. Der Betriebsrat des Werkes Bochum hatte zunächst vorgeschlagen, die Einführung von PAISY abzulehnen. Später änderte er seine Stellungnahme dahin, daß personenbezogene Daten ausschließlich für die Lohn- und Gehaltsabrechnung verwendet werden sollten. Das entsprach der anfänglichen Begründung der Opel-Geschäftsleitung, PAISY für die maschinelle Datenübermittlung an die gesetzlichen Sozialversicherungen einführen zu wollen und in diesem Rahmen die Lohn- und Gehaltsabrechnung umzustellen. Für diesen Weg sammelte die Vertrauenskörperleitung Bochum im Dezember 1981 unter den Beschäftigten 6000 Unterschriften.

Der Betriebsrat des Werkes Rüsselsheim hatte sich ebenfalls für die Einschränkung ausgesprochen. Ausschlaggebend für diese Haltung waren taktische Überlegungen. Der Betriebsrat in Kaiserslautern schloß sich dieser Vorgehensweise an. Es wurde aufgrund der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte als nicht aussichtsreich angesehen, auf dem Weg einer einstweiligen Verfügung PAISY zu verhindern, wenn das System trotz fehlender Zustimmung des Betriebsrates eingeführt worden wäre. Entsprechende Anträge werden üblicherweise „wegen nicht bestehender Eilbedürftigkeit" von den Arbeitsgerichten abgewiesen. Anschließend wäre es nicht einfach gewesen, die Arbeitsgerichte um Einrichtung einer Einigungsstelle anzurufen, da sich die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im wesentlichen nur auf §87 Abs. 1 Nr. 6 des Betriebsverfassungsgesetzes stützen können. Dieser Paragraph gesteht Mitbestimmungsrechte bei der Einführung und Anwendung „technischer Einrichtungen" zu, „die dazu bestimmt sind, Verhalten und Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen". Zusätzlich können §92 (Beratungspflicht und Vorschlagsrecht bei der Personalplanung) und §94 (Zustimmungspflicht bei der Datenerfassung) herangezogen werden.



Nein zur Fehlzeitenstatistik für personenbezogene Krankenverfolgung. Stattdessen: bessere Arbeitsbedingungen, mehr Erholpausen, Arbeitszeitverkürzung, Verbot von Überstundenarbeit.

Versuche, in Sachen Personalinformationssysteme Einigungsstellen zu bilden, sind bisher nicht sehr erfolgreich gewesen. Lediglich die Arbeitsgerichte München und Köln haben entsprechende Entscheidungen gefällt. Die meisten Versuche, betriebliche Rahmenvereinbarungen in Verhandlungen zwischen Betriebsräten und Unternehmern abzuschließen, waren gescheitert, weil die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände den ihr angeschlossenen Betrieben solche Verhandlungen untersagte.

Wahrscheinlich hat aber das Rationalisierungsinteresse bei den Opel-Kapitalisten so stark überwogen, daß sie aus dieser Ablehnungsfront ausgeschert und auf das Verhandlungsangebot des Betriebsrates eingegangen sind. Auch wenn das Verhandlungsangebot auf die maschinelle Datenübermittlung von Lohn- und Gehaltsdaten beschränkt war, so hofften sie wohl, die eigenen Vorstellungen unausgesprochen wegen des Informationsdefizits bei den Betriebsräten verwirklichen zu können.

Mit der Aufnahme der Verhandlungen waren die Mitbestimmungsrechte faktisch aber anerkannt, so daß das Arbeitsgericht Darmstadt nach dem Scheitern die Einrichtung einer Einigungsstelle verfügte.

Zwischenzeitlich war die Belegschaft aufgrund der guten Informationsarbeit der IGM-Vertrauensleute auf einen hohen Kenntnisstand gebracht. Die Verhandlungskommission des Betriebsrates fand in jedem Zeitpunkt breite Unterstützung aus der Belegschaft. Zunehmend mußte die Geschäftsleitung enthüllen, was ihre wahre Absicht war. Deutliches Zeichen war, daß sie sich gegen alle Kontrollrechte des Betriebsrates wehrte, die die Anwendung von PAISY einschränken könnten. Während sie anfangs noch auf die Forderung einzugehen schien, daß personen- und arbeitsplatzbezogene Daten nicht verknüpft werden sollten, ging sie schließlich dazu über, einen immer umfassenderen Katalog von Daten zu fordern. Schließlich sah sich die Verhandlungskommission des Betriebsrates vor die Notwendigkeit gestellt, die Anwendung von „PAISY-total" durch einen Antrag in der Einigungsstelle verbieten zu lassen. Der Antrag des Betriebsrates wurde durch 25000 Unterschriften der Belegschaft des Werkes Rüsselsheim unterstützt, die in beiden Schichten an einem Tag gesammelt worden waren. Ähnlich erfolgreich waren die Unterschriftensammlungen in Bochum und Kaiserslautern. Der Antrag wurde bei der Einigungsstelle mit der Stimme des Vorsitzenden niedergestimmt.

Damit war ein kritischer Punkt erreicht. Der Vorsitzende hatte sich spätestens zu diesem Zeitpunkt für die unternehmerische „Freiheit" oder den „Industriefeudalismus" entschieden, wie es Georg Benz vom IGM-Vorstand formuliert hat. Eine gegenteilige Entscheidung hätte möglicherweise die beruflichen Aussichten des Vorsitzenden als Richter am Landesarbeitsgericht negativ beeinflußt. Für weitere Vorsitze in Einigungsstellen sollte Dr. Kamphausen von gewerkschaftlicher Seite wohl nicht mehr vorgeschlagen werden.



Offenlegung aller „unternehmerischen Vorüberlegungen" und Ausdehnung der Kontrollrechte des Betriebsrates. Verbot aller Personalinformationssysteme.

Nach dem Spruch der Einigungsstelle gegen die Belegschaftsinteressen wird der Kampf auf juristischer Ebene fortgesetzt. Die IGM hat die Unterstützung bis zum Bundesarbeitsgericht zugesagt. Ohne weitere Belegschaftsaktionen und ohne die Entfaltung überbetrieblicher Aktionen wird nichts gehen. Die Beschlußlage der Gewerkschaftstage in bezug auf Personalinformationssysteme ist eindeutig: gesetzliches Verbot.

Dokument

Diskussionspapier zur Tarifforderung „Verkürzung der Lebensarbeitszeit"

Die Leitsätze, die gleichzeitig als Forderung beschlossen und den Arbeitgebern übersandt werden, könnten wie folgt formuliert werden:

Die IG Metall fordert:

1. Die Ermöglichung des Ausscheidens aus dem Arbeitsleben mit Vollendung des 59. bzw. 60. Lebensjahres,
2. bei Wahrung des bisherigen Einkommens einschließlich einer entsprechenden Dynamisierung,
3. keine Minderung des künftigen Altersruhegeldes,
4. Finanzierung durch die Arbeitgeber,
5. Sicherung des Anpruchs im Konkursfalle und
6. entsprechende Ansprüche für Hinterbliebene.

1. Art der Forderung

1.1. Möglichkeiten der Forderungsart

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich kann in unterschiedlicher Art und Weise gefordert werden:

– Als Lohnfortzahlung bei Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses und gleichzeitiger Freistellung von Arbeit (Lohnfortzahlungsmodell). Das bedeutet, daß das Arbeitsverhältnis für die Dauer der Freistellung weiterhin bestehen bliebe.

– Als tarifvertraglich gesicherte „Altersrente", die nach Beendigung des Einzelarbeitsverhältnisses gezahlt wird (Rentenmodell).

Nach den zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen endet die Möglichkeit der Beitragsabführung im Rahmen der Pflichtversicherung mit dem Tage der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Eine Erstreckung bzw. Verteilung auf danach liegende Zeiträume bis zum Eintritt in die Rente ändert an der vorhandenen Möglichkeit zur „Beitragsentrichtung wie Pflichtbeiträge" nichts.

Im folgenden werden daher die Modelle Lohnfortzahlung und Altersrente behandelt.

1.2. Lohnfortzahlungsmodell

Das Lohnfortzahlungsmodell hat den Vorteil, regelungstechnisch einfach, für den einzelnen Arbeitnehmer klar überschaubar und relativ leicht durchführbar zu sein. Das weiterzuzahlende monatliche Entgelt wäre steuer- und sozialversicherungspflichtig. Regelungen über Durchschnittsberechnungen als Bemessungsgrundlage der Lohnfortzahlung könnten entsprechend anderen schon existierenden Tarifverträgen gestaltet werden (Probleme, die sich aus einer Lohnfortzahlung von weniger als 100% des letzten Brutto ergeben, sind unter Punkt 2. angesprochen).

1.3. Rentenmodell

Das Rentenmodell schafft den tarifvertraglich gesicherten Anspruch auf eine Rente nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben bis zum frühestmöglichen Zeitpunkt eines Rentenbezugs aus der gesetzlichen Sozialversicherung. Auch dieses Modell wäre tarifvertraglich regelbar. Eine entsprechende Rente wäre nur teilweise steuerpflichtig (ab dem 62. Lebensjahr bis 4800 DM im Jahr steuerfrei) und von Anfang an beitragsfrei. Dadurch hätte einmal der Staat Steuerausfälle, vor allem aber die Arbeitslosen- und Rentenversicherung Beitragsausfälle zu tragen. Gravierend ist aber der geänderte Rentenanspruch des einzelnen Arbeitnehmers, falls in den letzten Jahren keine Beiträge mehr gezahlt werden. Die damit verbundenen Probleme wären wie folgt zu lösen:

– Über die Rentenzahlung für den Zeitraum zwischen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und Bezug einer gesetzlichen Rente hinaus wäre der Anspruch auf eine Ausgleichsrente bis zum Lebensende in der Höhe der Differenz zwischen tatsächlichem Rentenanspruch und errechnetem Rentenanspruch bei voller Beitragsleistung bis zum Beginn des gesetzlichen Rentenbezugs tarifvertraglich zu sichern.

– Für diese zusätzliche tarifvertragliche Ausgleichsrente ist das Problem der Sicherung vorhandener Betriebsrenten im Hinblick darauf zu klären, daß auch hier das „Auszehrungsverbot" gemäß §5 des „Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung" gilt.

– Für diejenigen Arbeitnehmer, die ausschließlich aufgrund der Inanspruchnahme des Tarifvertrages bei dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben nicht die Voraussetzungen für den Bezug der gesetzlichen Rente mit 63 Jahren (flexible Altersgrenze – 35 Versicherungsjahre) erfüllen, müßte die Möglichkeit der Rentenzahlung bis zum 65. Lebensjahr geschaffen werden.

Dies ist durch entsprechende tarifvertragliche Bestimmungen zu lösen. Den zusätzlichen Kosten durch die tarifvertragliche Ausgleichsrente stünde der Wegfall der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge als Kostenminderung während der Dauer des Rentenbezugs von 3 Jahren gegenüber. Die Kosten der zu zahlenden Arbeitnehmerbeiträge bei einem Bruttogehalt, das die in den folgenden Modellberechnungen behandelten Rentenansprüche begründet, liegen bei weitem höher als die Kosten der zu zahlenden Ausgleichsrente. (...)

2. Höhe der geforderten Leistung

2.1. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

Die Höhe der geforderten Leistung muß sich zum einen an unserer tarifpolitischen Grundsatzposition „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich" orientieren, zum anderen darauf abzielen, daß dem einzelnen Arbeitnehmer keine dauerhaften Nachteile beim Rentenbezug entstehen, wenn er diese tarifvertragliche Regelung in Anspruch nimmt.

2.2. Höhe der Lohnfortzahlung

Bei dem Lohnfortzahlungsmodell müßte daher gefordert werden, das während der letzten 12 Monate durchschnittlich erzielte Arbeitsentgelt weiterzuzahlen. Dies ist auch wichtig, um eine Verringerung der späteren Rentenansprüche zu vermeiden. Sollte ein Kompromiß bei dem Lohnfortzahlungsmodell unter 100% des Bruttoentgeltes liegen, so ergäben sich daraus ähnliche Probleme wie bei dem Rentenmodell. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist die Abführung von Beiträgen nur auf der Grundlage des tatsächlich gezahlten Entgelts möglich. Auch hier müßten dann tarifvertragliche Bestimmungen aufgenommen werden, die bis zum Lebensende eine Ausgleichszahlung in der Höhe der Differenz zwischen tatsächlichem Rentenanspruch und rechnerischem Rentenanspruch bei voller Beitragsleistung bis zum Beginn des gesetzlichen Rentenbezugs sichern. Der Durchsetzung einer Lohnfortzahlung in Höhe von 100% des Bruttoeinkommmens, sei es auch in einem Stufenplan verwirklicht, kommt daher hohe Priorität zu. (...)

2.3. Höhe der Rente

Bei einem Rentenmodell, das auch für den einzelnen Arbeitnehmer nicht beitrags- und nicht oder nur teilweise steuerpflichtig ist, könnte sich die Forderung auf einen noch festzusetzenden Prozentsatz des letzten Bruttos beziehen, weil schon bei der Aufstellung der Forderung deutlich werden muß, daß eine Zahlung, die über dem letzten durchschnittlichen Nettoeinkommen liegt, nicht gewollt wird. Im übrigen gelten die Aussagen über eine notwendige Ausgleichsrente entsprechend Punkt 1.3.
(...)

4. Kosten und Finanzierung

4.1. Kosten

Entsprechend den vorliegenden Berechnungen müssen die Kosten bei einer tarifvertraglichen Regelung, die mit Vollendung des 60. Lebensjahres beginnt, von der 90% der Anspruchsberechtigten Gebrauch machen und bei einem Produktivitätseffekt von 50% – mit 0,5% der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme für das erste Jahr nach Inkrafttreten berechnet werden.

Dabei ist berücksichtigt, daß in diesem ersten Jahr drei Altersjahrgänge auf einmal Gebrauch machen.

* Das Papier wurde von der Bezirksleitung Köln der IG Metall erstellt und an die Vertrauensleute zur Diskussion verteilt.

Widerlegt die polnische Erfahrung eine auf Lenin gegründete revolutionäre Strategie?

Von Peter Bartelheimer

Mit dem folgenden Beitrag setzen wir die Diskussion über die polnischen Erfahrungen fort. Der Autor, Mitglied des Ausschusses der Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność“, versucht, anhand der historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und anhand der Strategie und Programmatik der Solidarność Aussagen zum Verhältnis ,,Staat und Revolution“ zu treffen. Er kritisiert so die Thesen von Gerd Koenen über ,,Gesellschaft, Staat und Revolution“, insbesondere die Herleitung der Entartung der russischen Revolution aus einem von vornherein fehlerhaften Konzept Lenins; andererseits würden die Antworten ,,derer, die die Dikatatur des Proletariats im KBW verteidigen“, den berechtigten Fragen nicht gerecht.

Der Beitrag geht auf einen Diskussionsbeitrag im Rahmen des Arbeitsseminars des KBW zum Thema ,,Staat und Revolution“ zurück; wir haben Peter Bartelheimer um dessen schriftliche Fassung gebeten. Die nicht besonders gekennzeichneten Zitate beziehen sich sämtlich auf den entsprechenden Aufsatz von Gerd Koenen in ,,Kommunismus und Klassenkampf“ 6/1982, S. 31 ff.

Außenstehenden, die die offene programmatische Diskussion im KBW verfolgen, muß die seltsame Zurückhaltung auffallen, mit der alle Seiten vermeiden, verschiedene Positionen an historischen Tatsachen und praktischen Erfahrungen des Klassenkampfes zu messen. Gerd Koenen ist zweifellos in einem zuzustimmen: Jeder Versuch, heutige Positionen zur Kontroverse im KBW über die Diktatur des Proletariats ,,als bruchlose Herleitungen aus ,der' Theorie von Marx, Engels, Lenin über Staat und Revolution“ darzustellen, wäre schlicht ,,unaufrichtig“. Die Gefahr der ,,toten Zitiererei“, der ,,Diskussion in solchen Sphären begrifflicher, definitorischer Reinheit (...), wo das Problem verschwindet“, ist jedoch größer, als Gerd Koenen denkt.

Er selbst entgeht ihr keineswegs, wenn er in geschichtsloser Unbedenklichkeit die These von Joachim Bischoff und den SOST übernimmt, seit Marx, Engels, Lenin habe sich die bürgerliche, parlamentarische Demokratie als vorherrschende, „klassische“ Form des bürgerlichen Staates erwiesen. Die theoretische Tatsache, daß diese Form bürgerlicher Herrschaft, allgemein gesprochen, den politischen und geschäftlichen Interessen der Bourgeoisie am ehesten gerecht wird, ändert nichts daran, daß die bürgerlichen Demokratien der imperialistischen Zentren kaum denkbar wären ohne die unzähligen faschistischen Regime und bonapartistischen Militärdiktaturen, die die Abhängigkeit und Verelendung der kolonialen und neokolonialen Welt aufrechterhalten. Auch die 30er und 40er Jahre, in denen die herrschenden Klassen halb Europas ihre Klasseninteressen dem Faschismus anvertrauten, um das Gespenst der proletarischen Revolution zu bannen, wären als bloße Ausnahme, ,,die die Regel bestätigt“, als bloßer geschichtlicher Betriebsunfall wohl kaum marxistisch erklärt. Die Überzeugung Lenins und Trotzkis, daß in der Epoche der Kriege und Revolutionen der Glaube an die dauerhafte Möglichkeit bürgerlich-demokratischer Zustände eine gefährliche (sozialdemokratische) Illusion sei, hat sich als durchaus gültige Regel erwiesen. Die ,,klassische“, friedliche und demokratische Entwicklung des Kapitalismus in Nordamerika, Westeuropa und Japan seit nunmehr fast 40 Jahren wurde nur durch geschichtliche Niederlagen des Proletariats, durch Faschismus und Weltkrieg erkauft.

,,Historischer Fortschritt“ der bürgerlichen Demokratie?

Gerd Koenen spricht vom ,,historischen Fortschritt“ der modernen, um wichtige soziale Sicherungen und Sozialleistungen erweiterten Staatsfunktionen. Er spricht ihnen gar ,,alle Merkmale einer tatsächlichen, erneuten geschichtlichen Revolution – oder eher sogar einer Kette von Revolutionen“ zu. Das Zitat von Marx über die Möglichkeit der ,,bewußten und planmäßigen Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses“ schafft jedoch nicht aus der Welt, daß die kapitalistische Krise heute in den bürgerlichen Demokratien nicht mehr Reformen, sondern ,,Konterreform“, nicht demokratischen ,,Spielraum“ für den Klassenkampf, sondern Einschränkung gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten auf die Tagesordnung setzt. Die enttäuschte Illusion vom dauerhaften Fortschritt in den ,,Sozialstaat“ hat heute bereits alle (reformistischen) Massenparteien der Arbeiterbewegung in politische Krisen gestürzt. Doch wären die Fragen, die Gerd Koenen über die Diktatur des Proletariats stellt, dem KBW keinesfalls erspart geblieben.

Lenins Verteidigung der proletarischen Diktatur, deren Grundzüge Marx und Engels in der Pariser Commune begrüßt hatten, überzeugte die klassenbewußten Arbeiter seiner Zeit, weil ihnen die russische Rätemacht die Hoffnung auf ihre Befreiung verkörperte. Wenn sein ,,Staat und Revolution“ diese spontane Überzeugungskraft heute eingebüßt hat, dann nicht etwa, weil die seit Marx mögliche allgemeine Theorie des bürgerlichen Staats und des Klassenstaats heute weiter wäre, also gleichsam die ,,theoretischen Ansprüche“ gestiegen wären, sondern aufgrund der gewaltigen negativen Überzeugungskraft des Stalinismus und des ,,realen Sozialismus“. Den ,,Eurokommunisten“ gelang das Kunststück, Gramscis faszinierenden Begriff der ,,Hegemonie des Proletariats“ zur ideologischen Verbrämung ihrer reformistischen Tagespraxis, des ,,historischen Kompromisses“ mit den herrschenden Klassen, zu mißbrauchen, weil die Sowjetbürokratie und die stalinistische Komintern zuvor Lenins ,,Staat und Revolution“ zur Rechtfertigung der bürokratischen *Diktatur über die Arbeiterklasse* und der Vernichtung Zehntausender bewußter Kommunisten mißbraucht hatte.

Wenn bis heute die Masse der Arbeiter der imperialistischen Länder ihre politischen Interessen am ehesten in den parlamentarischen Kombinationen der reformistischen Massenparteien wahrgenommen sieht, dann keineswegs nur deshalb, weil die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft durch die Illusionen von Gleichheit und über den Klassen stehendem demokratischen Staat verschleiert werden. Der SPD würde es kaum so leicht fallen, auch heute noch die Mehrzahl der westdeutschen Arbeiter an diesen Staat zu binden, wenn dieser ihnen nicht immer noch, trotz Krise und Sozialabbau, als kleinstes mögliches Übel gegenüber der bürokratischen Unterdrückung in der DDR und in Osteuropa erschiene. Deshalb wird auch kein noch so stichhaltiger Nachweis der wahren Auffassungen von Marx, Engels, Lenin über die Diktatur des Proletariats je den Bruchteil der Überzeugungskraft erreichen, den eine praktische Erfahrung in Arbeiterdemokratie in einem entwickelten Industrieland einer sozialistischen Alternative in den Augen der klassenbewußten Arbeiter heute verleihen könnte.

Die von Gerd Koenen aufgeworfenen Fragen, ob die Entartung der russischen Revolution bereits auf Lenins Auffassung von der Notwendigkeit proletarischer Staatsmacht zurückgeht und ob eine solche Staatsmacht mehr oder weniger Demokratie für die Massen bedeuten wird, sind daher ebenso berechtigt, wie seine eigenen Antworten, die resignierend zu den ,,historischen Fortschritten“ bürgerlicher Demokratie zurückkehren, falsch sind.

,,Proletarische Hegemonie“ – das Beispiel der polnischen Revolution

Die Antworten derer, die die Diktatur des Proletariats als revolutionäres Ziel im KBW verteidigen, werden den Fragen nicht gerecht. Denn erstens ist die Zerschlagung der bürgerlichen Armee und Polizei sowie des alten bürokratischen Staatsapparats nur der halbe Lenin; ,,Staat und Revolution“ versuchen nicht weniger als ein erstes allgemeines Programm der ,,*demokratischen Formen* der Machtausübung“ durch die Arbeiterklasse, nach denen Gerd Koenen zu Recht fragt. Zweitens kann Lenins Ziel einer demokratischen Arbeitermacht nur dann heute noch allgemeine Gültigkeit beanspruchen, wenn es von den entwickeltsten Erfahrungen demokratischer Selbstorganisation der Arbeiter bestätigt wird. Aus was soll der Arbeiterstaat entstehen, wenn nicht aus den Organen proletarischer Gegenmacht, die jeder umfassende Streik und jede große politische Bewegung der Arbeiterklasse schafft? Um so mehr muß es erstaunen, wie wenig das unschätzbare Beispiel ,,proletarischer Hegemonie“, das die Bewegung der polnischen Arbeiter seit dem Sommer 1980 bot und dem die ungeteilte Solidarität aller Genossinnen und Genossen des KBW gilt, zu dessen programmatischer Klärung beiträgt.

Natürlich kann die polnische Revolution nur aus ihren eigenen, besonderen Umständen heraus verstanden werden. Schon die nichtkapitalistischen Eigentumsverhältnisse und das Fehlen legaler Massenorganisationen der Arbeiterklasse vor Beginn der revolutionären Periode schließen jede mechanische Übertragung auf die Erfordernisse einer revolutionären Strategie für Westeuropa oder die Bundesrepublik aus. Trotzdem verbindet jede Revolution die Besonderheiten eines Landes mit Grundzügen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Die polnische Revolution der Selbstorganisation und Selbstverwaltung zeigt die Arbeiterklasse eines hochindustrialisierten Landes beim Versuch, Wirtschaft und Gesellschaft selbst zu verwalten, d.h. selbst zu regieren. Diese Erfahrung beantwortet wenigstens eine der Fragen, die Gerd Koenen an Lenins ,,Staat und Revolution“ stellt.



Solidarność hat sich keineswegs darauf beschränkt, einige Freiheitsrechte nachzuholen, die den ,,historischen Fortschritt“ der bürgerlichen Demokratie ausmachen. Die Existenz einer revolutionären Arbeiterbewegung und ihre demokratische Gegenmacht machten die VR Polen trotz des noch intakten bürokratischen Staatsapparates für einige Zeit zu einem freieren Land als jede bürgerliche Demokratie. Von ihren zahlreichen westlichen Besuchern konnten die polnischen Gewerkschafter erfahren, daß für keine der ,,freien“ Gewerkschaften ,,westlicher Demokratien“ die demokratischen Rechte uneingeschränkt bestanden, die Solidarność radikal in Anspruch nahm: Streikrecht, gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, Kontrolle der Behörden. Vor allem aber hörten diese demokratischen Rechte auf der Grundlage des staatlichen Eigentums rasch auf, formal zu sein. Wie sonst hätte das bloße Entstehen einer Gewerkschaft eine revolutionäre Situation heraufbeschwören können?

Aus der Forderung nach Arbeiterkontrolle im Betrieb wurde der Anspruch auf Selbstverwaltung des Betriebs; die Forderung nach Aufhebung der Zensur verwandelte sich in die Forderung, Papier und Sendezeiten allen verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen entsprechend ihrem tatsächlichen Einfluß zur Verfügung zu stellen. Genau darin lag aber auch für Lenin der Unterschied von bürgerlicher und Arbeiterdemokratie – nicht in der Mißachtung gesetzlich garantierter Freiheiten, wie Gerd Koenen argwöhnt, sondern in der Ausdehnung der Arbeiterrechte, dieser ,,Zellen proletarischer Demokratie innerhalb der bürgerlichen Demokratie“ (Trotzki), auf die Verwaltung der Wirtschaft und auf die tatsächliche Verfügung über die Produktionsmittel. Die Gewerkschaft erklärte ihre Entschlossenheit, ,,alle zu verteidigen, die für ihre gewerkschaftlichen, politischen und sozialen Aktivitäten verfolgt werden“; sie verteidigte in diesem Sinne die reaktionären Nationalisten der KPN, ohne ihre Ansichten zu teilen. Sie verlangte aber zugleich ,,eine Veränderung der Staatsstrukturen und die Schaffung und Entwicklung unabhängiger und selbstverwalteter Institutionen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“, damit ,,Pluralismus, Demokratie und voller Genuß der verfassungsmäßigen Rechte“ tatsächlich ,,garantieren könnten, daß die Opfer und Anstrengungen der Arbeiter nicht wieder verschwendet würden“ (Solidarność-Programm, Thesen 25, 19).

Selbstverwaltung durch Arbeiterräte statt Parlamentsreform

Soldiarność bestätigte die Arbeiterräte und die mit ihnen verbundenen Regeln direkter Demokratie, Rechenschaftspflicht und Abwählbarkeit als Grundformen proletarischer Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Die Streikkomitees und später der Aufbau der Gewerkschaft Solidarność als Territorial-, nicht als Branchenverband, mit seinem Schwerpunkt im Betriebs- und Regionalkomitee, nahmen den Arbeiterrat als Ausgangspunkt der Bewegung für Arbeiterselbstverwaltung, die im Frühjahr 1981 einsetzte, vorweg. Mit ihr entwickelte die polnische Revolution die Erfahrungen der Rätedemokratie weiter, die der russischen, deutschen, spanischen Revolution zugrundelagen, unter deren Eindruck Gramscis KPI entstand, die im französischen Mai 1968 und in der portugiesischen Revolution 1974/75 ebenso lebendig waren wie in den überbetrieblichen Streikkomitees von Halle, Merseburg und Bitterfeld im Juni 1953 in der DDR, im zentralen Arbeiterrat von Groß-Budapest 1956, in den polnischen Arbeiterräten 1956/57 und denen des ,,Prager Frühlings“ 1968.

Die polnische Revolution beschränkte jedoch den Arbeiterrat nicht auf die betriebliche Selbstverwaltung. Gerd Koenen befürchtet im Ziel der ,,Herrschaft des Proletariats“ den Anspruch auf ,,die garantierten politischen Machthebel“ in der Hand einer ,,gesellschaftlichen Minderheit“, hält die ,,klassenmäßige Bestimmung“ dieser Herrschaft, den Anspruch auf ,,besondere Klassenorgane des industriellen Proletariats ... als die konstitutionell führenden Organe dieser sozialistischen Gesellschaft“, für das ,,eigentliche Problem“. Fragt nach den ,,weit vielseitigeren Formen formeller und informeller gesellschaftlicher Organisationen“ jenseits ,,einer reinen Arbeiter- und Betriebs-Räte-Demokratie“.

Die polnische Gesellschaft, in ihrer überwiegenden Mehrzahl ohnehin Lohnabhängige und ihre Angehörigen, akzeptierte jedoch bereitwillig die tatsächliche (nicht ,,konstitutionelle“) Schlüsselrolle der Industriearbeiter, ohne die in keinem anderen gesellschaftlichen Bereich Selbstorganisation durchzusetzen war. Die anderen Schichten und Klassen der Gesellschaft, oder des ,,gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“, übernahmen spontan und bereitwillig ihre gewerkschaftliche Form der Selbstorganisation (am spektakulärsten die Bauern) und ihre Räteform der Selbstverwaltung. Die Bauerngewerkschaft, die Organe der studentischen, schulischen, Stadtteil-Selbstverwaltung sollten neben Solidarność und den Arbeiterräten den ,,gesellschaftlichen Rat der Volkswirtschaft“ und die ,,regionalen Selbstverwaltungsorgane“ (Solidarność-Programm, Thesen 5, 21, 22) ausmachen. Trotz der Illusion des KOR und der gemäßigten Führer und Berater der Landeskommission in die Überlegenheit der parlamentarischen Demokratie wurde nicht die Frage der freien Wahlen, sondern die der Selbstverwaltungsbefugnisse der Arbeiterräte zum Feld der entscheidenden Konfrontation mit der Bürokratie. Wer könnte bezweifeln, daß der gesellschaftliche Rat der Volkswirtschaft, trotz seiner Bezeichnung als ,,zweite Kammer des Sejm“, in Wirklichkeit kein parlamentarisches Organ gewesen wäre, sondern ein Organ der Arbeitermacht, höchster Ausdruck einer entstehenden Situation der Doppelherrschaft? Diese Arbeitermacht hätte jedoch zugleich der Selbstverwaltung der ganzen Gesellschaft mehr Raum gegeben als jedes Parlament.

Begrenzung der demokratischen Zentralisierung

In der Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern einer zentralisierten Arbeiterrätebewegung (,,Lubliner Arbeitsgruppe“) und ihren Gegnern („Netzwerk“ der Großbetriebe) gab schließlich die Erfahrung den Ausschlag, daß eine Wirtschaftsreform von unten, eine „Vergesellschaftung der zentralen Planung“ (Solidarność-Programm, These 3), jede tatsächliche Kontrolle der Arbeiter über die Wirtschaft, über die rein betriebliche Ebene hinausgehen mußte. Daher spricht das Solidarność-Programm (These 22) von der ,,Notwendigkeit, ein Selbstverwaltungsorgan auf der höchsten Ebene der

Fortsetzung Seite 15

Zbigniew Kowaleski

Stellungskrieg und Bewegungskrieg – Zur Strategie von Solidarność

Während in Polen die Diskussion über die Perspektive des Widerstands – gründlich vorbereiteter unbefristeter Generalstreik „im Herbst" oder langfristiger Untergrundkampf – weitergeht (vgl. taz vom 13.7. und letzte KVZ), entwickelt Kowalewski ein Konzept der Kombination aller möglichen Kampfformen, wie sie vor allem von Jacek Kuron aus dem Gefängnis und den Warschauer Solidarność-Vertretern Bujak und Kulerski im Untergrund vertreten werden. Er bezieht sich dabei auf Erfahrungen und Theorie der westdeutschen Arbeiterbewegung in den letzten 70 Jahren.*

Grundlegender strategischer Gedanke *Kurons* ist folgender: „Die Führung der Widerstandsbewegung hat die Aufgabe, die Gesellschaft gleichzeitig sowohl auf weitreichende Konzessionen im Hinblick auf einen Kompromiß mit der Staatsmacht als auch auf die Beseitigung der Okkupation durch einen organisierten Massenaufstand vorzubereiten." Kuron erläuterte, daß „solch ein Aufstand die Gestalt einer gleichzeitigen Offensive gegen alle Macht- und Informationszentralen des ganzen Landes annehmen kann". Der Aufstand müsse „in Zusammenarbeit mit jener Minderheit in Armee und Polizei, die sich dazu entschlossen hat, auf unsere Seite überzuwechseln", stattfinden. Im Verlauf der Erhebung werde die „Widerstandsbewegung zur Gewaltanwendung verpflichtet" sein. Falls es dem Widerstand gelänge, sich der Kooperation der Mehrzahl der Soldaten und Polizisten zu versichern (was Kuron jedoch für wenig wahrscheinlich hält) wäre anstelle des Aufstands auch eine Hinwendung zum Generalstreik möglich. Es handelt sich hierbei also explizit um einen Bewegungskrieg, gestützt auf eine Strategie des Umsturzes. Indessen soll sich die polnische Revolution nach dem Sturz der Militärdiktatur wieder einmal selbst beschränken und nicht auf den Sturz der bürokratischen Herrschaft hinarbeiten. Letzteres soll sie zugunsten eines Kompromisses mit der ‚zivilen Gesellschaft' (societá civile) bleibenlassen.

Für mich gibt es keinen Zweifel darüber, daß nur eine revolutionäre Massenaktion die Militärdiktatur beseitigen kann. Mir scheint es auch gleichermaßen offensichtlich, daß das Eingehen von Kompromissen mit der bürokratischen Staatsmacht außerordentlich wichtiges Element und Teil der von Solidarność anzuwendenden taktischen Mittel sein muß. Das Problem besteht darin, daß Kuron einen strategischen (oder historischen) Kompromiß meint. Es handelt sich dabei um eine Illusion, weil diese Macht nämlich nur als totalitäre Macht existieren kann. Wenn sie einen Kompromiß eingeht, wird sie das tun, um Zeit zu gewinnen und die notwendigen Kräfte zu sammeln und dann die Arbeiterklasse und die Gesellschaft völlig zermalmen.

Im übrigen kann die Arbeiterklasse ihre Errungenschaften nicht auf lange Sicht schützen, noch nicht einmal in begrenztem Ausmaß, wenn sie nicht den Kompromiß dazu verwendet, Zeit zu gewinnen und die nötigen Kräfte zu sammeln, um dann die Machtfrage zu ihren Gunsten zu lösen. In diesem Sinne impliziert der Vorschlag Kurons, eine extreme Kampfform (den Massenaufstand) zu verwenden, um ein begrenztes Ziel (den historischen Kompromiß) zu erreichen, nur die Kombination von Methoden des revolutionären Kampfes mit reformistischen Illusionen. An diesem Punkt ist der grundsätzliche Widerspruch in Kurons Strategie angesiedelt. Man muß allerdings hinzufügen, daß Kuron die Hoffnung hegt, allein schon die Androhung eines Massenaufstandes durch den Vorstand der Solidarność würde genügen, um die Staatsmacht zum Kompromiß zu nötigen.

Bujak schreibt in seiner Polemik gegen Kuron: „Ich bin Anhänger eines Stellungskrieges – erlauben Sie mir, diese militärische Ausdrucksweise zu gebrauchen –, weil der meiner Meinung nach zugleich Effizienz und auch Sicherheit bietet." Ihm geht es also nicht um eine revolutionäre Massenaktion zum Zwecke der direkten Machtübernahme – aber auch nicht um eine revolutionäre Aktion, deren Ziel einzig das Erzielen eines Kompromisses mit der Staatsmacht wäre. Es geht, wie Kulerski schreibt, um eine „dritte Möglichkeit: eine langsame Zersetzung des Systems, begleitet von fortschreitenden Veränderungen, durch die die Gesellschaft ihren Einfluß auf das eigene Schicksal zurückgewinnt". Dieser Vorschlag geht von der Annahme eines „langsamen Verfaulens der Macht und dem ausdauernden Widerstandswillen der Gesellschaft" aus. (...)

Nach Kulerski geschähe mit zunehmendem Entwicklungsgrad der Strukturen der Untergrundgesellschaft folgendes: „Die Staatsmacht würde die verstaatlichten Massenmedien kontrollieren – aber nicht den Informationskreislauf, die Druckereien – aber nicht die Auflagen, Post und Telefon – aber nicht die Nachrichtenübermittlung, die Schulen – aber nicht die Erziehung", und ebenso „die leeren Geschäfte – aber nicht den Markt, die Beschäftigung oder Nicht-Beschäftigung von Arbeitern – aber nicht gleichzeitig deren materielle Lebensgrundlagen." Das erscheint unrealistisch, denn es wäre besser, statt dessen von Arbeiterkontrolle über die Distribution, über die Produktion, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sprechen. Aber das ist erst möglich, wenn die Lage sich bis zur Doppelherrschaft fortentwickelt hat.

Gleichermaßen faßt Bujak die Möglichkeit ins Auge, in entfernter Zukunft vom Stellungskrieg und der Ermattungsstrategie zum auf den Umsturz zielenden Bewegungskrieg überzugehen. Er schreibt: „Was nun den Aufstand betrifft, so müßte dieser, falls er sich als notwendig erweisen sollte, die Endphase eines Kampfes für ein nationales Wiederaufbauprogramm darstellen." Aber die Warschauer Solidarność-Führer trennen die Erringung und Absicherung von gegebenen Positionen mehr oder minder stark vom Einsatz des Mittels Bewegungskrieg. An dieser Stelle liegt ihr wesentlicher Irrtum. (...)

Kombination aller Kampfformen

Bujak und Kulerski beziehen keine anderen Aktionstypen in ihre Überlegun- [illegible]
deren Aktionstypen in ihre Überlegun-
gen ein, die nicht schon in den Konzepten des Stellungs- oder Bewegungskrieges enthalten sind. Gramsci schreibt, daß es im politischen Kampf auch noch andere Formen gibt. (...) Der Kampf der indischen Gesellschaft gegen die britische Kolonialherrschaft entsprach nach Gramsci drei Formen der Kriegsführung. „Der passive Widerstand Gandhis ist ein Stellungskrieg, der in bestimmten Augenblicken zum Bewegungskrieg und in anderen zum Untergrundkampf wird: Der Boykott ist ein Stellungskrieg, Streiks sind Bewegungskrieg, geheime Bewaffnung und Angriffsvorbereitungen gehören zum Untergrundkrieg." (...)

Merken wir an, daß Bujak zugibt, daß der Streik selbst heute in verschiedenen Betrieben zur Verteidigung von Arbeiterrechten, für die Befreiung internierter Gewerkschafter des jeweiligen Betriebes etc. angewandt werden müsse. In gleicher Weise sieht er die Notwendigkeit von General-Warnstreiks ein, zum Beispiel im Kampf um die Wiedererlangung gewerkschaftlicher Rechte. Nicht nur als Gewerkschaft, sondern auch als soziale Bewegung besitzt Solidarność ihre Hauptstütze in der Arbeiterklasse, und die wichtigste Kampfform der Arbeiterklasse ist der Streik, und das wird er in Polen auch bleiben. In diesem Sinne ist die Anwendung von Formen des Bewegungskrieges unvermeidbar.

Man kann den Bewegungskrieg nicht mechanisch mit einem frontalen Angriff gegen alle Machtzentralen und auch nicht mit einer fortdauernden Offensive gleichsetzen, obwohl Kuron das suggeriert. Bewegungskrieg verlangt auch die Fähigkeit, einen Rückzug anzutreten, sei das nun ein taktischer oder gar ein strategischer Rückzug.

In einem Bewegungskrieg tendiert die Grenze zwischen Rückzug und Angriff dazu, sich mehr und mehr zu verwischen. Seine wesentlichen Charakterzüge sind Initiative und Aktivität. Auf die Führung eines solchen Bewegungskrieges muß sich die soziale Bewegung Solidarność vorbereiten. Aber zur selben Zeit – und da haben Bujak und Kulerski ganz und gar recht – muß sie einen Stellungskrieg auf sehr breiter Basis führen, das heißt die Selbstorganisation der ‚zivilen Gesellschaft' (societá civile) im Untergrund entwickeln und verschiedene neue Institutionen dafür schaffen. „Der Überbau der ‚zivilen Gesellschaft' (societá civile)" – schreibt Gramsci – „bildet das Äquivalent zum System der Schützengräben in der modernen Kriegsführung." Nur ein System von Schützengräben und komplizierten hochentwickelten Befestigungsanlagen der Untergrundgesellschaft wird es möglich machen, daß die Diktatur, wenn sie eine neue Repressionswelle auf breiter Front eröffnet, nicht das ganze Verteidigungssystem, sondern nur die äußere Oberfläche zerstört und sich schließlich an wieder neuen Verteidigungslinien ihres Gegners verletzt, die sie daran hindern, weiter vorzudringen.

Zerbrechlichkeit der Diktatur

Kann man indessen davon ausgehen, daß die soziale Bewegung im Kampf gegen die Militärdiktatur im wesentlichen einen Stellungskrieg führen und daß der Bewegungskrieg eine eher taktische als strategische Rolle einnehmen wird?

Ich glaube es nicht. Eine stetige gradlinige Evolution der totalitären Macht, die von einer Demokratisierung durch „die fortschreitende Öffnung der Barrieren, die die Macht von der Gesellschaft trennen", ausgeht und auf die die Anhänger des Stellungskrieges in Solidarność zählen, ist unmöglich. In Polen ist nicht nur das Kriegsrecht eingeführt worden, sondern eine Militärdiktatur, das heißt eine *Staatsform für Kriegszeiten*. Wie Nicos Poulantzas richtig betont, kann keine Form von Ausnahme-Staat geradlinig in aufeinanderfolgenden Etappen und irgendwie unmerklich errichtet werden oder wieder verschwinden. (...)

„In der Tat bilden die typischen Merkmale des Ausnahmestaats gerade wegen ihrer *außergewöhnlichen Rigidität* die Quelle ebenso seiner Stärke wie seiner *Zerbrechlichkeit*. Die winzigste ‚Öffnung' droht das Gesamtgebäude ins Wanken zu bringen. Sein Gerüst und sein – repressiver und ideologischer – innerer Kitt ist die prekäre Machtverteilung zwischen Cliquen und Fraktionen, zwischen seltsam ineinan- [illegible]
Fraktionen, zwischen seltsam ineinan-
der verflochtenen, in ihren jeweiligen Funktionen und Kompetenzen hierarchisierten Organen und Apparaten. Noch die einfachste Reorganisation wirkt sich auf das Ganze des Staates aus – eine Folge seines *permanenten Ungleichgewichts* ..." (N. Poulantzas, La crise des dictatures, Paris 1975).

In Polen war die Situation schon vor dem Kriegsrecht damit vergleichbar. Die Charakterzüge der Bürokratie – nicht als autonomer herrschender Klasse, sondern als parasitärer Schicht am Körper der Gesellschaft – und auch der notwendig totalitäre Charakter ihrer Herrschaft bewirkten, daß Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Gruppen der Macht sich nicht als „organischer Wechsel der Hegemonie", sondern als harte politische Krisen und Erschütterungen im Staatsapparat bemerkbar machten. Aber im Augenblick wird die bürokratische Macht noch zerbrechlicher, weil ihre Rigidität ungeheuer zunimmt. Der bürokratische Zentralismus der PVAP wurde durch die noch viel stärkere, streng hierarchische und disziplinierte Zentralisierung des Militärapparates ersetzt. Man kann also erwarten, daß die ständige Unausgeglichenheit des bürokratischen Machtapparats jetzt unter der Militärdiktatur stärker ausgeprägt ist als jemals zuvor und daß in der Konsequenz ganze Flügel der Armee von oben nach unten einschließlich der niederen Ränge den verschiedenen Führungscliquen folgen, was die Widersprüche innerhalb des Blocks an der Macht herauskristallisieren wird, wie das unter den Militärdiktaturen Westeuropas der Fall war. Diese Widersprüche werden sich wahrscheinlich in Form von Gegensätzen und sogar Spaltungen innerhalb der Armee offenbaren.

Die Schlußfolgerung ist einfach. Die Fortschritte der sozialen Bewegung Solidarność im Stellungskrieg werden die internen Widersprüche der bürokratischen Macht anwachsen lassen, und diese werden sich dann im militärischen Apparat konzentrieren, der sie aufgrund seiner außerordentlichen Rigidität nicht wird verkraften können. (...)

Wie ich auf den Spuren von Poulantzas versucht habe zu zeigen, muß der Umstand, daß die Armee zum herrschenden Apparat der Bürokratie wird, jede Krise im Innern der Macht und in ihren Beziehungen zur Gesellschaft verstärken. Aber das ist nur ein Aspekt der Diskussion. Denn die Tatsache, daß die Armee vom harten Kern zum zentralen Kern des Machtapparats wird, impliziert, daß jede Krise der Macht das Risiko einer inneren Spaltung der Armee mit sich bringt. Die Tatsache, daß man es mit einer Wehrpflichtigen-Armee zu tun hat, daß die Soldaten den Arbeitermassen der Städte und Landstriche entstammen, kann solche Spaltungen nur erleichtern. Wenn Solidarność auf die künftigen Spaltungen Einfluß nehmen will, wird sie dann das tun müssen, wogegen sie sich vor dem Dezember 1981 gewehrt hat: sich an die Aufgabe machen, so viele Soldaten und Truppen wie möglich in dieser im Inneren gespaltenen Armee für die Sache des Volkes zu gewinnen. (...)

Die Führer der provisorischen Koordinierungskommission der Solidarność deklarieren in einer ihrer Gründungsverlautbarungen am 22. April: „Im Falle der Auflösung der Gewerkschaft Solidarność werden wir nicht zögern, zum Generalstreik und zur aktiven Verteidigung der Betriebe aufzurufen." Solch eine Verteidigung stellt genau die erste Aktion dar, in der die Arbeiter als Kampfmacht aufträten.

Die sowjetische Drohung

Indessen lastet auf Polen die Drohung einer militärischen Intervention der UdSSR. Für Kuron ist angesichts des momentanen Kräfteverhältnisses der strategische Kompromiß zwischen der ‚zivilen Gesellschaft' und der bürokratischen Macht die einzig mögliche Lösung. „Die Agonie des Imperialismus ist nichts als eine Prognose", sagt er im Zusammenhang mit der Vorherrschaft der Kreml-Bürokratie und unterstreicht, daß „das Dahinsiechen des Imperiums begonnen hat, aber daß es noch in der Lage ist, seine Rechnungen mit Polen auf blutige Art und Weise zu begleichen". Bujak ist überzeugt, daß eine solche Gefahr vermieden werden kann, nicht so sehr durch einen Kompromiß, als vielmehr durch einen lang
kann, nicht so sehr durch einen Kompromiß, als vielmehr durch einen lang
dauernden Stellungskrieg.

Wie ich schon versucht habe zu zeigen, ist keine dieser beiden Lösungen möglich. Wenn wir uns von der Bedrohung durch eine sowjetische militärische Intervention einschüchtern lassen, bleibt uns in der Konsequenz nichts anderes übrig, als auf den Kampf zu verzichten. Ich glaube, daß es eine andere Lösung gibt. Die besteht zu allererst darin, zu erkennen, daß eine ausländische militärische Intervention nicht unvermeidbar ist. Und zwar dann, wenn man den Kreml durch das Eingehen von Kompromissen mit der polnischen bürokratischen Macht neutralisiert – aber nur in der Weise, daß die Kompromisse uns und nicht dem Gegner gestatten, Kräfte zu sammeln. Drittens müssen wir durch unseren Kampf den Arbeitern der anderen Satellitenstaaten Osteuropas und der UdSSR selbst ein Beispiel geben, so daß sie unserem Weg folgen und begreifen, daß wir siegen können, wenn wir einen gemeinsamen Kampf führen.

Wenn man den weiter oben aufgezeigten Prämissen Rechnung trägt, wird die Erarbeitung einer politischen Strategie möglich sein, die mit der objektiven Dynamik des Kampfes der Gesellschaft gegen die totalitäre Macht in Einklang steht und die sich nicht dadurch in eine Sackgasse verrennt, daß wir – ob wir wollen oder nicht – Risiken eingehen müssen.

Paris, 12. Mai 1982

** Kowalewski, Präsidiumsmitglied von Solidarność in der Region Lodz, lebt zur Zeit in Paris. Die Thesen, auf die er hier kritisch Bezug nimmt, wurden großenteils dokumentiert im „Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność Nr. 3" (Mai 1982), zusammengefaßt in KVZ 19/1982. Aus Platzmangel mußten wir diesen Nachdruck aus „Moderne Zeiten" 7/8 82 um einige Passagen und Belegzitate von „Klassikern" kürzen.*

Fortsetzung von Seite 14

Staatsmacht zu schaffen"; daher entstand am 17.10.1981 das Gründungskomitee der Nationalen Föderation der Selbstverwaltungsorgane, „bis ein nationaler Kongreß der Arbeiterräte zusammentritt". Doch um „die Privilegien der Bürokratie abzuschaffen und ihr Wiederauftreten unmöglich zu machen" (These 1), sollte die „demokratische Reform der Selbstverwaltung" die neue, demokratische Zentralisierung von vornherein auf das Nötigste begrenzen. Ebenso wie Solidarność ihre Funktionäre ermahnte, möglichst viele Fragen unmittelbar in den untersten Basisgliederungen der Gewerkschaft zu regeln, verlangte sie die strikte Trennung zwischen Selbstverwaltung und Gewerkschaft, zwischen Wirtschaftsverwaltung und politischer Macht. Parteifunktionäre sollten keine Gewerkschaftsfunktionen, Gewerkschaftsfunktionäre keine Selbstverwaltungsfunktionen bekleiden. Solidarność verlangte nicht nur politischen Pluralismus; als sie zögernd ihre Ablehnung neuer parteiähnlicher Organisationen einschränkte, beschränkte sie die Zielsetzung dieser „Bürgerinitiativen" darauf, „der Gesellschaft verschiedene soziopolitische Programme vorzuschlagen" (These 19). Ihre Ablehnung der Parteiendiktatur ist in den Sätzen zusammengefaßt: „Der Staat soll dem Menschen dienen, statt ihn zu beherrschen. Die Staatsorganisation muß im Dienst der Gesellschaft stehen und darf nicht von einer einzigen politischen Partei monopolisiert werden." (Präambel des Programms)

Die politische Macht der Räte bleibt Voraussetzung für gesellschaftliche Selbstverwaltung

Es ist vielfach behauptet worden, die Besonderheit der polnischen Revolution habe gerade darin bestanden, daß sie nicht versucht habe, die Macht zu erobern. Und doch galt in Polen das „Entweder-Oder", das Gerd Koenen nach den „historischen Fortschritten" der bürgerlichen Demokratie nicht mehr so leicht gelten lassen will. Auf der einen Seite ein Staatsapparat der Bürokratie, der unter Mißbrauch marxistischer Begriffe das ganze bürgerliche Erbe des Berufsbeamtentums und der politischen Unterdrückung mit den Privilegien der „Nomenklatura" und der Verweigerung selbst formaler bürgerlicher Freiheiten verbindet, der vor allem nicht daran denkt, „abzusterben". Auf der anderen Seite eine Arbeiterbewegung, die widerstrebend und zu spät vom Kampf um die „wirtschaftliche" zum Kampf um die „politische" Macht überging (in der Wirklichkeit galt diese Trennung wenig), die aber damals ebenso wie heute in der Vorbereitung des Generalstreiks gegen das Kriegsrecht die politische Macht der Räte und die defensive Gewalt von Arbeitermilizen nur als äußerstenfalls nötige Mittel ansah, um möglichst schnell zur allgemeinen gesellschaftlichen Selbstverwaltung überzugehen.

Sicher – man müßte mogeln, um zu behaupten, diese Arbeiterbewegung sei „leninistisch" gewesen. Sie kannte den „Leninismus" nur als Rechtfertigungsideologie für die an ihr begangenen Verbrechen. Und doch war auf ihrer Seite, in ihrem Kampf, das Ziel von „Staat und Revolution" gegenwärtig: in den Keimformen eines demokratischen Arbeiterstaats, dessen Ziel es von Anfang an gewesen wäre, im Sinne von Marx, Engels, Lenin möglichst rasch „abzusterben". Dafür jedoch müßte sie zuerst über den alten Staatsapparat siegen – und dürfte international nicht allein bleiben.

Dialog Dritte Welt

Eine empfehlenswerte neue Buchreihe

Von Bernd Wagner

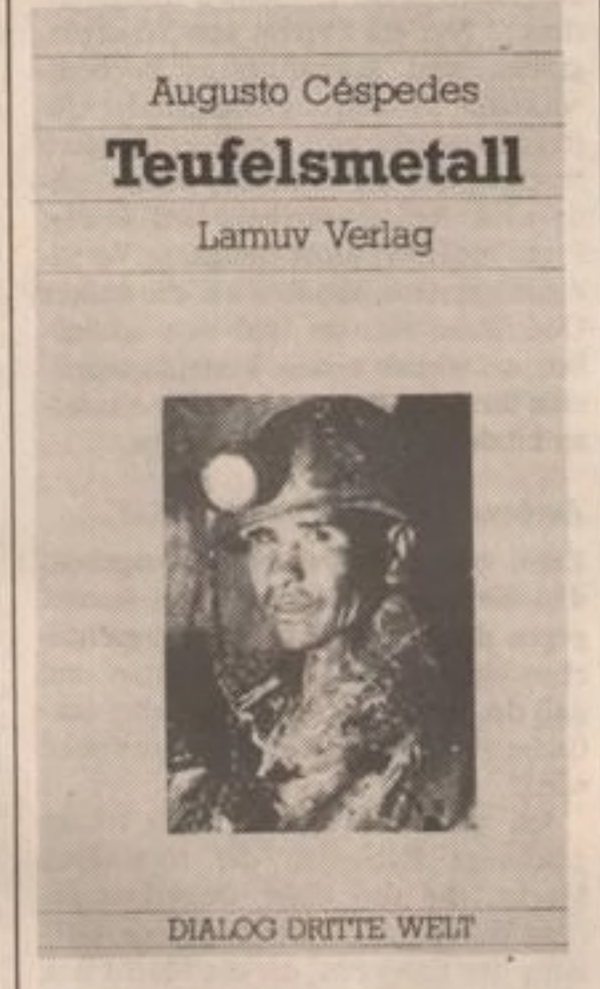
Auf dieser Seite wurde schon häufiger auf Literatur aus der Dritten Welt hingewiesen, häufiger als auf Autoren aus der „ersten" oder „zweiten" Welt. Teilweise hängt das mit subjektiven Interessen zusammen, aber es gibt auch eine Reihe von objektiven Gründen, eine besondere Aufmerksamkeit auf die Literatur aus den Ländern der Dritten Welt zu richten.

Hatte die politische Bewegung in Westdeutschland ab Ende der 50er Jahre und erst recht am Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre einen Großteil ihrer politischen Identität aus der Unterstützung des antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskampfes gezogen, so ist das politische Bewußtsein über die Bedeutung der Entwicklung und des Kampfes der Länder der Dritten Welt in den gegenwärtigen politischen Bewegungen erheblich zurückgegangen. Die politischen und sozialen Bewegungen, auch wo sie, wie in der Friedensbewegung die politisch fortgeschrittensten Forderungen aufstellen, sind weitgehend eurozentristisch in ihren Forderungen und in ihrem Bewußtsein.

Es gibt für die vielfach verschwundene Solidarität mit dem Kampf der Länder der Dritten Welt auch eine ganze Reihe von Gründen, die in der Dritten Welt selbst liegen. Nicht nur die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Ländern der Dritten Welt, auch die unendlichen Schwierigkeiten und Rückschläge dieser Länder beim Aufbau einer Gesellschaft, in der die Masse der Bauern und Arbeiter frei von politischer Unterdrückung und Ausbeutung leben kann, und die vielfach gescheiterten Versuche eines afrikanischen, südamerikanischen oder asiatischen Wegs zum Sozialismus haben die Euphorie mit den Ländern der Dritten Welt verfliegen lassen. Daß diese Euphorie verflogen ist, ist nicht schlimm, aber daß damit auch das Bewußtsein über die notwendige Solidarität und Unterstützung des Kampfes der Länder der Dritten Welt verloren gegangen ist, ist das Gefährliche in der gegenwärtigen Situation.

Um die Forderungen der Länder der Dritten Welt gegenüber der herrschenden Klasse in den imperialistischen Ländern zu unterstützen und die neuen Abhängigkeitsverhältnisse und erneute imperialistische Einmischungen zu bekämpfen und zu verhindern, ist es notwendig, sich vor allem auch über die *veränderten* Bedingungen in den Ländern der Dritten Welt Klarheit zu verschaffen und die *inneren* Probleme und Konflikte in diesen Ländern zu erkennen, die Resultat der drei- und vierhundertjährigen kolonialen und imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung sind und die den Ansatzpunkt bilden für die weitere Unterdrückung und Ausbeutung dieser Länder durch die Länder der „ersten" und „zweiten" Welt.

Um diese gegenwärtigen Probleme der Länder der Dritten Welt zu verstehen, ist die literarische Verarbeitung und Darstellung dieser Situation und ihrer Geschichte durch die Schriftsteller und Künstler aus den Ländern der Dritten Welt mindestens genauso nützlich und gut geeignet wie sozialwissenschaftliche und ökonomische Untersuchungen und politische Analysen. Die Unmittelbarkeit und Subjektivität der literarischen Darstellung der Wirklichkeit vermittelt erst eine Vorstellung von dem, was hinter nackten Zahlen über das niedrigste Pro-Kopf-Sozialprodukt und die Lohnhöhe, über Kindersterblichkeitsraten, Hungersnotstatistiken und Angaben über den Fett-, Eiweiß- und sonstigen Pro-Kopf-Verbrauch, hinter Alkoholismusraten und



Anzahl der Prostituierten steht. Wenn bei uns die Literatur vielfach zur individualistischen Selbstbespiegelung und zum mystischen Gemüts- und Seelen-Striptease geworden ist, lebt die Mehrzahl der Literatur aus den Ländern der Dritten Welt von der literarischen Verarbeitung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in diesen Ländern.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen haben sich die größeren westdeutschen Verlage kaum um die Vermittlung dieser Literatur verdient gemacht. Es sind etwas mehr als ein Dutzend kleinerer Verlage, die dieses finanzielle und verlegerische Risiko in Kauf genommen haben und einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Veröffentlichung von Literatur aus Ländern der Dritten Welt sehen und damit das Bewußtsein und die Kenntnisse über die Probleme dieser Länder mitgeweckt und vertieft haben. Drei von diesen Verlagen (Lamuv, Peter Hammer und Unionsverlag) geben seit dem Frühjahr dieses Jahres gemeinsam die Reihe „Dialog Dritte Welt" heraus. „Unser Ziel ist es, im Laufe der nächsten fünf Jahre mit vierzig Titeln eine Bibliothek von Weltliteratur aus Afrika, Asien und Lateinamerika zusammenzustellen. Jedes Buch der Reihe, ob Roman, Sachbuch, Lyrik- oder Kurzgeschichtenanthologie soll ein realistisches Bild der sozialen und politischen Lage des Landes und seiner Menschen vermitteln. Und das Leseabenteuer, die literarischen Entdeckungsreisen in Kontinente und Kulturen sollen nicht mehr an hohen Ladenpreisen scheitern. Deshalb erscheinen alle Titel dieser Reihe als Taschenbücher." Um die Herausgabe dieser Reihe finanziell zu sichern, wird die Reihe als Abonnement angeboten, wo man sich verpflichtet, die jeweils im Frühjahr und Herbst erscheinenden vier Bände abzunehmen. Dafür bekommt man zusätzlich ein Materialheft und pro Jahr eine Langspielplatte mit Liedern und Musik aus der Dritten Welt.*

Die ersten vier Bände dieser Reihe sind inzwischen erschienen und nach der Lektüre von drei der vier Bücher kann ich diese Reihe mit Nachdruck empfehlen.

Der Roman des Bolivianers Augusto Cèspedes „Teufelsmetall" (Dialog Dritte Welt – DDW 1, Lamuv Verlag, 334 Seiten, 14,80 DM) wurde 1946 erstmals veröffentlicht. Er schildert die Bildung des riesigen, weltumspannenden Zinnmonopols des Ketschua-Indios Zenón Omonte, der mit anfänglich kleinen Betrügereien sich eine ergiebige Zinnmine unter den Nagel reißt und dann mit Skrupellosigkeit und Brutalität ein gewaltiges nordamerikanisch-bolivianisches Zinnimperium aufbaut. Ein Imperium, von dem nicht nur die Bergarbeiter unter den unmenschlichsten Bedingungen ausgebeuet werden, sondern das auch Minister, Richter und Zeitungen kauft, Regierungen stürzt, Gesetze durchsetzt oder verhindert, Streiks der Arbeiter mit Armeegewalt und Massakern niederschießen läßt und den nationalen Reichtum des bolivianischen Volkes in Europa und Nordamerika verpraßt. Hinter der Romanfigur des Zenón Omonte steht der Milliardär Simon Patino, einer der drei Zinnkönige Boliviens, die das Land trotz seines Reichtums an Rohstoffen zum ärmsten Südamerikas gemacht haben und zudem mit den meisten Regierungsstürzen und Militärputschs in der Welt.

Spannend geschrieben, schildert der Roman die wichtigsten Etappen der bolivianischen Geschichte seit 1890, eine Geschichte, die bestimmt ist von der Herausbildung des Zinnimperiums Patinos und der beiden anderen Zinnbarone, dabei geht der Roman auch in Rückblenden auf die Ausbeutung der Gold- und Silbervorkommen durch die spanischen Kolonialisten ein. Eindringlich beschreibt er die mörderischen Arbeitsbedingungen, unter denen in den Bergwerken dieser Reichtum geschaffen wird, und die elenden Lebensbedingungen, unter denen die Arbeiter dahinvegetieren müssen, die kaum Platz lassen für menschliche Beziehungen untereinander, aber er beschreibt auch ihre Solidarität, das erwachende Klassenbewußtsein und die Kämpfe gegen die Ausbeutung. In der Intensität der Schilderung der Lage der Bergarbeiter ist der Roman mit Zolas „Germinal" zu vergleichen.

Dem wird gegenübergestellt der sinnlose Protz der wenigen Reichen und die dekadente Verkommenheit der ganzen Sippschaft, die Brutalität und Skrupellosigkeit bei der Erweiterung ihre Reichtums und ihrer Macht, die Internationalisierung dieser Ausbeutung durch die imperialistischen Konzerne und das ganze politische und gesellschaftliche System der Unterdrückung und Ausbeutung des bolivianischen Volkes. Ein Roman, der alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten des bolivianischen Volkes in ihrer Beziehung und Abhängigkeit darstellt. „Das endlose Förderband läuft mit Zinn beladen aus Bolivien hinaus, mit Zinn, das sich in Gold verwandelt, kehrt aber leer nach Bolivien zurück, um wieder mit Zinn beladen hinauszulaufen. Eine ungeheure Pyramide wirft ihren Schatten über das Land, auf dem eine Seite ihrer Basis ruht. Die Spitze bilden Zenòn Omonte und etwas tiefer zwei andere große Grubenherren, dann kommen die Direktoren, Verwalter, Ingenieure und Rechtsanwälte, die von seinen Spenden und seiner schlechten Laune abhängen. Und wieder tiefer, ihnen untergeordnet, die Regierung. Und dann die Kontraktunternehmer, Magazinverwalter, Steiger, Angestellten, Buchhalter, Baumeister, Schlepper, Wagenstößer, Bohrer, Palliris, Tagelöhner, Arbeiter, unterernährte Männer, Frauen und Kinder, auf denen das Gewicht dieser vollendeten Pyramide des internationalen Kapitalismus lastet." (S. 254)

Handelt „Teufelsmetall" von der geschichtlichen Entwicklung der gegenwärtigen Situation in den Ländern der Dritten Welt, so schildert der Roman des Kenianers Meja Mwangi „Nairobi, River Road" (DDW 2, Peter Hammer Verlag, 309 Seiten, 14,80 DM) eine andere Seite dieser Situation am Beispiel des kenianischen Bauarbeiters Ben.

Der 1976 geschriebene Roman zeichnet ein Bild enttäuschter Hoffnungen und trostloser Entmenschlichung der gesellschaftlichen Beziehungen in einer afrikanischen Großstadt nach der Befreiung vom Kolonialismus. Der Roman führt in die Slums an den Rändern dieser Großstädte, in das Milieu der Prostitution und des Alkoholismus, der kleinen Gaunereien und des Verbrechens, der Entwurzelung des afrikanischen Bauern, der in die Stadt zur Arbeit zieht. Und es sind nicht nur die Arbeitslosen und Gestrandeten, die die Hoffnungs- und Freudlosigkeit ihres Lebens mit Alkohol und Rauschgift ertränken und bei Nutten Trost und Vergessen suchen, es sind auch die Arbeiter, unteren Angestellten und kleinen Händler, die so leben und die nicht wissen, wie sie am nächsten Tag sich selbst und ihre Familien satt bekommen sollen, die unter miserablen Bedingungen arbeiten, Hotels und Hochhäuser für den Fremdenverkehr und die staatliche Bürokratie bauen, die sie selbst nie wieder betreten dürfen, und die in selbstgebauten Hütten hausen, die von der Gesundheitsbehörde immer wieder abgerissen werden, ohne ihnen eine Alternative zu bieten.

Die Ziele der Mau-Mau-Bewegung scheinen vergessen, die Politiker, die um die Gunst der Wähler buhlen, sind allesamt nur auf ihren eigenen Vorteil und ihr eigenes Fortkommen aus, die Arbeiter hören sich in der Mittagspause die Reden der gewerkschaftlichen Führer an, weil sie sonst keine Zerstreuung haben, kommen aber nie über das Schimpfen und den Suff hinaus. Dieses Bild, das Meja Mwangi zeigt, ist pessimistisch, aber nicht ganz hoffnungslos. Er setzt gegen die politische Aufklärung über die gesellschaftlichen Zustände und die gemeinsame Aktion, die für ihn nur hohle Phrasen sind, das „kleine Glück" und die „Solidarität von unten", an der Theke, zwischen zwei Kumpels oder zwischen Ben und dem von ihm aufgenommenen Sohne einer Hure, die ihn verlassen hat. So fragwürdig und falsch diese Perspektive als Ausweg ist, sò eindringlich ist die Schilderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Mwangi gibt. Der Roman hat keine Lösung für die Probleme, die er schildert, und er versucht auch keine Erklärung für die Ursachen dieser Verhältnisse, aber er gibt eine Beschreibung und Schilderung der Zustände in afrikanischen Großstädten, die einen Teil der Wirklichkeit der heutigen Staaten Afrikas und ihrer Probleme und Konflikte darstellen.

Das dritte Buch, auf das hier nur noch kurz hingewiesen werden kann, ist die Geschichte von einem ägyptischen Staatsanwalt: Taufiq al-Hakim „Staatsanwalt unter Fellachen" (DDW 3, Unionsverlag, 155 Seiten, 12,80 DM).

1937 erschienen, wird in dem Roman anhand eines unaufgeklärten Mordes das Leben in einer unterägyptischen Kleinstadt, mit ihrer Vetternwirtschaft, Bestechung und Kleinkariertheit, die Unterdrückung der bäuerli-



chen Fellachen und ihrer Jahrtausende alten Tradition durch das übernommene „westliche" Rechtssystem und die Korruptheit und der Bürokratismus der politischen, gerichtlichen und administrativen Herrschaft anschaulich und farbig geschildert. Es ist ein mit Witz und Ironie spannend geschriebenes Buch in Form von Tagebuchaufzeichnungen des Staatsanwalts, der sich gegen sein eigenes Empfinden immer wieder den politischen Zwängen und gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen unterwirft und so zur Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse beiträgt.

* Information über: Dialog Dritte Welt c/o Buch- und Medienzentrum, Postfach 200415, D-5600 Wuppertal 2, oder bei einem der drei Verlage. Das vierte bisher erschienene Buch dieser Reihe ist ein Roman aus Guadeloupe: Simone Schwarze-Bart: Ti Jean oder die Heimkehr nach Afrika, DDW, Peter Hammer Verlag, 308 Seiten, 14,80 DM

Fernsehtip

Sam Peckinpah drehte 1972 seinen Film **„Getaway"** mit Steve McQueen und Ali Mac Graw als Gangsterpärchen, das sich gegen eine Bande unter Führung eines korrupten Politikers durchsetzen muß. An Action fehlt es dem Film überhaupt nicht, aber am schönsten ist der Schluß. *Samstag, 24.7., 22.20 Uhr im ARD.* – Die sozialkritischen Kriminalromane von Per Wahlöö und Maj Sjöwall (aus Schweden) dürften einigen bekannt sein. Nach einem wurde **„Der Mann, der sich in Luft auflöste"** gedreht. Zwar besitzt er nicht ganz die Bissigkeit und Schärfe wie mancher Roman von ihnen, teilt aber doch einige Seitenhiebe gegen die Systeme in Ost und West aus. *Samstag, 24.7., 23.05 Uhr im ZDF.* – Ein junger Journalist studiert die Geschichte seiner Familie – sie lebte in Dachau. Sein Großvater war dort KZ-Aufseher, sein Vater bei der SS. Er versucht, die Verhältnisse von damals zu rekonstruieren. **„Mein Großvater. KZ-Aufseher Konrad Keller"**. *Sonntag, 25.7., 21.20 Uhr im ZDF.* – **„Die Aufgabe des Dr. med. Graefe"** ist ein Film über die Probleme eines Arztes für Allgemeinmedizin in einer Einzelpraxis. Er sieht sich dem Strukturwandel im Gesundheitswesen ausgesetzt, muß sich mit neuen ärztlichen Methoden auseinandersetzen, die Tochter will seine Praxis nicht weiterführen. *Montag, 26.7., 18.05 Uhr im ZDF.* – In dem Film **„Das letzte Jahr"** berichtet Autor Gremm über den Schauspieler Fassbinder (in „Kamikaze 1985") und dessen Arbeiten zu seinem eigenen unvollendeten Film „Querelle". *Montag, 26.7., 22.55 Uhr im ZDF.* – Ein Fernsehspiel über den März 1948 in Berlin: **„Die Barrikade"**. Zu wenig war über das Fernsehspiel zu erfahren, als daß man es ohne weiteres anpreisen könnte. Zumindest klang die Beschreibung so, als wenn die Widersprüchlichkeiten der deutschen bürgerlichen Revolution einigermaßen erfaßt werden. *Mittwoch, 28.7., 20.15 Uhr im ARD.*